



## **Bericht**

der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2001/2002  
(Ostseebericht 2002)**

**Federführend ist die Ministerpräsidentin**

## **Inhalt**

### **1. Einleitung**

### **2. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation**

- 2.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS), staatliche Ostseekooperation
- 2.2 Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC)
- 2.3 Konferenz der Subregionen (BSSSC)
- 2.4 EU-Ostseepolitik
- 2.5 Ostseeanrainerstaaten

### **3. Schleswig-Holsteins Ostseepolitik:**

#### **Stärkung der Ostseeregion im Wettbewerb der Regionen**

- 3.1 Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum
- 3.2 Schleswig-Holsteins Position in der Ostseeregion stärken
- 3.3 Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum
- 3.4 Aktive Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozeß
- 3.5 Ostseepolitische Aktivitäten und Initiativen schleswig-holsteinischer Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's)

### **4. Perspektiven der Ostseekooperation**

- 4.1 „region building“ - ein Konzept zur Entwicklung der Ostseeregion
- 4.2 EU-Osterweiterung - Herausforderung (auch) an die Ostseeregion
- 4.3 Nördliche Dimension - eine Chance zur Entwicklung der EU-Ostseepolitik
- 4.4 Über die EU-Erweiterung hinausdenken - Anforderungen an die Zukunft der Ostseekooperation

## **Abkürzungsverzeichnis**

### **Anlagen:**

- 1. Übersicht über **Aktivitäten der Landesregierung** im Ostseeraum 2001/2002
- 2. Stand der interregionalen **Partnerschaften** im Ostseeraum 2002
- 3. Abschlußerklärung des 4. **Gipfeltreffens der Regierungschefs** der Ostseeanrainerstaaten (St.Petersburg / Russland, 10.06.2002)
- 4. Abschlußerklärung der 11. Ministertagung des **Ostseerates der Außenminister**, CBSS (Svetlogorsk / Russland, 05./06.03.2002)
- 5. Resolution der 10. **Ostsee-Parlamentarierkonferenz** (Greifswald, 03./04.09.2001)
- 6. Resolution der 9. **BSSSC-Konferenz** (Riga / Lettland, 25.-27.10.2001)
- 7. Übersicht über **Ostseeakteure in Schleswig-Holstein**

## **Vorbemerkung**

Durch Beschluß vom 10. September 1992 - Drs. 13/306 - hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sechs Wochen vor der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen **Bericht über ihre Ostseeaktivitäten** vorzulegen. Die diesjährige 11. Ostseeparlamentarierkonferenz findet am 30. September / 01. Oktober 2002 in St. Petersburg (Russland) statt.

Bisher hat die Landesregierung dem Landtag sieben Berichte zugeleitet<sup>1</sup>. In Abstimmung mit Landtag ist die Vorlage „Ostseeberichtes“ seit dem Jahr 2001 im jährlichen Wechsel mit der Vorlage des neuen „Europaberichts“<sup>2</sup> der Landesregierung vorgesehen.

Soweit in diesem Bericht Aktivitäten und Entwicklungen dargestellt sind, die nicht in den originären Zuständigkeitsbereich der Landesregierung fallen, wird der Kenntnisstand vom Juni 2002 wiedergegeben.

---

<sup>1</sup> Drs'en 13/694, 13/2784, 14/132, 14/888, 14/1638, 14/2289 und 15/204

<sup>2</sup> vgl. Drs. 15/1517

## 1. Einleitung

Innerhalb von gut zehn Jahren hat sich Ostseekooperation zu einem dynamischen Netzwerk regionaler Zusammenarbeit entwickelt, das zum einen durch die rasante gesamteuropäische Entwicklung gekennzeichnet ist; zum anderen entwickelt Ostseekooperation aus sich heraus immer wieder neue Felder und regionale Zentren der Zusammenarbeit. Bereits im Ostseebericht 1997/1998<sup>3</sup> hatte die Landesregierung darauf hingewiesen, dass sich die Ostseepolitik auf die sich rasch wandelnden Rahmenbedingungen im Ostseeraum fortlaufend neu einstellen muss.

Heute steht die **Ostseeregion vor neuen Herausforderungen**:

- Mit der **EU-Erweiterung** wird das Gewicht des Nordens in Europa wachsen. Diesem Gewicht entsprechend muss die Ostseeregion eine eigene Stimme in Brüssel entwickeln, um die gemeinsamen Interessen in Brüssel wirkungsvoll vertreten zu können. Zugleich müssen die Anstrengungen der Ostseeanrainer, die Beitrittsländer der Region zu stärken, auch über den Zeitpunkt der Erweiterung hinaus fortgesetzt werden.
- Mit der Umsetzung des Aktionsplans zur „Nördlichen Dimension“, der Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und Russland und mit der **regionalen Öffnung Russlands zur Ostseekooperation** wächst die Verantwortung der Ostseeanrainer, zur Entwicklung konkreter Zukunftsperspektiven für die Ostseeregionen Russlands beizutragen. Dies gilt für die Einbeziehung russischer Partner in Foren und Projekte der Ostseekooperation ebenso wie für eigene Anstrengungen zur Stärkung und Modernisierung der russischen Regionen.
- Die **Integration der Ostseeregion** zu einer europäischen Großregion schreitet voran. Staatliche Ostseekooperation wird ihren bislang stark außenpolitischen Charakter wandeln müssen, um weiterhin die Chance zur Gestaltung der Potenziale dieser Region nutzen zu können. Stärker noch als bisher wird sich diese regionale Zusammenarbeit innerhalb einer erweiterten EU auf die Projekte, Initiativen und Netzwerke von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie von Nicht-Regierungsorganisationen stützen müssen.
- Einhergehend mit dem Zusammenwachsen der Ostseeregion zu einer Großregion wird die **Konkurrenz der Akteure in der Ostseeregion** immer stärker auch als Wettbewerb zwischen den Subregionen ausgetragen. Politisch muss Schleswig-Holstein zum Teil direkt mit Staaten konkurrieren, die der Ostseepolitik in ihrer nationalen Außenpolitik höchste Priorität beimessen. Grenzüberschreitende Kooperationen von Subregionen mit großer ökonomischer Dynamik verstärken die

---

<sup>3</sup> Drs. 14/1638

Konkurrenz. Beispiele dafür sind die Öresund-Region (Großraum Kopenhagen und Skåne) oder der Raum Helsinki - St. Petersburg - Tallinn - Stockholm/ Mälarsee.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung im Februar 2001 nachstehende **Grundsätze der Ostseezusammenarbeit** beschlossen

- Die **Ostseeregion bleibt das vorrangige regionale Bezugsfeld** des internationalen Engagements der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung. Anders als z.B. in der Nordsee besteht hier ein entwickelter Kooperationsraum mit der Chance, eine gemeinsame Identität einer europäischen Großregion zu bilden.
- Angesichts der wachsenden Zahl der Akteure, der zunehmenden Aktivitäten in dieser Region und der damit verbundenen wachsenden Konkurrenz aber auch eines effizienten Einsatzes der eigenen Ressourcen, lässt sich die Landesregierung bei ihren ostseebezogenen Aktivitäten von folgenden **Grundsätzen** leiten:
  - **Kontinuität:** Voraussetzung für den Erfolg der Aktivitäten der Landesregierung ist Stetigkeit, Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit der Aktivitäten
  - **Konzentration:** Im Interesse eines optimalen Einsatzes der begrenzten Ressourcen ist eine Konzentration der Anstrengungen auf die vereinbarten Schwerpunkte notwendig.
  - **Koordination:** Der Erfolg der Maßnahmen wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Aktivitäten der Ressorts der Landesregierung untereinander und mit denen anderer Akteure der Ostseekooperation in Schleswig-Holstein abzustimmen. Dabei sollten gemeinsame strategische Projekte in Angriff genommen werden, die an den nachfolgenden **Zielen** ausgerichtet sind.
- **Die Ostseeregion zu einer führenden europäischen Region entwickeln:**

Die Wirtschaftsentwicklung in der Region liegt seit Jahren auf einem beachtet hohen Niveau. Die Ostseeregion ist unter allen europäischen Regionen führend in Sachen Informationsgesellschaft. Der Ausbildungsstand der Menschen ist höher als anderswo und das Bewusstsein für Solidarität und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und den Umweltgütern ist nirgendwo in Europa ausgeprägter als hier.

Ausgehend von diesen Bedingungen hat die Ostseeregion gute Chancen eine der führenden Regionen der demnächst erweiterten Europäischen Union zu werden. Dazu muss der Grad an **Zusammenarbeit und der Verflechtung, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik** vor dem

Hintergrund des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung noch intensiver werden. Die Infrastruktur, insbesondere im Osten der Region muss den steigenden Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden.

Mit der Entstehung einer integrierten europäischen Großregion verbinden sich die Erwartungen Schleswig-Holsteins an der positiven Entwicklung teilzuhaben. Die **Stärkung der Ostseeregion und die Stärkung der Position Schleswig-Holsteins** sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb tragen die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und mit ihr zahlreiche Akteure im Lande zur Entwicklung der Ostseeregion bei.

- Ausgehend von den besonderen Bedürfnissen der Ostseeregion und der Interessenslage Schleswig-Holsteins, werden sich die **Initiativen und Beiträge der Landesregierung** zur Vertiefung der Integration in der Region vorrangig auf folgende Felder konzentrieren:
  - **Verbesserung der Infrastruktur:** gemeinsame Position des Nordens bei der Überarbeitung der Richtlinie über Transeuropäische Netze, Beschleunigung der Grenzabfertigungen
  - Aufbau der **Wissensgesellschaft** in der Ostseeregion und Positionierung Schleswig-Holsteins als Wissensstandort
  - Verwirklichung der „**Baltic 21**“: Die Ostseeregion als Beispielregion für Nachhaltigkeit
  - Verbesserung der **Sicherheitspartnerschaft** im Ostseeraum
  - Ausbau der **Zivilgesellschaft**, Aufbau und Stärkung von Nicht-Regierungsorganisationen im Ostseeraum
  - **Begegnung von Menschen**, insbesondere von Jugendlichen, mit dem Ziel einer gemeinsamen Identität in der Region
  
- **Die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins in der Südwestlichen Ostsee stärken.**

Im Sinne der Optimierung des Einsatzes der eigenen Ressourcen und der bestmöglichen Nutzung der eigenen Potentiale ergibt sich für die Schleswig-Holsteinische Landesregierung eine gewisse **Schwerpunktsetzung auf den Bereich der südwestlichen Ostseeregion**. Dieser Bereich umfasst neben Schleswig-Holstein die unmittelbaren dänischen Nachbarn, die Öresundregion und den südlichen Nachbarn Hamburg.

Aus den gemeinsam mit der Öresundregion, Hamburg und den dänischen Amtskommunen West-Seeland und Storstrøm erstellten Analysen im Rahmen des **Projekts STRING**<sup>4</sup> ergeben sich strategische Möglichkeiten. Insbesondere auf dem Gebiet der Wissensgesellschaft, der Verbesserung der gemeinsamen Infrastruktur in der Region und der Entwicklung eines Natur- und Kulturrums von europäischer Bedeutung auch für den Tourismus liegen Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Regionalentwicklung. Das Ziel der Partner: Durch **gemeinsame strategische Zusammenarbeit und Integration** ihre eigene und die gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu erhöhen.

Über die Fortsetzung des Projekts STRING hinaus zählen weitere Maßnahmen zur Stärkung Schleswig-Holsteins in der südwestlichen Ostseeregion:

- Die Verbesserung der **Verkehrsinfrastruktur in der südwestlichen Ostseeregion** ist für die Konkurrenzfähigkeit Schleswig-Holsteins von großer Bedeutung. Die Landesregierung wird sich für den Bau einer privat finanzierten **festen Fehmarn-Belt-Querung**, für die A 20 und eine Weiterentwicklung Richtung Osten (**Via Hanseatica**) einsetzen. Im Rahmen der Europäischen Union (AdR, Hanse Office), gegenüber dem Bund und gemeinsam mit unseren Partnern in der Region wird sich die Landesregierung für eine stärkere Berücksichtigung der Verkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN) einsetzen.
- Seit mehr als 10 Jahren gibt es eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion (Landesteil Schleswig und Sønderjylland). Die formale neue regionale **Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjylland** soll über die unmittelbare grenzüberschreitende Kooperation hinaus den Rahmen für Projekte der Zusammenarbeit zwischen Trägern aus Schleswig-Holstein und Sønderjylland beschreiben.
- Zur Verbesserung der Kooperation mit der Öresundregion wird das Schleswig-Holstein-Büro in Malmö zu einer **Öresund-Repräsentanz** ausgebaut.

\*\*\*

Die **Vertretung der Interessen Schleswig-Holsteins innerhalb der EU** und die Ostseepolitik des Landes bilden die beiden Pfeiler der Europapolitik des Landes. Sie bilden keinen Gegensatz zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig. Dementsprechend wird der „Ostseebericht“ erstmals im jährlichen Wechsel mit dem neuen „Europabericht“ der Landesregierung<sup>5</sup> vorgelegt.

<sup>4</sup> siehe hierzu Ziffer 3.3 des Berichtes

<sup>5</sup> vgl. Drs. 15/1517

Spätestens im Rahmen der anstehenden Reform der EU-Strukturfonds in 2006 dürfte deutlich werden, dass deren beschränkte Mittel neben den neuen EU-Mitgliedstaaten in nennenswertem Umfang nur noch transnationalen Kooperationen zugute kommen werden, die zudem einen „**europäischen Mehrwert**“ versprechen. Die Ostseekooperation bietet diese Chance. Aktive Teilhabe an der Ostseekooperation und aktive Beiträge zu deren Weiterentwicklung sind daher auch im Sinne der Wahrnehmung der Interessen Schleswig-Holsteins in einer sich verändernden Europäischen Union.

Die letzten Ostseeberichte hatten die sich **verändernden Rahmenbedingungen der Ostseekooperation** und die daraus für Schleswig-Holstein resultierenden Schlussfolgerungen in den Mittelpunkt gestellt. Ergänzend hatte der Ostseebericht 1999/ 2000 einen Schwerpunkt auf Anforderungen an den damals aktuell beginnenden deutschen Vorsitz im Ostseerat (CBSS) gesetzt. Demgegenüber konzentriert sich der diesjährige Ostseebericht auf die künftige Rolle der Ostseeregion im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung (u.a. Erweiterung der Europäischen Union, Nördliche Dimension, Einbeziehung Russlands in eine erweiterte EU) und auf die daraus resultierende Ausgestaltung der **Ostseekooperation in einer erweiterten Europäischen Union**.

Einzelne Darstellungen aus den letztjährigen Ostseeberichten gelten unverändert fort. Insoweit wird auch auf die Darstellungen in den letztjährigen Ostseeberichten verwiesen.

## 2. **Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation**

Die bevorstehende **Ost-Erweiterung der EU** steht zunehmend im Mittelpunkt der Ostseekooperation. Dies schließt auch die Entwicklung spezifischer Kooperationsformen mit Russland ein, das - neben Norwegen - nach der EU-Erweiterung als einziger Mitgliederstaat der Ostseekooperation nicht Mitglied der EU sein wird.

Damit rückt die Ostseeregion verstärkt in den Blickpunkt europäischer Politik: Mit dem Wiederaufleben der Beziehungen EU-Russland bietet die Ostseeregion die einzigartige Perspektive, die Einbeziehung Russlands in eine erweiterte EU auf regionaler Ebene und mit Rückgriff auf ein entwickeltes Instrumentarium regionaler Kooperation zu erproben und zu unterstützen.

Dem entspricht auch die mittlerweile gefundene Ausrichtung der „**Nördlichen Dimension der EU**“: Der im Juni 2000 beschlossene Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension“ zielt wesentlich auf die Einbeziehung Russlands in der Ostseeregion; der EU-Gipfel 2001 in Göteborg hat hierzu einen Umsetzungsbericht der damaligen schwedischen EU-Ratspräsidentschaft zur Kenntnis genommen.

Herausragende Bedeutung kommt dabei - neben der im Oktober 2000 zwischen der EU und Russland vereinbarten „Energie-Partnerschaft“ - der Entwicklung des **Gebiets Kaliningrad** als künftiger russischer Exklave innerhalb der EU zu: Einvernehmlich haben die EU und Russland beim EU-Russland-Gipfel im Oktober 2001 eine gemeinsame hochrangige Expertengruppe beauftragt, gemeinsame Konzeptionen zur Zukunftsentwicklung dieses exponierten russischen Gebietes zu entwickeln.

Daneben steht die Ostseeregion aktuell vor der Herausforderung, ihr über 10 Jahre hinweg entwickeltes Netzwerk regionaler Kooperation auf die **mit der EU-Erweiterung verbundenen Folgen** neu auszurichten: In wenigen Jahren wird die Ostsee ein Binnenmeer innerhalb der EU sein; die bisherige, vorwiegend außenpolitisch dominierte Ausrichtung der Zusammenarbeit wird von den Mechanismen der EU-Zusammenarbeit ersetzt werden.

Gleichzeitig eröffnet sich jedoch der Ostseeregion die Chance, sich als eine der wenigen eigenständig entwickelten Großregionen innerhalb einer erweiterten EU als **transnational organisierte, leistungsfähige Zukunftsregion in Europa** zu präsentieren. Zehn Jahre nach Beginn der koordinierten Ostseekooperation muss diese den Sprung von der Kooperation zur Integration wagen und bewältigen.

Der Berichtszeitraum wurde vor allem von folgenden Ereignissen geprägt:

## **2.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS), staatliche Ostseekooperation (www.cbss.st)**

Das 3. Ostsee-Gipfeltreffen der Regierungschefs in Kolding (Dänemark, April 2000) beauftragte den Ostseerat der Außenminister (CBSS), die **staatliche Zusammenarbeit im Ostseeraum verstärkt zu koordinieren**: Die bestehenden Formen der fachlichen Zusammenarbeit sollten als Fachministerkonferenzen des Ostseerates eingestuft werden, dem CBSS berichten und die von diesem formulierten Arbeitsaufträge umsetzen. Diesem Auftrag ist der Ostseerat gemeinsam mit dem CBSS-Sekretariat gerecht geworden <sup>6</sup>.

Zum **4. Ostsee-Gipfeltreffen der Regierungschefs** hatte Russland aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Ostseerates am 10. Juni 2002 nach St. Petersburg eingeladen. Dabei bekräftigten die Regierungschefs, dass der Ostseekooperation auch über den Zeitpunkt der bevorstehenden EU-Erweiterung hinaus eine besondere Rolle zukomme, um die Entwicklungschancen der Ostseeregion gemeinsam zu nutzen und die fortbestehenden Probleme und Herausforderungen der Region - etwa im Energie- und im Umweltbereich - zu lösen. Besondere Bedeutung im Rahmen des „region building“-Prozesses komme dabei der subregionalen Zusammenarbeit u.a. mit den Ostseeregionen Nordwest-Russlands, dem Ausbau der Jugendbegegnung sowie der Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO's) im Ostseeraum zu.

<sup>7</sup>

Symbolträchtig gewählt - angesichts der aktuellen Fokussierung auf die Zukunft des russischen Gebiets Kaliningrad - war der Sitzungsort des **11. CBSS-Ministertreffens**: In Svetlogorsk (ehemals Rauschen) stand vor allem die Bestandsaufnahme des umfangreicher gewordenen Organisationsgeflechts der staatlichen Ostseezusammenarbeit im Vordergrund; damit setzte der Ostseerat den vom Ostsee-Gipfel in Kolding (2000) erteilten Auftrag weiter um, diese Mehrzahl an Kooperationen verstärkt zu koordinieren. Zugleich sprach sich der Ostseerat auf Vorschlag Russlands für eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem russischen Gebiet Kaliningrad aus. Hierzu hatte der vom Ostseerat eingesetzte **Business Advisory Council (BAC)** <sup>8</sup> Empfehlungen für

<sup>6</sup> Eine zusammenfassende Darstellung ist im Internet verfügbar unter: [www.cbss.st/Docs/ministerial/19/InfoDoc.index.htm](http://www.cbss.st/Docs/ministerial/19/InfoDoc.index.htm)

<sup>7</sup> Chairman's Conclusions des 4. Ostseegipfels: siehe Anlage 3 oder im Internet: [www.cbss.st](http://www.cbss.st)

<sup>8</sup> Für Deutschland beteiligt ist die IHK zu Kiel. Internet: [www.chamber.se/bac](http://www.chamber.se/bac)

Maßnahmen zur Stärkung von Handel und Investitionen mit bzw. in Kaliningrad vorgelegt<sup>9</sup>.

Für die norddeutschen Länder hat die schleswig-holsteinische **Ministerpräsidentin Simonis** im Juni 2001 am 10. Ministertreffen des Ostseerates in Hamburg im Rahmen der deutschen Delegation teilgenommen. Beim 11. Ministertreffen im März 2002 (Svetlogorsk/Russland) waren die norddeutschen Länder durch Staatsrat Stuth (Europabeauftragter des Hamburger Senats) vertreten.

Insgesamt war der **russische Vorsitz im Ostseerat** (Juli 2001 bis Juni 2002) vornehmlich durch Kontinuität, weniger durch eigene neue Initiativen gekennzeichnet. Dies war bereits im Vorfeld bei der Vorlage des Arbeitsprogramms des russischen Vorsitzes deutlich geworden. Zugleich unterstreicht dieser Ansatz jedoch, dass die Zusammenarbeit im Ostseeraum mittlerweile auch aus Sicht der russischen Regierung eine sinnvolle regionale Ergänzung zur Kooperation mit der EU „im Großen“ darstellt. Bemerkenswert ist zudem, dass unter russischem Vorsitz eine zweite Konferenz der Nicht-Regierungsorganisationen des Ostseeraumes stattfand (St. Petersburg, April 2002)<sup>10</sup>; diese von der ersten Konferenz in Lübeck (Mai 2001) aufgegriffene Tradition soll unter finnischem bzw. estnischem Ostseeratsvorsitz (2002/2003 bzw. 2003/2004) fortgesetzt werden

Von Juli 2000 bis Juni 2001 stand der Ostseerat unter **deutschem Vorsitz**, der von Schleswig-Holstein inhaltlich, aber auch durch die Abordnung eines Mitarbeiters nachhaltig unterstützt wurde. Zu den wesentlichen Ergebnissen des deutschen Vorsitzes zählen:

- die Stärkung der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum**, u.a. mit der Ausrichtung der Konferenz „Fostering Economic Cooperation in the Baltic Region“ (Berlin, März 2001) und mit der Einrichtung eines Internet-Portals für kleine und mittlere Unternehmen der Region<sup>11</sup>.
- die Eröffnung des Dialoges zwischen der staatlichen Ostseezusammenarbeit und den **Nicht-Regierungsorganisationen der Ostseeregion** mit dem Ziel, die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Ostseeraum zu stärken (First Baltic Sea NGO-Forum, Lübeck, Mai 2001)

<sup>9</sup> „Recommendations for increased trade and investments in the Kaliningrad Region“; Internet: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile11](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile11) (oder: [www.chamber.se/bac/KaliningradFINAL.pdf](http://www.chamber.se/bac/KaliningradFINAL.pdf))

<sup>10</sup> Abschlusserklärung der NGO-Konferenz in St. Petersburg im Internet: [www.cbss.st](http://www.cbss.st)

<sup>11</sup> Internet: [www.balticmarket.org](http://www.balticmarket.org)

- Stärkung der **Schiffssicherheit und des Umweltschutzes**: Bereits vor dem Unfall der „Baltic Carrier“ in der Kadet-Rinne (März 2001) hatte der deutsche Vorsitz dieses Thema auf die Tagesordnung des CBSS gesetzt.

Mit einem ersten Expertentreffen hat der Ostseerat unter deutschem Vorsitz im Mai 2001 die von der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin vorgeschlagene Initiative für eine „**Wissensregion Ostsee (knowledge-based society)**“ aufgegriffen. Im September 2001 haben die für die Informationsgesellschaft (information society) zuständigen Minister des Ostseerates im Zusammenwirken mit der Europäischen Kommission einen „**Northern e-Dimension Action Plan**“ beschlossen, der im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ die Entwicklung der Informationsgesellschaft in der Ostseeregion zum Ziel hat <sup>12</sup> .

Ebenfalls unter deutschem Vorsitz legte der Ostseerat im April 2001 einen umfangreichen **Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans zur „Nördlichen Dimension“** vor, an dessen Erstellung zahlreiche Organisationen des Ostseeraums mitgewirkt hatten <sup>13</sup> . Bei seinem 10. Ministertreffen (Hamburg, 2001) unterstrich der Ostseerat in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die russischen Ostseeregionen - insbesondere das **Gebiet Kaliningrad** - verstärkt in grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum einzubeziehen. Dem entspricht die Eröffnung der „**Eurofakultät Kaliningrad**“ durch den Ostseerat im September 2001, an deren Arbeit Deutschland (Universität Göttingen) maßgeblich beteiligt ist.

Die v.a. von Dänemark verfolgte Idee, im Rahmen des Ostseerates einen „**Ostseefonds für subregionale Zusammenarbeit**“ einzurichten, wurde hingegen von den meisten anderen Ostseerats-Mitglieder als wenig sinnvoll erachtet: Angesichts der im Ostseeraum verfügbaren Förderinstrumente der EU, der nordischen Zusammenarbeit sowie der meisten Anrainerstaaten konnte der praktische Mehrwert eines weiteren Förderinstrumentes nicht hinreichend deutlich gemacht werden.

Im Berichtszeitraum fanden auch mehrere relevante **Fachministerkonferenzen** statt. So haben sich im September 2001 (Danzig) die **Ostsee-Verkehrsminister** auf Prioritäten der Verkehrsinfrastruktur sowie die **Ostsee-Kulturminister** in Kopenhagen auf die Weiterentwicklung der kulturellen Zusammenarbeit im Ostseeraum verständigt. Die **Ostsee-Wirtschafts-/Handelsminister** haben im März 2002 (Moskau) die weitere

<sup>12</sup> Internet: [www.riso.ee/nordic](http://www.riso.ee/nordic)

<sup>13</sup> „Priorities and projects - Contribution of the Council of the Baltic Sea States“, siehe: [www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution to ND AP.1.htm](http://www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution%20to%20ND%20AP.1.htm) (in deutscher Sprache verfügbar unter: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/ostseerat/prioritaeten\\_d.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/ostseerat/prioritaeten_d.pdf))

Umsetzung ihres „Aktionsplans von Bergen“ (2000) beschlossen, der vor allem auf den Abbau von Handelsbarrieren und die Bekämpfung von Korruption zielt.<sup>14</sup>

Die **Ostsee-Raumordnungsminister** haben im September 2001 (Wismar) die Weiterführung und Umsetzung ihres Konzeptes „Visions And Strategies Around the Baltic Sea (VASAB 2010)“ im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B (Ostsee) beraten<sup>15</sup>. Im Januar 2002 berieten die **Ostsee-Bildungsminister** in Stockholm, wie die Umsetzung des Konzepts „nachhaltiger Entwicklung (Agenda 21)“ verstärkt in Unterricht und Bildung Berücksichtigung finden kann<sup>16</sup>. Im Juni 2002 trafen sich in Vilnius (Litauen) Vertreter der Jugendministerien, Jugendringe und von Jugendprojekten aus dem gesamten Ostseeraum zur dritten **Ostsee-Jugendministerkonferenz** und verabredeten einen Aktionsplan zum Thema „Jugend in der Wissensgesellschaft“<sup>17</sup>.

Die norddeutschen Länder waren in allen Fachministerkonferenzen zumindest auf Arbeitsebene im Rahmen der deutschen Delegation beteiligt.

Die 1997 vereinbarte Zusammenarbeit der Energieminister des Ostseerates („Baltic Sea Region Energy Co-operation - BASREC“) einigte sich im Jahr 2000 auf die Einrichtung eines eigenen **BASREC-Sekretariates**, unter der Leitung der „Group of Senior Energy Officials / GSEO“ und angesiedelt beim CBSS-Sekretariat in Stockholm<sup>18</sup>. Dort arbeitet auch das **Baltic21-Sekretariat** der vom Ostseerat 1998 beschlossenen „regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic-21)“, für das ebenfalls während der deutschen Ostseeratspräsidentschaft eine dauerhafte Lösung gefunden wurde.

Damit hat sich das 1998 eingerichtete **CBSS-Sekretariat** in Stockholm - über seine unmittelbare Aufgabe der Zuarbeit für den CBSS hinaus - zu einem „Nukleus“ der Ostseekooperation weiterentwickelt, der über seinen ursprünglich auf Informationsvermittlung ausgerichteten Auftrag hinaus verstärkt Koordinierungsaufgaben übernimmt. Dies entspricht einer seit Jahren insbesondere von Schleswig-Holstein erhobenen Forderung an die staatliche Ostsee-Zusammenarbeit.

In der „**Task Force on Organized Crime**“ arbeitet Schleswig-Holstein - vertreten durch das Landeskriminalamt - seit 1999 aktiv mit<sup>19</sup>. Auf Einladung des Bundes-

<sup>14</sup> Fundstellen im Internet unter: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian)

<sup>15</sup> Internet: [www.vasab.org.pl](http://www.vasab.org.pl) und [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian)

<sup>16</sup> Internet: [www.baltic21.ee/document/sectors/education/EDU\\_baltic21Efinal.pdf](http://www.baltic21.ee/document/sectors/education/EDU_baltic21Efinal.pdf)

<sup>17</sup> Internet: [www.jugendsh.de](http://www.jugendsh.de) und [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian)

<sup>18</sup> Internet: [www.cbss.st/BASREC/BASREC\\_1.htm](http://www.cbss.st/BASREC/BASREC_1.htm)

<sup>19</sup> Internet: [www.balticseataaskforce.dk](http://www.balticseataaskforce.dk)

innenministers fand im Mai 2002 in Lübeck ein Treffen der für Polizeifragen zuständigen Minister des Ostseerates statt. Im Auftrag des Ostsee-Gipfels von Kolding (2000) überprüften die Minister der bislang von den Regierungschefs eingesetzte Task Force und empfahlen, deren operationelle Zusammenarbeit künftig in direkter Verantwortung der für Polizeifragen zuständigen Minister fortzuführen.<sup>20</sup>

Neu entwickelt haben sich daneben v.a. auf schwedische Initiative die Zusammenarbeit zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern („**Child Centre for children at risk in the Baltic Sea Region**“) <sup>21</sup> sowie auf norwegische Initiative die Zusammenarbeit zur Bekämpfung verbreitbarer Krankheiten im Ostseeraum („**task force on communicable diseases control**“) <sup>22</sup> .

Insgesamt hat die staatliche Zusammenarbeit im Ostseeraum mittlerweile einen Umfang angenommen und zugleich eine Struktur erhalten, die auf der Ebene regionaler Zusammenarbeit in Europa beispielhaft sind. Über ihre regionale Integrationsrolle gegenüber den EU-Beitrittsländern und den Regionen Nordwest-Russlands hinaus hat damit die Ostseekooperation ein Niveau erreicht, das es ihr ermöglicht, im aufkommenden Wettbewerb der europäischen Großregionen erfolgreich zu bestehen. Ohne die aktive Arbeit der zahlreichen nicht-staatlichen Ostsee-Organisationen und -Initiativen aber wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

## **2.2. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC) ([www.bspc.net](http://www.bspc.net))**

Die **10. Ostseeparlamentarierkonferenz** am 3./4. September 2001 in Greifswald hat sich dem Thema „Zivilgesellschaft - ein politisches Modell zwischen Vision und Realität“ gewidmet. Angesichts der bevorstehenden Erweiterung stehen die Ostseeanrainer vor der Herausforderung, im Sinne von „region building“ einen Wirtschafts- und Sozialverbund, aber auch gemeinsame Lebens- und Wertvorstellungen im Ostseeraum zu entwickeln. Folglich hat die Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald beschlossen, die Kontakte zu der Ostseerats-Beauftragten für demokratische Entwicklung zu vertiefen und stärker mit Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten.

<sup>20</sup> Conference Conclusions im Internet: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian)

<sup>21</sup> Internet: [www.childcentre.baltinfo.org](http://www.childcentre.baltinfo.org)

<sup>22</sup> Internet: [www.baltichealth.org](http://www.baltichealth.org)

Die BSPC hat in Greifswald ihr 10jähriges Jubiläum gefeiert und 10 Jahre Arbeit bilanziert: Ein zunehmender Bekanntheitsgrad der BSPC, gefestigte Strukturen und der neben den politischen Aufgaben zunehmende Arbeitscharakter zeichnen die Entwicklungslinien der Konferenz nach. Die Einrichtung der internationalen Sommerakademie, die Verstetigung der Baltic Youth Assembly ebenso wie die Einrichtung der Arbeitsgruppe Schiffssicherheit sind auf die Initiative der Ostseeparlamentarierkonferenz zurückzuführen.

Im Februar 2002 hat Landtagspräsident Heinz-Werner Arens den **Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz** an den russischen Politiker Walerij Ustjugow übergeben. Walerij Ustjugow war Präsident der Kaliningrader Gebietsduma und ist jetzt Mitglied im Föderationsrat der Russischen Föderation. Er ist dort stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen.

**Russland** als aktueller Ausrichter der **11. Ostseeparlamentarierkonferenz** (29. September bis 2. Oktober 2002 in St. Petersburg), hat folgende Themen in das Programm der diesjährigen Konferenz aufgenommen: Neben der Nördlichen Dimension und dem Einfluss der EU-Erweiterung auf Kaliningrad werden ökologische Fragen wie z.B. Schiffssicherheit, Altlasten durch versenkte Chemiewaffen und nukleare Sicherheit im Vordergrund stehen. Die Resolution der diesjährigen Konferenz soll wichtige Impulse für die zeitgleiche dänische EU-Ratspräsidentschaft und den finnischen Ostseeratsvorsitz geben.

Ein Novum der Ostseeparlamentarierkonferenz ist die im vergangenen Jahr eingesetzte **Arbeitsgruppe zur Schiffssicherheit**. Vor dem Hintergrund wiederholter Ölkatastrophen und des zunehmenden Seeverkehrs hat die Arbeitsgruppe den Auftrag, konkrete politische Handlungsempfehlungen für gemeinsames staatenübergreifendes Handeln zu geben. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden auf der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg vorgestellt.

Auch auf anderen Gebieten beschreitet die Ostseeparlamentarierkonferenz neue Wege: So trägt sie dem Anliegen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), ihre Organisation näher an die BSPC heranzuführen, Rechnung, indem sie ihr einen Beobachterstatus einräumt und damit den gemeinsamen Dialog über **minderheitenpolitische Themen** eröffnet.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Die FUEV als unabhängiger Dachverband nationaler Minderheiten in Europa erhielt 1989 konsultativen Status beim Europarat und 1995 den gleichen Status bei den Vereinten Nationen. Sie ist auch bei den OSZE-Konferenzen vertreten, soweit sich diese mit nationalen Minderheiten und ethnische Volksgruppen befassen.

Die **wachsende Bedeutung der Ostseeparlamentarierkonferenz** zeigt sich nicht nur im Außen-, sondern auch im **Innenverhältnis**. Russland und der Nordische Rat haben Interesse signalisiert, in dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz zukünftig mit jeweils zwei Mitgliedern vertreten zu sein. Bisher setzt sich der Ständige Ausschuss aus jeweils einem Vertreter für den Nordischen Rat, die Baltischen Staaten, Polen, Russland und Deutschland zusammen. Die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg wird einen entsprechenden Antrag zur Änderung ihrer Geschäftsordnung beraten.

### **2.3 Konferenz der Subregionen (BSSSC)** **([www.bsssc.com](http://www.bsssc.com))**

Die Konferenz der Subregionen steht knapp 10 Jahre nach ihrer Begründung (Oktober 1993, Stavanger/Norwegen) vor einer **entscheidenden Weichenstellung**. Wesentlich begründet als „Marktplatz“ der - zuvor unbekannt - Begegnung auf der Ebene unmittelbar unterhalb des Nationalstaates, muss die BSSSC angesichts der im Rahmen der EU-Erweiterungen erheblich gewachsenen (und EU-finanzierten) Netzwerke regionaler Zusammenarbeit ihre eigene Rolle im Rahmen der Ostsee-zusammenarbeit neu definieren.

Wesentliche Aufgabe der BSSSC, an deren Arbeit Schleswig-Holstein seit deren Begründung aktiv mitwirkt, ist die **Stärkung der regionalen Ebene** in den EU-Beitrittsländern im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses; unverändert kommt der BSSSC eine besondere Rolle zu als Sprachrohr der Interessen der regionalen Ebene in den Ostsee-Anrainerstaaten gegenüber dem Ostseerat und der Europäischen Kommission.

Im Mai 2000 wechselten Vorsitz und Sekretariat der BSSSC erstmals in ein EU-Beitrittsland: Die **Wojewodschaft Pomorskie/Pommern** - Partnerregion Schleswig-Holsteins - leistet seitdem unter den erschwerten Bedingungen eines Nicht-EU-Mitgliedstaates die notwendige Koordinationsarbeit der BSSSC und ihrer Präsenz in den Netzwerken der Ostseekooperation. Als erste regionale transnationale Organisation hat die BSSSC einen **Beobachterstatus beim „Ausschuss der Regionen (AdR)“** erlangt und nimmt an den regulären AdR-Sitzungen in Brüssel teil. Das von Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam unterhaltene **Hanse-Office** fungiert seit Mai 2001 als **„BSSSC-Antenne“ in Brüssel**.

Die **9. BSSSC-Konferenz** (25.-27.10.2001, Riga/Lettland) stellte die **Rolle und Bedeutung der regionalen Ebene** im Prozess der Integration und EU-Erweiterung in den Mittelpunkt: Dies gelte sowohl für die Nutzung der EU-Vorbeitriffsinstrumente und anderer verfügbarer EU-Förderprogramme im Ostseeraum als auch für die Umsetzung grundlegender EU-Politiken insbesondere in den Beitrittsländern. An die Ostseeanrainerstaaten richtete die Konferenz die Aufforderung, in den jeweiligen Staaten die regionale Ebene verstärkt in die Umsetzung von Ostsee- und EU-Politiken einzubeziehen. Zugleich forderte die Konferenz den Ostseerat auf, verstärkt Präsenz gegenüber der EU in Brüssel zu zeigen.

In Verbindung mit der Jahreskonferenz 2001 richtete BSSSC in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem INTERREG III B – Sekretariat (Rostock) in Riga einen „**INTERREG III B / PHARE Information day**“ aus, der auf breite Resonanz bei regionalen Vertretern aus allen Ostseeanrainerstaaten stieß. Gemeinsam mit Schleswig-Holstein und Eastern Norway County Network hatte BSSSC zuvor im März 2001 eine viel beachtete **Konferenz „The Northern Dimension and Kaliningrad Oblast“** ausgerichtet; erstmals trafen hier vor Ort in Kaliningrad regionale Kooperationspartner des Gebiets Kaliningrad zusammen, um gemeinsam über bessere Projektkoordinierung und die Einbeziehung weiterer interessierter Regionen zu beraten. Eine Folgeveranstaltung ist für 2003 geplant.

Die 10. und Jubiläumskonferenz der BSSSC wird unter dem Thema „Regions in Partnership for the future“ in Schleswig-Holsteins Partnerregion Ost-Norwegen / Eastern Norway Region stattfinden (Lillehammer/Norwegen, 24.-26.10.2002). Im Vorstand (Board) der BSSSC werden die zwei deutschen Sitze weiterhin von Schleswig-Holstein und Hamburg wahrgenommen; in den BSSSC Working Groups arbeiten Vertreter aller drei norddeutschen Länder mit.

## **2.4 EU-Ostseepolitik**

Unverändert besteht keine eigenständige EU-Politik für den Ostseeraum. Die häufig kritisierte, durch den unterschiedlichen Status der Ostseeanrainerstaaten bedingte Aufteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Kommission besteht

unverändert fort. Dennoch gewinnt der Nordosten Europas zusehends an Bedeutung auch für die EU. Ausdruck hierfür sind

- die EU-Erweiterungspolitik und die im Ostseeraum verfügbaren EU-Programme INTERREG III B, PHARE, ISPA, SAPARD und TACIS
- die Gemeinsame Strategie mit Russland unter Einschluss der besonderen Situation des Gebiets Kaliningrad, sowie
- das Konzept der „Nördliche Dimension der EU“.

**EU-Vor-Beitrittsstrategie:** Mit der Gleichstellung aller Beitrittskandidaten Ende 1999 wurden auch Lettland und Litauen in den Kreis derjenigen Kandidatenländer aufgenommen, die ab 2004 Mitglied werden können. Die EU erfüllt damit eine langjährige Forderung zahlreicher Ostseeanrainer. Auch wenn die Beitrittskandidaten die Beitrittsvoraussetzungen trotz erheblicher Fortschritte bisher noch nicht vollständig erfüllen, befinden sich 10 Beitrittskandidaten nach dem von der Kommission zum EU-Gipfel in Laeken (Dezember 2001) vorgelegten Berichten über den Stand der Erweiterungsverhandlungen im Zeitplan, und die EU Kommission erwartet den Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis Ende 2002<sup>24</sup>. Ziel ist nach wie vor, erste Beitritte in 2004 möglich zu machen.

Neben dem eigentlichen Verhandlungsprozess gibt es den **Heranführungsprozess**, gekennzeichnet durch Beitrittspartnerschaften zur Bestimmung prioritärer Reformen und einzusetzender EU-Finanzmittel, sowie durch nationale Programme für die Übernahme des „Gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU“ (*acquis communautaire*). Hauptinstrument der EU-Vorbeitrittsstrategie ist das EU-Programm PHARE. Unmittelbar einbezogen werden die EU-Mitgliedstaaten z.B. über das 1998 von der EU-Kommission eingerichtete Unterprogramm „PHARE Institution building“: Über projektorientierte Partnerschaften zwischen Behörden in Mitgliedstaaten und Beitrittsländern („Twinning“) sollen diese in Gesetzgebung, Verwaltung und Ausbildung zur Umsetzung des „acquis communautaire“ befähigt werden; Kern der jeweiligen Projekte ist die Entsendung von Experten aus EU-Mitgliedstaaten. Die Projektkosten werden vollständig aus den Mitteln des jeweiligen nationalen PHARE-Programms getragen. Daneben sind die Anfang 2000 neu eingeführten EU-Förderinstrumente ISPA (Verkehrsinfrastrukturen und Umwelt) und SAPARD (Aufbau von Institutionen zur Verwaltung der EU-Agrarpolitik) auf die Stärkung der Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer ausgerichtet.

---

<sup>24</sup> Vgl. hierzu ausführlicher „Europabericht der Landesregierung“ (Drs. 15/1517)

Im Rahmen der 1999 beschlossenen **Gemeinsamen Strategie mit Russland**<sup>25</sup> hat sich in den vergangenen zwei Jahren eine erhebliche Konsolidierung des Dialogs zwischen der EU und Russland entwickelt. Dies wurde zuletzt auch beim EU-Russland-Gipfel im Mai 2002 in Moskau deutlich. Im Mittelpunkt stehen derzeit der geplante Aufbau eines „Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes“, die Unterstützung Russlands beim angestrebten Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) sowie wachsende Kooperationen im Energiebereich oder auf den Feldern der Sicherheitspolitik und der Kriminalitätsbekämpfung. In der Frage des Visa-Regimes an den künftigen EU-Außengrenzen zum Gebiet Kaliningrad standen sich hingegen die divergierenden Positionen der EU und Russlands beim Gipfeltreffen in Moskau unvereinbar gegenüber.

Die Tatsache jedoch, dass die spezifische politische und ökonomische Situation des russischen Gebiets **Kaliningrad** Gegenstand des Dialogs geworden ist, belegt das gewandelte Klima in den Beziehungen zwischen der EU und Russland.<sup>26</sup> Ziel der gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung der regionalen Entwicklung des Gebiets ist es, den Standort für ausländische Investoren attraktiv zu machen und die bestehenden sozialen und ökonomischen Diskrepanzen zu den benachbarten EU-Beitrittsländern Polen und Litauen nicht noch weiter zu erhöhen. Zugleich gilt es, dem erheblichen Nachholbedarf an Infrastruktur- und Umweltinvestitionen zu begegnen und die Einbindung Kaliningrads in das Netzwerk der Ostseekooperation zu stärken. Gleichwohl ist in der Weiterentwicklung der Beziehungen EU-Russland darauf zu achten, dass Russland die Probleme des Gebiets Kaliningrad nicht zum zentralen Angelpunkt dieser Beziehungen ausbaut.

Das **TACIS-Aktionsprogramm 2001** für die Russische Föderation wurde im Oktober 2001 vom TACIS-Verwaltungsausschuss angenommen. Umgesetzt werden die TACIS-Aktionsprogramme im jeweils folgenden Jahr. Es ist zwar mit 80 Millionen EURO doppelt so hoch ausgestattet wie das Budget im Jahr zuvor (38 Millionen EURO), kann aber angesichts der tatsächlichen Problemlage des Landes nur unverändert nur als Anschubfinanzierung bezeichnet werden. Eine Evaluierung der früheren TACIS-Programme durch die EU-Kommission führte zu folgenden Veränderungen:

- Fördermaßnahmen werden auf eine begrenzte Zahl von Bereichen und Projekten konzentriert
- der Programmansatz ist weniger nachfrage- sondern dialogorientiert, d.h. die EU nimmt stärkeren Einfluss auf das Programmausrichtung

<sup>25</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/ceeca/com\\_strat/russia\\_99.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf)

<sup>26</sup> siehe u.a. die im Januar 2001 von der Kommission vorgelegte Mitteilung „Die EU und Kaliningrad“ (Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/com2001\\_0026de01.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com2001_0026de01.pdf))

- im Rahmen der Kleinprogramme liegt der Schwerpunkt auf Kooperationen zwischen öffentlichen und regierungsunabhängigen Institutionen
- die geographische Konzentration des Programms wird verstärkt (u.a. Kaliningrad), um Wirksamkeit und Synergieeffekte zu erhöhen.

Neben Unterprogrammen wie „Bistro“, Kleinprojektefonds, „Institution Building Partnership“ oder „Cross-Border Co-operation“ orientiert sich das laufende TACIS Programm für Russland inhaltlich an drei Prioritäten<sup>27</sup> :

- Förderung der Reform der Institutionen und der Rechts- und Verwaltungsreform
- Unterstützung des privaten Wirtschaftssektors und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung
- Unterstützung bei der Bewältigung der sozialen Folgen des Reformprozesses.

Mit dem vom EU-Gipfel in Feira (Juni 2000) angenommenen **Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension der EU“**<sup>28</sup> hat die Union erstmals seit Mitte der 90er Jahre wieder eine Fokussierung auf die Ostseeregion vorgenommen. Der Aktionsplan fordert Maßnahmen u.a. in den Bereichen Infrastrukturen, Umwelt und nukleare Sicherheit, Bildung, Forschung und Humanressourcen, öffentliches Gesundheitswesen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Für die Umsetzung des Aktionsprogramms werden jedoch keine Mittel zur Verfügung gestellt sondern lediglich auf die bestehenden EU Förderprogramme auf die Internationalen Finanzinstitutionen (EIB, EBRD, Nordische Investitionsbank) und die nationalen Fördermittel verwiesen.

Dieser bislang bis 2003 befristete Aktionsplan setzt zunächst lediglich den politischen Handlungsrahmen. Die angestrebte gemeinsame Umsetzung der vorgeschlagenen Aktionsfelder mit internationalen und nationalen, aber auch regionalen und lokalen Akteuren weist allerdings ein erhebliches Defizit auf. Dennoch sind erkennbare politische Fortschritte zu verzeichnen:

- Mit der von Schweden ausgerichteten **Außenministerkonferenz** zur „Nördlichen Dimension“ (Luxemburg, April 2001)<sup>29</sup> und mit dem ebenfalls vom damaligen schwedischen EU-Ratsvorsitz vorgelegten **„Full report on Northern Dimension Policies“**<sup>30</sup> (EU-Gipfel von Göteborg, Juni 2001) hat das Konzept eine breitere Akzeptanz unter den Mitgliedstaaten erfahren.

<sup>27</sup> Informationen zu TACIS im Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relation/ceeca/tacis/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relation/ceeca/tacis/index.htm) ; Ausschreibungen im Internet unter: [europa.eu.int/comm/europeaid/tender/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/europeaid/tender/index_en.htm)

<sup>28</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/ndap/06\\_00\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/06_00_en.pdf)

<sup>29</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/conf/formin2/concl.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/conf/formin2/concl.htm)

<sup>30</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/index.htm)

- Unter deutschem Vorsitz legte der **Ostseerat** im April 2001 einen umfangreichen Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans zur „Nördliche Dimension“ vor, an dessen Erstellung zahlreiche Organisationen des Ostseeraum mitgewirkt hatten<sup>31</sup>.
- Im Zusammenwirken mit der Europäischen Kommission haben die für Fragen der Informationsgesellschaft zuständigen Minister des Ostseerates einen „**Northern e-Dimension Action Plan**“ beschlossen, der im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ die Entwicklung der Informationsgesellschaft in der Ostseeregion zum Ziel hat<sup>32</sup>.

Gleichzeitig ist jedoch der von der damaligen schwedischen Ratspräsidentschaft beim EU-Gipfel von Göteborg eingebrachte Vorschlag, mit der „**Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP)**“ ein neues Instrument zur koordinierten Finanzierung besonders akuter Umweltprojekte im Ostseeraum zu schaffen, in dem Mitgliedstaaten, Europäische, Nordische und Internationale Finanzinstitutionen mitwirken, bislang noch nicht recht vorangekommen.

Das von der Landesregierung Schleswig-Holstein wesentlich mitinitiierte EU-Förderinstrument der Europäischen Kommission für Ostseekooperation **INTERREG II C Ostsee** konnte Ende 2001 erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt beteiligten sich 460 Partner aus dem gesamten Ostseeraum an den 45 genehmigten Projekten, die ein Gesamtvolumen von knapp 50 Millionen EURO (EU-Mittel, nationale, regionale und lokale Kofinanzierung) banden. Maßnahmeschwerpunkte waren Städtesysteme und Siedlungsstrukturen, Raumordnung und Regionalplanung, Kommunikationsnetze (Verkehr, Energie, IT), Entwicklung von Küstenzonen, Inseln und ländlichen Gebieten sowie Kultur und Tourismus.

Die Anzahl der Projekte, der beteiligten Projektpartner und die Höhe der investierten Mittel sind wichtige Indikatoren für die zunehmend dynamische Entwicklung des Ostseeraums. Die Projekte und entstehenden Netzwerke werden zu einem höheren Integrationsgrad der Ostseekooperation führen und damit zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums stärken. **Schleswig-Holstein** konnte sich mit einer Reihe von Maßnahmen an dem Programm INTERREG II C beteiligen: Von insgesamt 45 genehmigten Projekten wurden 15 mit Beteiligung schleswig-holsteinischer Projektpartner mit einem Gesamtvolumen von ca. 16 Mio. EURO (INTERREG-Mittel und Kofinanzierung) durchgeführt.

---

<sup>31</sup> „Priorities and projects - Contribution of the Council of the Baltic Sea States“,  
siehe: [www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution to ND AP.1.htm](http://www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution%20to%20ND%20AP.1.htm)

<sup>32</sup> Internet: [www.riso.ee/nordic](http://www.riso.ee/nordic)

Die Ausarbeitung des **Folgeprogramms INTERREG III B Ostsee (2001 - 2006)** erfolgte auf europäischer Ebene unter aktiver Mitwirkung der Landesregierung. Das im September 2001 von der EU-Kommission genehmigte Programm hat ein Mittelvolumen von 98 Mio. EURO (zuzüglich Kofinanzierung)<sup>33</sup>. Im Oktober 2001 und März 2002 haben die ersten beiden Ausschreibungsrunden stattgefunden. Dabei wurden 27 Projektanträge genehmigt, darunter neun mit Beteiligung schleswig-holsteinischer Projektpartner.

Als besonderer Erfolg und als Anerkennung für die bereits während der Programmperiode INTERREG II C (1997-2001) geleistete Arbeit ist die Tatsache zu werten, dass die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** von den Ostseeanrainerstaaten erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde für das Programm beauftragt worden ist.

Im Jahr 2001 konnte ein erster Erfolg bei der in den vergangenen Jahren heftig kritisierten mangelnden **Abstimmung der EU-Förderinstrumente im Ostseeraum** erzielt werden. Bislang war insbesondere den EU-Beitrittsländern eine erfolgreiche Beteiligung vor allem an INTERREG II C / III B - Projekten aufgrund abweichender Programmbestimmungen und –strukturen unter PHARE verwehrt gewesen. Nunmehr ist das PHARE-Programm in Bezug auf Inhalt, förderfähige Maßnahmen und formale Abwicklung besser auf INTERREG III B abgestimmt. Die EU-Beitrittsländer des Ostseeraumes haben aus ihren jeweiligen PHARE-Budgets indikativ 20 Mio. EURO für die Projektverknüpfungen mit INTERREG bereitgestellt.

Ein neu geschaffenes Gremium, das **Baltic Joint Cooperation Committee**, das sich aus Vertretern aller Ostseeanrainerstaaten sowie der EU-Kommission zusammensetzt, wird die weitere enge inhaltliche und formale Verknüpfung der EU-Förderinstrumente sicherstellen und weiterentwickeln. Arbeitsteilig nehmen die norddeutschen Länder gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen die Vertretung Deutschlands in diesem Gremium wahr.

## **2.5 Ostseeanrainerstaaten**

Rolle und Entwicklung der Europäischen Union prägen in mehrfacher Hinsicht unverändert die Entwicklung in nahezu allen Ostseeanrainerstaaten. Auch die **Ostseepolitik der Anrainerstaaten** selbst hat sich weiterentwickelt:

---

<sup>33</sup> weitere Informationen im Internet: [www.spatial.baltic.net](http://www.spatial.baltic.net)

**Schweden** baut unverändert sein ostseepolitisches Engagement weiter aus, so im Rahmen von Baltic-21 oder im Rahmen von CBSS u.a. in Bereichen wie zivile Sicherheit oder Schutz von Kindern und Jugendlichen. Neben seiner geografisch zentralen Lage im Ostseeraum kommt Schweden dabei auch die Repositionierung der Nordischen Zusammenarbeit zugute, die auf eine verstärkte Einbeziehung der baltischen Staaten abzielt.

Während seiner EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 hat Schweden einen starken Akzent auf die Weiterentwicklung des Aktionsplanes „Nördliche Dimension der EU“ gesetzt. U.a. mit der Ausrichtung der Außenministerkonferenz zur „Nördlichen Dimension“ (Luxemburg, April 2001)<sup>34</sup> und mit dem zum EU-Gipfel in Göteborg (Juni 2001) vorgelegten „Full report on Northern Dimension Policies“<sup>35</sup>.

Bemerkenswert ist auch das schwedische Engagement in Kaliningrad; so z.B. die Errichtung eines schwedischen Generalkonsulates in Kaliningrad voraussichtlich noch bis Jahresende 2002 oder der politische Vorstoss für die Einrichtung einer „Kaliningrad Business Support Group“ des Ostseerates.

Das von der schwedischen Regierung im vergangenen Jahr aufgelegte und mit einer Milliarde SEK ausgestattete „Ostsee-Fonds“<sup>36</sup> soll in den kommenden Jahren bilaterale Projekte zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ostseeregion fördern und die Position der schwedischen Wirtschaft in der Region stärken.

Dieser Orientierung entsprechend gilt unverändert, dass Schweden das Stichwort „Ostseekooperation“ auch als „label“ für die eigene (bilaterale) regionale Außenpolitik nutzt.

**Norwegen** hat im November 2001 für ein Jahr den Vorsitz in der Nordischen Zusammenarbeit übernommen (Nordischer Rat/Nordischer Ministerrat)<sup>37</sup>. Im Ostseeraum konzentriert sich Norwegen daneben auf die Kooperation in der Barents-Region (Barents Euro-Arctic Council, BEAC), der auf staatlicher wie regionaler Ebene über ein organisiertes Netzwerk regionaler Zusammenarbeit mit Russland verfügt. Bemerkenswert sind die norwegischen Bemühungen, die Barents-Kooperation stärker sowohl mit den Strukturen der Ostseekooperation als auch mit dem Konzept der „Nördlichen Dimension der EU“ zu verzahnen.

Dabei wird eine Orientierung Norwegens auf regionale Zusammenarbeit mit Russland deutlich: So u.a. bei der Zusammenarbeit zur Bekämpfung verbreitbarer Krankheiten im Ostseeraum („task force on communicable diseases control“), die auf norwegische Initiative explizit Missstände in Nordwest-Russland fokussiert; oder bei der

<sup>34</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/conf/formin2/concl.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/conf/formin2/concl.htm)

<sup>35</sup> Internet: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_dim/doc/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/index.htm)

<sup>36</sup> Internet: [www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/balticbillion/billion2.htm](http://www.utrikes.regeringen.se/inenglish/policy/balticbillion/billion2.htm)

<sup>37</sup> Internet: [www.norden.org](http://www.norden.org)

norwegischen Perzeption der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B (Northern Periphery), die für die Positionierung Norwegens als seegebundene Transportbrücke zwischen der EU und den Rohstoffregionen Nordwest-Russlands genutzt werden soll. Unverändert genießt die transnationale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene sowohl im Ostsee- wie im Nordseeraum hohe politische Priorität in Norwegen. Dies gilt unbeschadet des Regierungswechsels im Herbst 2001. Hingegen hat die im Herbst 1999 vom norwegischen Außenministerium veröffentlichte „Deutschland-Strategie“ zuletzt keine nennenswerten Fortschritte gemacht.

**Finnland** hatte sich nach seiner stark auf die „Nördliche Dimension“ ausgerichteten EU-Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 1999) mit Blick auf die anstehende EU-Erweiterung wesentlich auf die Bildung einer Allianz kleinerer EU-Mitgliedstaaten konzentriert. Unter dem Eindruck des wieder verstärkt auf intergouvernementale Zusammenarbeit ausgerichteten EU-Gipfels von Nizza (Juni 2000) aber hat Finnland dieses Konzept wieder fallen gelassen und wieder verstärkt die regionale Außenpolitik in den Vordergrund gerückt.

Um so größere Aufmerksamkeit wird der im Juli beginnende einjährige Vorsitz im Ostseerat (CBSS) genießen, zumal Finnland damit zugleich die Nachfolge des russischen Vorsitzes übernimmt, der seit Sommer 2001 die Vertiefung der Ostsee-Kooperation nur bedingt vorantreiben konnte.

In **Dänemark** war der Regierungswechsel im November 2001 das beherrschende Thema. Dabei war die von Seiten der nordischen Nachbarn geäußerte Kritik am angekündigten ausländerpolitischen Kurs der neuen dänischen Kritik für nordische Verhältnisse ungewohnt unverblümt. Für den Zeitraum ihrer EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002 hat die dänische Regierung das Engagement der EU im Ostseeraum zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt.

Das unmittelbar ostseepolitische Engagement der dänischen Regierung ist weiterhin auf die Förderung der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene konzentriert. Hauptaugenmerk gilt dabei der weiteren Entwicklung der Öresund-Region. Die Eröffnung der Öresund-Brücke im Juli 2000 hat hierfür eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Das Zusammenwachsen z.B. auf den Gebieten der Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung und zu einem gemeinsamen Arbeitsmarkt erfordern konsequentes Bemühen aller Beteiligten; Unterschiede bei Währung und Steuern sind mitverantwortlich dafür, dass noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes bestehen. Auch die notwendige Akzeptanz und Auslastung der Öresund-Brücke bleibt noch hinter den Erwartungen zurück. Nach einer

Phase bemerkenswerter Ansiedlungsgewinne v.a. in Kopenhagen sind weitere Projekte wie der neue Kopenhagener Stadtteil Ørestad vorerst ins Stocken geraten.

In den **Baltischen Staaten** stehen unverändert die Bemühungen um die Anpassung an EU-Standards und den Aufbau effizienter demokratischer Institutionen sowie einer funktionierenden Marktwirtschaft im Vordergrund. Wenngleich alle drei Staaten einen möglichst raschen EU-Beitritt anstreben und die Europäische Kommission in ihren letzten „Fortschrittsberichten“ allen drei Staaten bemerkenswerte Fortschritte attestiert hat, hat spätestens mit der Eröffnung der gewichtigen Verhandlungskapitel „Agrar-“ und „Strukturpolitik“ die öffentliche Akzeptanz eines Beitritts zur EU zu bröckeln begonnen. Wirtschaftlich sind alle drei Staaten von starker Dynamik geprägt, wobei sich zuletzt Lettland und Litauen besonders auszeichneten. Zwar verharrt die Arbeitslosigkeit unverändert auf hohem Niveau, aber gravierenden Auswirkungen der Krise in Russland (1998) können als überwunden angesehen werden.

Bemerkenswert ist, dass Lettland in jüngerer Zeit Russland als Handelspartner und Markt „neu“ entdeckt. Hingegen hat sich Litauen erfolgreich als politischer Partner Russlands profiliert, soweit es die auch innerhalb der EU viel beachtete Frage der Zukunft des russischen Gebiets Kaliningrad betrifft.

Parallel zu der noch ausstehenden und von der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen angemahnten Regionalisierung innerhalb der baltischen Staaten zeichnet sich ein wachsendes Interesse an subregionaler Kooperation im Ostseeraum ab; Beleg dafür ist, dass mit Kaunas (1999), Pärnu (2000) und Riga (2001) die drei letzten BSSSC-Konferenzen in den baltischen Staaten stattfanden.

Auch in **Polen** ist der angestrebte EU-Beitritt das dominierende Thema. Dabei hat die Europäische Kommission in ihren letzten „Fortschrittsberichten“ Polen einen teilweise erheblichen Nachholbedarf im Bereich notwendiger Reformen attestiert; dies gilt auch für die offenkundig nur mäßige Absorptionsfähigkeit von EU-Fördermitteln (PHARE-Programm) seitens der bestehenden Strukturen in Polen.

Parallel zur unverändert schwachen wirtschaftlichen Entwicklung sind essenzielle Kapitel der Beitrittsverhandlungen zum innenpolitischen Streitthema in Polen geworden. Befördernd auf diesen Streit und zur Zeit eher lähmend auf den Reformbedarf in Polen wirkt sich dabei die erdrutschartige Veränderung der Parteienlandschaft bei den Wahlen im Oktober 2001 aus.

Die Stellung der 1999 neu eingerichteten und mit Kompetenzen gestärkten Wojewodschaften hat sich weiter gefestigt. Die unter den 16 Wojewodschaften mit Zustimmung der Warschauer Regierung vereinbarte Arbeitsteilung weist im Rahmen der neuen Zuständigkeiten für interregionale Kooperation der Wojewodschaft

Pomorskie/Pommern die Rolle als „Regionale Brücke“ Polens in die Ostseeregion zu. Dem entspricht auch die Übernahme zentraler Verantwortungen dieser Partnerregion Schleswig-Holsteins im Rahmen von BSSSC.

**Russische Föderation:** Die noch im letzten Ostseebericht konstatierte krisenhafte wirtschaftliche und politische Lage ist einer deutlichen Stabilisierung gewichen; neben einer starken Regierung Putin steht hierfür auch das exportbasierte Wirtschaftswachstum. Politisch hat die Annäherung Russlands an die USA nach den Terroranschlägen im September 2001 das Klima der für die Ostseeregion besonders bedeutsamen EU-Russland-Kooperation weiter erleichtert. Im Blickpunkt der russischen Politik steht dabei jedoch weniger die Ostseekooperation selbst als vielmehr das Interesse, über die Regionen Nordwest-Russlands eine stärkere Einbindung in die sich erweiternde EU zu erlangen.

Demgegenüber kann jetzt die im Rahmen der anstehenden EU-Erweiterung noch ungeklärte künftige Situation Kaliningrads als russischer Enklave innerhalb der EU zum Belastungstest für diese Beziehungen werden: Sollten keine einvernehmlichen Lösungen über Visa-, Transit- und Fragen der infrastrukturellen Einbeziehung Kaliningrads in eine erweiterte Union gefunden werden, könnten belastende Auswirkungen auf die Ostseekooperation zumindest im staatlichen Bereich die Folge sein.

Bemerkenswert ist das unverändert starke Interesse Russlands an der Umsetzung der „Nördlichen Dimension“. Die Tatsache, dass Russland weiterhin die wirtschaftliche Anbindung der Regionen Nordwest-Russlands an den Ostseeraum verfolgt, belegt dieses Interesse an der politischen Konzeption der „Nördlichen Dimension“; die damit verknüpften Erwartungshaltungen an zusätzliche EU-Fördermöglichkeiten erscheinen hingegen oftmals überzogen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, dass Russland mit seinem zumindest auf Kontinuität ausgerichteten Ostseeratsvorsitz 2001/2002 eine früher ungekannte aktive Wahrnehmung dieser regionalen Zusammenarbeit unterhalb der „offiziellen“ EU-Russland-Ebene unter Beweis gestellt hat.

**Deutschland** hat sein Engagement in der Ostseekooperation während seines einjährigen Ostseeratsvorsitzes (2000/2001) nachhaltig verstärkt<sup>38</sup>. Dies gilt neben dem Ostseerat (CBSS) selbst vor allem für die vielfältigen Fachkooperationen, die im Berichtszeitraum nicht unwesentlich ausgeweitet wurden; hier konnten die Fachressorts der Bundesregierung - oftmals in enger Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern - in einem früher selten gekanntem Maß eingebunden werden.

---

<sup>38</sup> siehe hierzu auch Kapitel 2.1

Die enge Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den norddeutschen Ländern während des deutschen Ostseeratsvorsitzes fand aus der Sache heraus überwiegend ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit statt, war aber aus norddeutscher Sicht begrüßenswert effizient und konsistent.

Aus Sicht der norddeutschen Länder von besonderer Bedeutung war das von der Bundesregierung im März 2001 ausgerichtete Wirtschaftsforum „Fostering Economic Cooperation in the Baltic Region“: So, wie hier benachbarten Ostseeanrainern ein Forum für Wirtschaftskontakte mit deutschen Unternehmen eröffnet wurde, konnte gleichzeitig der Blick der deutschen Wirtschaft auf die ökonomischen Perspektiven der Ostseeregion gelenkt werden, in der die norddeutschen Länder eine wichtige Brückenfunktion innehaben.

Wenngleich in Europa „kontinentale“ Interessen für die Bundesregierung ungleich größeres Gewicht haben, gilt es, die während des deutschen Ostseeratsvorsitzes gestiegene Wahrnehmung der Ostseeregion innerhalb der Bundesregierung weiter auf dem erhöhten Niveau zu halten.

### **3. Schleswig-Holsteins Ostseepolitik: Stärkung der Ostseeregion im Wettbewerb der Regionen**

Ostseekooperation ist unverändert die **strategische regionale Leitidee** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dies gilt im Großen - nur gemeinsam wird die Ostseeregion im Wettbewerb der europäischen Großregionen um Handelsströme und Standortentscheidungen bestehen können. Dies gilt im Kleinen - nur wer kooperationsfähig ist, kann auch konkurrenzfähig bleiben.

Auch mit Blick auf die gesamteuropäische Entwicklung gilt es, die Ostseepolitik des Landes **kontinuierlich weiterzuentwickeln**. Dazu zählt auch, mit eigenen Initiativen zur Weiterentwicklung der Ostseekooperation beizutragen, die sich auf ihre veränderte Rolle nach der bevorstehenden EU-Osterweiterung einstellen muß<sup>39</sup>. Grundsätzlich ist daher die **Präsenz des Landes** im Ostseeraum zu sichern. Dies schließt die aktive Mitarbeit in den wichtigsten Ostsee-Institutionen ein (BSSSC, Ostsee-Fachministerkonferenzen, Ostsee-Parlamentarierkonferenz, norddeutsche Beteiligung im Ostseerat).

Zugleich gilt es, die **Pflege politischer Kontakte** im Ostseeraum durch Besuchsreisen der Ministerpräsidentin, von Fachministern sowie des Landtages fortzusetzen. Im Berichtszeitraum zählten dazu die Reisen der Ministerpräsidentin nach Tallinn, Riga und Vilnius (Begleitung des Bundeskanzlers, Juni 2000), nach Oslo (Oktober 2000), Danzig (Mai 2001), Riga (September 2001), Kaliningrad und Helsinki (Juni 2002); ebenso die Unternehmerreisen des Wirtschaftsministers nach Finnland und Estland (August 2000), Polen (Juni 2001) und Lettland (gemeinsam mit Hamburg, Juni 2002) und die Reisen des Innenministers nach Estland und Lettland (Juni 2002), der Landwirtschaftsministerin nach Estland (Juni 2000), Finnland (Juni 2002) und Lettland (September 2002), der Gesundheitsministerin nach Norwegen (Februar 2001) oder die Teilnahme der Kulturministerin an der 5. Konferenz der Ostsee-Kulturminister (Kopenhagen, September 2001).

Darüber hinaus ist das Netzwerk der schleswig-holsteinischen Ostseekooperation weiterzuentwickeln.

---

<sup>39</sup> vgl. hierzu ausführlicher Ziffer 4.

### 3.1 *Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum*

Mit dem Ziel der Vernetzung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum hat das Land seit 1992 kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften mit ausgewählten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Die Partnerregionen waren dabei in den vergangenen Jahren von binnen-nationalen Regionalisierungsprozessen und Funktionalreformen betroffen gewesen, die zum Teil auch aus formalen Gründen eine Erneuerung bzw. Überarbeitung bestehender Vereinbarungen erforderlich machten.

- **Norwegen:**

Wichtigster Fortschritt in der Partnerschaft mit der Region Eastern Norway County Network (Østlands Samarbeidet) war im Berichtszeitraum die in 2001 vereinbarte Errichtung der „Gesundheitsbrücke“ (pasientbro): Rund 500 norwegische Patienten nutzten in 2001 die neuen Behandlungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein; norwegische Stellen schätzen die Behandlungsfälle für 2002 auf bis zu 1.500. Innerhalb Deutschlands sind bislang schleswig-holsteinische Krankenhäuser die einzigen, die eine offizielle Akkreditierung zur Behandlung norwegischer Patienten erhalten haben.

Über diese Vereinbarung zwischen dem Norwegischen Reichsversicherungsamt und schleswig-holsteinischen Krankenhäusern hinaus, die zuvor im Rahmen der Regionalpartnerschaft entwickelt worden war, streben beide Partnerregionen verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Jugend-/Schüleraustausch, Technologie und Arbeitsmarkt (Mobilsierung von Arbeitskräften) an.

Gemeinsam haben Schleswig-Holstein und Eastern Norway County Network im März 2001 die BSSSC-Konferenz „The Northern Dimension and Kaliningrad oblast“ in Kaliningrad ausgerichtet.

- **Finnland:**

Im Mittelpunkt der aktuellen Kooperation mit den westfinnischen Partnerregionen stand die Ausgestaltung des „Finnland-Schwerpunktes“ des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals 2001, zu dem die finnischen Partnerregionen bemerkenswerte Beiträge geleistet haben, die auch in Finnland Beachtung fanden. Im Rahmen der Partnerschaft ist eine Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit vereinbart.

Teilweise unter Rückgriff auf EU-Fördermöglichkeiten soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Hochschule, Gesundheit und regenerierbare Energien (Wind, Biomasse) ausgebaut werden. So wird sich die Universität Vaasa an dem maßgeblich von schleswig-holsteinischen und südschwedischen Hochschulen entwickelten Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ beteiligen.

- **Schweden:**

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft mit SydSam (Samverkan i Sydsverige), dem Zusammenschluss der südschwedischen Regionen, wurde im Juli 2001 durch Unterzeichnung einer überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ an die mittlerweile veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Gleichwohl gilt zur Zeit das Hauptaugenmerk der Zusammenarbeit weiterhin der Entwicklung der Region „Südwestliche Ostsee“, u.a. mit den Projekten „STRING“ und „Baltic Sea Virtual Campus“, an denen innerhalb von SydSam wesentlich die Region Skane beteiligt ist. Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den übrigen, eher ländlich geprägten Mitgliedsregionen von SydSam, z.B. in den Feldern Technologie oder Informationsgesellschaft, sollen gemeinsam verstärkt untersucht werden.

- **Dänemark:**

Im Juni 2001 wurde zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt erstmals eine formale Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit vereinbart. Damit wird die über Jahrzehnte gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf ein zusätzliches Fundament gestellt: Die projektgebundene Zusammenarbeit in der unmittelbaren Grenzregion soll um Akteure und Potenziale des gesamten Landes ergänzt werden; zugleich soll die Partnerschaft ein Forum für den unmittelbaren politischen Meinungsaustausch beider Nachbarn schaffen.

Vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen grenzüberschreitenden Beziehungen kommt der praktischen EU-Projektförderung in der Programmphase INTERREG III A (2000 - 2006) besondere Bedeutung zu. Bereits in der abgelaufenen Programmphase (1994-99) konnten in den drei deutsch-dänischen Kooperationsräumen (Landesteil Schleswig/Sønderjyllands Amt, Region K.E.R.N./ Fyns Amt und Ostholstein/Lübeck/ Storstrøms Amt) insgesamt rund 68 grenzüberschreitende Projekte mit einem INTERREG II A-Fördervolumen von 18,8 Mio. EURO bewilligt werden. Für die Programmphase 2000-2006 (INTERREG III A) stehen insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 33 Mio. EURO für grenzüberschreitende Projekte in den drei Kooperationsräumen zur Verfügung.

- **Polen:**

Höhepunkte der Partnerschaft mit der polnischen Wojewodschaft Pomorskie/ Pommern waren die Jugendkonferenzen „CzasSprung 2010“ (Gdansk/Danzig, Mai 2001) und „Baltic Bridges – From the present to the future“ (Kiel/Lübeck, Mai 2002). Im Mai 2001 begleiteten 60 Jugendliche die Ministerpräsidentin auf einer Reise nach Krakau, Auschwitz und Gdansk/Danzig und diskutierten mit polnischen

Gastjugendlichen ihre Visionen für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft in einem gemeinsamen Europa. Zum Gegenbesuch im Mai 2002 kamen 50 polnische Jugendliche in Begleitung von Sejm-Marschall Zarebski (Pomorskie/Pommern) und diskutierten mit Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und anderen Ostsee-Anrainerstaaten Perspektiven der Verständigung und Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Mit dieser gemeinsamen Initiative haben beide Partnerregionen ein Forum für die Verständigung der „Generation von morgen“ geboten.

Unverändert besteht daneben der Schwerpunkt, die Wojewodschaft bei der Stärkung ihrer 1999 in Polen neu gewonnenen Kompetenzen mit Blick auf die Anforderungen des bevorstehenden EU-Beitritts zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund kommt der engen Zusammenarbeit im Rahmen der BSSSC, innerhalb derer die Wojewodschaft im Jahr 2000 die Aufgaben des Vorsitzes und des Sekretariates übernommen hat, besondere Bedeutung zu.

- **Russische Föderation:**

Die Beziehungen des Landes zum Oblast Kaliningrad wurden im Jahr 1999 auf eine neue Grundlage gestellt. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht die Unterstützung für die Kaliningrader Gebietsverwaltung, sich mit Blick auf die Perspektiven und Herausforderungen als „russische Exklave im europäischen Binnenmarkt“ gegenüber der Ostseeregion, aber auch bei der Europäischen Kommission Gehör zu verschaffen. Diesem Zweck dienten u.a. Fachvorträge in Kaliningrad sowie die Einladung einer Kaliningrader Delegation zu politischen Gesprächen in Brüssel im März 2000.

Die im September 2001 in Kaliningrad begonnene Veranstaltungsreihe „Schleswig-Holstein stellt sich vor“ zielte vor allem darauf, die vielfältigen und oft eher unauffälligen praktischen Maßnahmen der Zusammenarbeit und Unterstützung von Institutionen, Verbänden und privaten Initiativen in Kaliningrad einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Vorläufiger Abschluss dieser Präsentation war der Besuch der Ministerpräsidentin Anfang Juni 2002 beim Gouverneur des Oblast Kaliningrad, mit dem sie seinen Besuch bei der Kieler Woche 2001 erwiderte.

- **Baltische Staaten:**

Die partnerschaftlichen Beziehungen zu den baltische Staaten stützen sich - in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner - vorwiegend nicht auf formalisierte Abkommen. Ausnahmen sind u.a. die Twinning-Projekte mit Estland in den Bereichen Justiz, Drogenbekämpfung und Agrarverwaltung, die Ausbildungs- und Beratungshilfen der Landespolizei in Estland und Lettland sowie die

zwischenzeitig überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ zwischen dem MLR und Estland bzw. Lettland. Unabhängig von formellen Vereinbarungen entwickelt sich die Zusammenarbeit aufgrund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbständig.

Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die seit 1995 kontinuierlich aufgebauten „**Schleswig-Holstein-Büros**“ in ausgewählten Ländern und Partnerregionen im Ostseeraum. Sie leisten wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten zugleich wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Die zuvor bis Ende 2000 befristete Regelung für die Büros in Malmö, Gdansk/ Danzig und Tallinn<sup>40</sup> ist um weitere drei Jahre verlängert worden. Um die Präsenz Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu intensivieren, ist das Netz der Schleswig-Holstein-Büros im Berichtszeitraum weiterentwickelt worden:

- In Kooperation mit den örtlichen DIHK-Vertretungen sind neue Schleswig-Holstein-Büros in **Vilnius**<sup>41</sup> (Juni 2000) und **Riga** (September 2001) eingerichtet worden.
- Das zuvor nur bezuschusste „Hanse-Büro“ in **Kaliningrad**<sup>42</sup> ist zu Jahresbeginn 2001 erweitert und in ein Schleswig-Holstein-Informationsbüro umgewandelt worden, das vor Ort in Bürogemeinschaft mit dem unverändert von einem privaten Verein betriebenen „Hanse-Büro“ zusammenarbeitet.
- Das Büro in Malmö ist im April 2002 personell neu besetzt und wird in neuer Konstruktion schrittweise zur **Repräsentanz in der Öresund-Region** umgebaut.

Auch mit Blick auf die Partnerschaften hat sich das **Hanse-Office**<sup>43</sup> erfolgreich als „Zentrum der Ostseekooperation in Brüssel“ etabliert. Aus der losen Zusammenarbeit von Ostsee-Regionalbüros im und um das Hanse-Office in Brüssel ist die sogenannte „**Palmerston Group**“ hervorgegangen, in der neben dem Hanse-Office 14 Regionalbüros des „Baltic Sea House“ und des „South Denmark House“ zusammenarbeiten<sup>44</sup>. Das Hanse-Office selbst hat im Rahmen der regionalen

<sup>40</sup> Internet: [www.ahk-est.ee/index.asp?id=118&submeny=71&l=EE&sid=72](http://www.ahk-est.ee/index.asp?id=118&submeny=71&l=EE&sid=72)

<sup>41</sup> Internet: [www.ahk-let.lv/index.asp?id=173&submeny=214&l=LL&sid=217](http://www.ahk-let.lv/index.asp?id=173&submeny=214&l=LL&sid=217)

<sup>42</sup> Internet: [www.sh-hansebue.kaliningrad.ru](http://www.sh-hansebue.kaliningrad.ru)

<sup>43</sup> Internet: [www.hanse-office.de](http://www.hanse-office.de)

<sup>44</sup> North Sweden EU Office, Copenhagen EU Office, City of Malmö EU Office, South Sweden ERDU Office, South Jutland EU Office, Fyns EU Office, Kommuner Haderslev, Odense EU Office, Tampere Central Region EU Office, EU Vest (City of Ribe), West Zealand EU Office, West Finland Office, European Agency.

Partnerschaft die Wojewodschaft Pomorskie/Pommern sowie die Gebietsverwaltung Kaliningrad in EU-Fragen beraten. Seit Mai 2001 fungiert das Hanse-Office zudem als „BSSSC-Antenne“ in Brüssel: Das Hanse-Office unterstützt die BSSSC bei der Erarbeitung EU-relevanter Positionen als auch im Rahmen des Gaststatus<sup>45</sup>, den BSSSC als erste Regionalorganisation beim Ausschuss der Regionen (AdR) erhalten hat. Insgesamt tragen diese Kooperationen dazu bei, das Hanse-Office als erste Anlaufadresse in Sachen Ostseekooperation in Brüssel zu positionieren.

### **3.2 Schleswig-Holsteins Position in der Ostseeregion stärken**

Um die Chancen Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion auch angesichts der sich rasch ändernden Rahmenbedingungen im Ostseeraum dauerhaft sichern und nutzen zu können, hatte die Landesregierung im Juli 1998 „**Leitprojekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins im Ostseeraum**“ beschlossen<sup>45</sup>.

Dieser Katalog war nicht abschließend, sondern als Anregung zur Diskussion gedacht, wie in einer Allianz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft **strategische Ausrichtungen** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes verabredet und umgesetzt werden können. Die Leitprojekte sollten nach Möglichkeit bis Mitte 2002 abgeschlossen und umgesetzt werden.

Die Zielsetzung, mit der zeitlich befristeten Bündelung zu Leitprojekten diesen Handlungsfeldern neuen Schub zu verleihen und die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren aus dem Land zu vertiefen, hat erfolgreiche Wirkung gezeigt. Angesichts der unterschiedlichen Besetzung der einzelnen Handlungsfelder und des unterschiedlichen Grades bereits bestehender Verflechtungen von Landesregierung und Nicht-Regierungsakteuren in diesen Feldern aber hat dieser politische Ansatz mittlerweile an Schubkraft verloren.

Gleichzeitig sind neue Themen der landespolitisch bedeutsamen Ostseekooperation hinzugetreten. Dies gilt zum Beispiel für Bereiche wie die Wissensgesellschaft oder die Informationsgesellschaft, innerhalb derer es zur Zeit vorrangig darum geht, zum Aufbau ostsee-weiter Netzwerke beizutragen; oder für die **Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein**, in deren Rahmen erfolgreich zunächst mit Norwegen eine „Patientenbrücke“ aufgebaut wurde, mit deren Hilfe norwegische Patienten in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern behandelt werden können.

---

<sup>45</sup> vgl. *Ostseebericht 1998, Drs. 14/1638*

Damit sind weder Themen noch Zielstellungen der 1998 beschlossenen Leitprojekte abgeschlossen, sondern lediglich die intendierte Form ihrer Umsetzung. Mit Hilfe der Fokussierung auf „Leitprojekte“ ist die strategische Bedeutung dieser Handlungsfelder für die künftige Standortbestimmung Schleswig-Holsteins in der sich dynamisch entwickelnden Ostseeregion nachhaltig deutlich geworden. Deren weitere Verfolgung und Umsetzung hingegen ist auf das Engagement der einzelnen Sektoren und der in ihnen verantwortlich arbeitenden Akteure angewiesen.

Auch vor diesem Hintergrund hatte der 1998 aus namhaften Persönlichkeiten des Landes berufene **„Initiativkreis Ostsee“** auf Vorschlag der Ministerpräsidentin Anfang 2001 seine Arbeit für beendet erklärt. Um das koordinierte Zusammenwirken von Landesregierung und Nicht-Regierungsakteuren weiter zu entwickeln, lädt die Ministerpräsidentin themengebunden in wechselnder Zusammensetzung zu Sitzungen des neu eingerichteten „Gesprächskreises Ostsee“ ein.

Mit eigenen Mitteln allein wird Schleswig-Holstein seine Position nicht nachhaltig stärken können. Um so mehr wird es darauf ankommen, innerhalb Deutschlands, grenzüberschreitend und transnational Bündnispartner zu gewinnen, mit denen gemeinsam Interessen definiert und Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Wettbewerbsfähigkeit verabredet werden können.

Die nachstehende Bilanz betrachtet den gesamten Berichtszeitraum 1998-2002. Dabei können hier nicht alle Einzelmaßnahmen aufgelistet werden:

⒫ **Entwicklungskonzept „Südwestliche Ostsee“:**

In den letzten Jahren hat sich im südwestlichen Ostseeraum eine besondere Dynamik entfaltet: Mit dynamischen Entwicklungen in ökonomischen Zukunftsbranchen, angesehenen innovativen Bildungseinrichtungen und hohen Sozial- und Umweltstandards bietet der Raum zwischen der Öresund-Region um Kopenhagen und Malmö sowie der Metropolregion Hamburg/Schleswig-Holstein eine hohe Lebensqualität und ein attraktives Umfeld für international ausgerichtete Unternehmen.

Um die hieraus erwachsenden Chancen zu nutzen, arbeitet Schleswig-Holstein seit 1999 mit der Freien und Hansestadt Hamburg, den dänischen Amtskommunen Storström und West-Seeland sowie den Partnern der dänisch-schwedischen Öresund-

Region (insb. Skane und Kopenhagen) im Rahmen des **Projektes STRING**<sup>46</sup> zusammen. Ziel dieser langfristig angelegten Kooperation ist es, die Potenziale der Partnerregionen gemeinsam zu entwickeln und angesichts der Herausforderungen einer globalisierten, sich rasch wandelnden Wirtschaft gemeinsame Strategien zu erarbeiten. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung der Potenziale hat der südwestliche Ostseeraum die Chance, sich zu einem Kraftzentrum in der Ostseeregion zu entwickeln.

Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit wird das im Rahmen der 1. STRING-Projektphase gemeinsam erarbeitete und im Juni 2001 beschlossene **Entwicklungskonzept „Südwestliche Ostsee“** sein, dessen Kern aus einem konkreten Strategie- und Aktionsplan mit einer Reihe spezifischer Projekte besteht. Die Umsetzung dieses Konzepts erfolgt ab Juni 2002 im Rahmen des Folgeprojekts „STRING 2“<sup>47</sup>.

Aufbauend auf umfangreichen Analysen, Trendbeschreibungen, strategischen Diskussionen haben ca. 100 Experten der Partnerregionen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften und Verkehrs- und Umweltverbänden sieben **strategische Handlungsfelder** herausgearbeitet, in denen eine enge Zusammenarbeit im südwestlichen Ostseeraum besonders aussichtsreich ist:

- Wissensaustausch zwischen Forschung und Unternehmen zur Beschleunigung von Innovation;
- Verbesserung der Angebote zur Bildung und Weiterbildung mit dem Ziel der „Lerngesellschaft für jedermann“;
- gemeinsam geplante Entwicklung der Infra- und Siedlungsstrukturen und verbesserte Koordinierung der Verkehrsplanung;
- Förderung der Mobilität;
- Schutz der natürlichen Umwelt und der charakteristischen Landschaften;
- wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Pflege des gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Kulturlandschaft.

Im Rahmen des Folgeprojekts „STRING 2“, aber auch darüber hinaus sollen u.a. folgende Einzelprojekte zur Umsetzung des Entwicklungskonzepts beitragen:

- **Lokale und überregionale KMU-Netzwerke zur Förderung des e-business**

<sup>46</sup> „South Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography“, von Januar 1999 bis Mitte 2001 mit 0,72 Millionen EURO aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C gefördert (Gesamt volumen: 1,44 Millionen EURO).

<sup>47</sup> Genehmigt im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B im Mai 2002; Laufzeit Juni 2002 bis Juni 2004 (Fördervolumen: 1,7 Mio. EURO; Gesamtvolumen: 3,4 Mio. EURO).

Aufbau eines Systems lokaler und interregionaler Netzwerke klein- und mittelständischer Unternehmen (KMU's) und Wirtschaftsentwicklungsgesellschaften, Anreize zur intensiveren Nutzung von e-business-Technologie, Entwicklung moderner Vermarktungsstrategien für kleine und mittleren Unternehmen.

- **Online basierte Fort- und Weiterbildung**

Aufbau eines Netzwerks Internet-basierter Aus- und Weiterbildungsangebote, Informationsaustausch und Know-how Transfer, Entwicklung von Internet-basierten Ausbildungen und Ausbildungseinheiten insbesondere zugeschnitten auf die Bedürfnisse von KMU's.

- **„STRING design“ – Junges innovatives Design**

Traditionell sind Design und Kunstgewerbe im STRING-Gebiet stark vertreten. Um hier junges innovatives Design zu fördern, soll das Projekt eine Plattform für transregionale Zusammenarbeit, Präsentation und Vermarktung bieten. Das Projekt umfasst außer der Kooperation von Hochschulen auch Weiterbildung in Finanzierungs- und Marketingstrategien und die Entwicklung eines Netzwerkes unterstützender Institutionen.

- **„Perlen regionaler Natur und Kultur“ (HOST)**

Bestandsaufnahme des reichhaltigen kulturellen und natürlichen Erbes der STRING-Regionen, Erarbeitung neuer Wege für einen nachhaltigen Tourismus.

- **Strategien zur nachhaltigen Küstenentwicklung**

Sicherung des umweltverträglichen und nachhaltigen Tourismus in den Küstengebieten, Ausdehnung des Erfahrungsaustauschs auf weitere Handlungsfelder mit dem Ziel eines umfassenderen integrierten Küstenzonenmanagements.

- **Baltic Sea Virtual Campus / E-learning**

Aufbau eines Netzwerkes norddeutscher, schwedischer und dänischer Hochschulen und Bildungsträger, Entwicklung gemeinsamer wirtschaftsnaher online-Studiengänge, Aufbau modell-orientierter effizienter Strukturen für lebenslanges Lernen, Demonstration von Integrationsmöglichkeiten von Ausbildung und Arbeitsmarkt.

- **STRING Wikinger Netzwerk**

Zusammenarbeit von Museen und wissenschaftlichen Instituten mit dem Ziel gemeinsamer Forschung und Entwicklung von Darstellungs- und der Marketing-Konzepten der Wikinger-zeitlichen Geschichte des südwestlichen Ostseebereiches sowie zur Entwicklung gemeinsamer nachhaltiger Tourismuskonzepte für Wikingermuseen und -zentren.

Ⓕ **Schleswig-Holsteins Weg in die internationale Wissens- und Informationsgesellschaft:**

Angesichts des zunehmend rascher werdenden Wandels der Strukturen der beruflichen Arbeit gilt es, die Fähigkeit zu vermitteln und zu erwerben, weltweit verfügbares Wissen nutzen und sich international bewegen zu können. Auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes ebenso wie der Beschäftigungschancen der jungen Generation zielen:

- **Fremdsprachenlernen in der Grundschule:** In der Grundschule lernen die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 3 nach dem integrierten Fremdsprachenkonzept eine Fremdsprache, Vorrang haben dabei Englisch und Dänisch. Seit Beginn des Berichtszeitraums 1998 ist das Fremdsprachenlernen in der Grundschule schrittweise ausgebaut worden. Im Schuljahr 2001/2002 wird bereits an jeder zweiten Grundschule eine Fremdsprache gelehrt. Die flächendeckende Einführung wird für das Schuljahr 2004/ 2005 angestrebt
- **Bilingualer Unterricht** wird in Schleswig-Holstein bereits jetzt an jedem fünften Gymnasium erteilt. Damit ist die Aufbauphase abgeschlossen. In erster Linie wird das Fach Erdkunde auf Englisch unterrichtet, an zunehmend mehr Schulen bis zur Hochschulreife. Weitere bilinguale Fächer sind Geschichte und Biologie. Der bilinguale Unterricht ist jetzt fester Bestandteil eines zusätzlichen Unterrichtsangebotes an den Gymnasien.
- **Schulpartnerschaften:** Mit jetzt 230 Schulen aus Schleswig-Holstein, die einen regelmäßigen Schüleraustausch mit Ostseeanrainern pflegen, ist ein dichtes Schulnetz aufgebaut, in das zusätzlich die zur Zeit rund 50 multilateralen Projekte im Rahmen des EU-Programms „Comenius 1“ (Schulpartnerschaften) einzurechnen sind.
- **„Schulen ans Netz“ / „Schulen im Netz“:** Die im Jahr 1999 begonnenen Projekte „Schulen ans Netz“ und „Schulen im Netz“ sind mittlerweile abgeschlossen. Jede Schule hat jetzt einen Internet-Zugang, und die zunehmende Vereinheitlichung der Schulcomputer und –netze erleichtert die Nutzung für Lehrende und Lernende. Der jetzt nachfolgende Schwerpunkteinsatz eines Schulungsnetzes zur kostenfreien Ausbildung aller Lehrkräfte zur Arbeit mit Computern im Unterricht erhöht deren Qualifikation. Der Landesbildungsserver<sup>48</sup> stellt als regionale Bildungsplattform multimediale Inhalte zur Verfügung und wird weiter zu einem Wissens- und Kommunikationsportal ausgebaut. Er verzeichnet jeden Schultag etwa 200.000 Zugriffe.
- **Verkürzung der Schul- und Studienzeiten:** Schülerinnen und Schüler, die nach acht Jahren am Gymnasium ihr Abitur bestanden haben, sind in der Lage, ihre Ausbildung bei gleicher Qualifikation früher

<sup>48</sup> Internet: [www.lernnetz-sh.de](http://www.lernnetz-sh.de)

abzuschließen und werden damit auf dem europäischen Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

Daher hat Schleswig-Holstein die Möglichkeit eröffnet, die Schulzeit an Gymnasien zu verkürzen. An drei Gymnasien wurde erstmals im Schuljahr 2001/02 ein Bildungsgang angeboten, der den Erwerb des Abiturs nach 12-jähriger Schulzeit ermöglicht. Im Schuljahr 2002/2003 wird dieser Modellversuch erheblich ausgeweitet und an insgesamt acht Schulen durchgeführt.

Dabei werden die wesentlichen Fächerinhalte und methodischen Fertigkeiten des gymnasialen Bildungsganges bis zum Eintritt in die letzten beiden Schuljahre (die Qualifikationsphase der Oberstufe) in sechs statt in sieben Jahren erarbeitet sein und beherrscht werden.

Die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach dem Prinzip der freien Schulwahl. Abgebende und aufnehmende Schulen werden die Eltern dahingehend beraten, dass das Angebot für schnell lernende Schülerinnen und Schüler mit einem breiten Begabungsspektrum gedacht ist.

Das anerkannt hohe Niveau des schleswig-holsteinischen Abiturs bleibt sowohl in den neunjährigen als auch in den achtjährigen gymnasialen Bildungsgängen erhalten.

Im **Hochschulbereich** konnten Spannweite und Intensität der Kooperationen mit Partnerhochschulen im Ostseeraum ausgebaut und verstärkt werden. Über tradierte Kooperationsformen hinaus - wie Studierendenaustausch, Anerkennung von Studienleistungen im Rahmen des ECTS-Verfahrens, gemeinsame wissenschaftliche Projekte oder Dozentenaustausch - haben sich intensive bilaterale, aber auch multilaterale Kooperationsformen entwickelt: Komplette Studiengänge, die gemeinsam entwickelt, angeboten und international anerkannt werden; aber auch Konsortien, die sich gleich mit mehreren Studiengängen netz-basiert und multi-medial aufbereitet dem globalen Bildungsmarkt sowohl in der Grundausbildung als auch in der beufsbegleitenden Fortbildung öffnen. Die beteiligten Hochschulen leisten dabei einen qualitativ und quantitativ hochwertigen Beitrag zur Integration der Europäischen Bildungslandschaft und zur Umsetzung des „Bologna-Prozesses“.

Aus der in Anlage 2 ausführlicher dargestellten Vielzahl von Kooperationsaktivitäten sind besonders herauszustellen:

- Die von der Fachhochschule (FH) Lübeck aus dem Projekt „Virtuelle Fachhochschule“ entwickelte Vision eines **„Baltic Sea Virtual Campus“** konnte vielversprechend weiterentwickelt werden. Aus der Ende 2002 vorgelegten Machbarkeitsstudie, die aus INTERREG II C und der Landesinitiative Informationsgesell-

schaft gefördert worden war, ist ein Projekt im Rahmen von INTERREG III B entstanden, an dem sich 20 Partner aus dem Ostseeraum beteiligen werden. Geplant sind vorerst fünf zukunftsweisende und wirtschaftsnahe online-Studiengänge, die auf einer gemeinsamen Systemplattform von den Partnern des Konsortiums entwickelt und vermarktet werden sollen.

Die Federführung dieses ehrgeizigen Projekts liegt bei der FH Lübeck. Es ist der weltweit erste Versuch von Hochschulen, grenz- und hochschulübergreifend ein gemeinsames Lernprogramm anzubieten. Weiterer Schwerpunkt ist die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung.

- Die Ostsee-Initiative „**Science without frontiers**“ der Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU) hat sich weiterentwickelt: Die „Baltic Summer School“, eine Gemeinschaftsinitiative der Medizintechnischen Fakultäten der CAU und der Universitäten Lund und Kopenhagen, brachte erstmals im Sommer 2000 in Kiel junge Forscherinnen und Forscher zusammen und wird erfolgreich fortgeführt. Die „Kiel Summer School“ (KISS) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät richtet sich vor allem an junge Nachwuchskräfte aus dem osteuropäischen Raum, darunter insbesondere aus den Ostseeanrainerstaaten.

Weitere Kooperationsverbünde im Rahmen von „Science without frontiers“ sind in Vorbereitung. Geplant ist z.B. die Einrichtung eines „Masters of International Studies“ mit Partnern im Ostsee- und Nordseeraum.

- Die aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A geförderten **bilingualen deutsch-dänischen Studiengänge** der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet in Sønderborg laufen weiterhin erfolgreich und stärken die Standortattraktivität in der deutsch-dänischen Grenzregion. Im Wintersemester 2001/ 2002 wurden etwa 100 deutsche und dänische Studierende in den Studiengängen „Kultur- und Sprachmittler“ sowie „Energie- und Umweltmanagement“ aufgenommen; die Gesamtzahl der Studierenden beträgt zur Zeit etwa 300.

### **P Nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung der Ostseeregion:**

Das Leitbild einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung gewinnt für den Ostseeraum zunehmend an Bedeutung. Darin liegen erhebliche Zukunftspotentiale und große Chancen für die wirtschaftlich-technische und gleichzeitig umweltverträgliche Entwicklung. Innerhalb der EU kommt der Ostseeregion dabei sogar Modellcharakter bei der großräumigen und international abgestimmten Umsetzung dieses Leitbildes zu.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat engagierte Beiträge zur Umsetzung der **regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21)** geleistet, die im Juni

1998 vom Ostseerat (CBSS) verabschiedet wurde und das Programm für die Förderung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung im Ostseeraum darstellt. Das besondere Engagement Schleswig-Holsteins wird u.a. dadurch belegt, dass der Vertreter der BSSSC im Lenkungsausschuss der Baltic 21 vom schleswig-holsteinischen Umweltministerium gestellt wird. Diese Mitwirkung hat auch zu einem steigenden Bewusstsein für die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung bei den in der BSSSC organisierten „Subregionen“ des Ostseeraums geführt. Auch vor diesem Hintergrund hat Schleswig-Holstein im Januar 2002 einen BSSSC-Workshop zur Umsetzung der Ziele von Baltic 21 auf regionaler Ebene durchgeführt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung einen eigenen Katalog von Beiträgen zur Umsetzung der Baltic 21 entwickelt. Eine aktuelle Bilanz ergibt, dass mit mehreren Einzelprojekten (z. B. Touristische Umweltbilanz, Baltic CHAIN) viel beachtete Beiträge mit maßgeblicher schleswig-holsteinischer Unterstützung geleistet werden konnten. Die genannten Unterstützungsbeiträge für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung im Ostseeraum werden fortgesetzt.

Am Ziel nachhaltiger umweltverträglicher Entwicklung des Ostseeraums ausgerichtet war auch das Projekt „**BERNET**“ (**Baltic Eutrophication Regional Network**), das mit schleswig-holsteinischer Beteiligung durchgeführt und im September 2001 erfolgreich abgeschlossen wurde. Projektziel waren Beiträge zur Lösung von regionalen Eutrophierungsproblemen in der Ostsee. Die beteiligten sieben „Subregionen“ haben ihre aktuellen Probleme und Strategien untereinander verglichen und sich auf eine Reihe von detaillierten Empfehlungen für einen verbesserten Umgang mit der Eutrophierung geeinigt. Jede Region hat einen "Aktionsplan" aufgestellt. Das Projekt wurde aus Mitteln des INTERREG II C-Programmes der EU gefördert. Schleswig-Holstein hat zur Durchführung des Projektes insgesamt Mittel in Höhe von rund 450.000 DM erhalten.

Ⓕ ***Bündelung von kulturellen Großereignissen, stärkere Vernetzung im Ostseeraum:***

Schleswig-Holstein verfügt über vielfältige attraktive kulturelle Großereignisse wie etwa das Schleswig-Holstein Musik Festival, die Kieler Woche, die Aktivitäten von Ars Baltica, die Nordischen Filmtage oder die NordOstPassagen, die einer verbesserten Präsentation und Vermarktung über Schleswig-Holstein hinaus bedürfen.

Um eine ***bessere Präsentation und Vermarktung der Kultur*** in Schleswig-Holstein zu erreichen, hat sich im Jahr 2001 eine Interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des MBWFK gebildet, die in Zusammenarbeit mit Kulturträgern und Tourismusakteuren ein stärker vernetztes Marketing für den Kulturbereich anstrebt. Für den Urlauber in Schleswig-Holstein stehen als Urlaubsmotiv zwar Landschaft, Natur und Klima im Vordergrund. Kultur ist aber eine ergänzende Komponente, die zur Attraktivität des Urlaubserlebnisses und zur Erweiterung der Zielgruppen stärker einsetzbar ist. Da Schleswig-Holstein kein klassisches Kulturtourismus-Land ist, wird es – mit Ausnahme von herausragenden Angeboten – medial zu aufwendig sein, Kultururlauber als eigenständige Menge zu gewinnen. Aktivitäten sollten daher vornehmlich auf die Ergänzung der Urlaubsangebote durch Herausstellung kultureller Ereignisse konzentriert werden. Ein vernetztes Marketing hat nicht allein Bedeutung für das touristische Außeninteresse an Schleswig-Holstein; auch für Schleswig-Holsteiner kann verbessertes Kulturmarketing von Interesse sein, denn eine stärkere „Kulturidentität“ mit Schleswig-Holstein kann eine erhebliche soziale Komponente darstellen.

***ArsBaltica*** ist zu einem funktionierenden multilateralen Netzwerk im Ostseeraum ausgebaut worden. Die beteiligten ArsBaltica-Länder haben sich auf eine Umstrukturierung des informellen Netzwerkes geeinigt. Lagen die Gesamtkoordination und der Vorsitz bis zum Jahr 1999 bei Schleswig-Holstein, wurde diese Arbeitsstruktur in die Verantwortung aller Teilnehmerländer gelegt. Seit dem Jahr 2000 wird jährlich ein Vorsitz für die Koordination sowie ein Land für die Trägerschaft der gemeinsamen Geschäftsstelle gewählt.

Die Aktivitäten von ArsBaltica werden seit dem Jahr 2000 von einem gewählten Vorsitzenden (2000/2001: Finnland, ab 2002: Schweden) und einer Geschäftsstelle (2000 - 2003: Estland) koordiniert. Die Aktivitäten der Geschäftsstelle, die mit einer Person besetzt ist, werden aus Beiträgen der Teilnehmerländer finanziert. Auf die Auswahl der zu befördernden Projekte sowie auf die Vergabe des ArsBaltica-Labels

einigen sich die Teilnehmerländer einstimmig auf den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Organisationskomitees.

Sichtbarer Kristallisationspunkte der Kulturinitiative Ars Baltica sind die oft gemeinsam finanzierten Kulturprojekte vor Ort sowie der Online-Auftritt der Kulturinitiative<sup>49</sup>, der von der Geschäftsstelle betrieben wird. Die Homepage ist verlinkt mit dem Kulturnetz in Schleswig-Holstein<sup>50</sup> und mit den anderen nationalen Kulturnetzen. Ziel dieser informellen Zusammenarbeit ist es, gemeinsame kulturelle Kooperationsprojekte anzuregen, deren Finanzierung zu unterstützen und damit die kulturelle Identität der Region zu befördern. Kulturschaffende und Kulturinstitutionen aus allen Ostseeländern können Projekte initiieren, anregen und daran teilnehmen.

Das kulturelle Netzwerk Ars Baltica hat mittlerweile nationale wie internationale Anerkennung gefunden. So hat der Ostseerat die Initiative mehrfach als erfolgreiches Modell kultureller Kooperation gewürdigt. Die Bundesregierung verfolgt die Arbeit des Netzwerkes mit großem Interesse und beteiligt sich zum Teil mit Finanzierungen sowie regelmäßig mit einem Vertreter des Auswärtigen Amtes an den Sitzungen des Organisationskomitees.

Die vielfältigen kulturellen Gemeinschaftsprojekte reichen von der zeitgenössischen Jazzmusik bis hin zur bildenden Kunst, von der Kooperation der Ostseebibliotheken bis hin zum Austausch der Literaten. Während der ersten Jahre des Bestehens der Kulturinitiative hat es 4 - 10 ausgewählte multilaterale Projekte und Events pro Jahr gegeben, die das ArsBaltica-Label trugen. Diese Zahl ist ständig gestiegen. Im Jahr 2002 werden es 20 multilaterale Kulturprojekte sein.

**JazzBaltica**, das seit nunmehr zwölf Jahren stattfindende dreitägige Jazzfestival im Landeskulturzentrum Salzau und Magnet für das Publikum, hat sich ursprünglich aus der Kulturinitiative Ars Baltica entwickelt. Heute wird es in der Fachwelt als ein wichtiges internationales Jazz-Festivals gewürdigt. Bis zum Jahr 2001 wurde es noch vom MBWFK gemeinsam mit dem Landesmusikrat veranstaltet. Im Jahre 2002 hat die Veranstaltung erstmals in Eigenregie das SHMF übernommen. Eine endgültige Übernahme durch das SHMF wird im Laufe des Jahres 2002 verhandelt.

---

<sup>49</sup> Internet: [www.ars-baltica.net](http://www.ars-baltica.net)

<sup>50</sup> Internet: [www.kulturnetz-sh.de](http://www.kulturnetz-sh.de)

## **P    *Sicherheitskooperation im Ostseeraum:***

Nach dem schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen der EU (Schengener Abkommen), insbesondere im Hinblick auf die Grenzöffnung nach Dänemark und zu den skandinavischen Staaten sowie die sich abzeichnende Aufnahme osteuropäischer Staaten in die EU ist eine Weiterentwicklung der Sicherheitskooperation im Ostseeraum von wesentlicher Bedeutung.

Die ***Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum*** wurde weiter gefestigt. Auf der Grundlage der vom schleswig-holsteinischen Innenministerium geschlossenen bilateralen Vereinbarungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung insbesondere der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität mit den baltischen Staaten, Polen, dem Oblast St. Petersburg und dem Oblast Kaliningrad und den geknüpften engen Kontakten mit den skandinavischen Staaten wurden durch den Innenminister erneut bilaterale Maßnahmen zur Vereinfachung und weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit initiiert.

Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde die ***Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe***, insbesondere mit den baltischen Staaten und dem Oblast Kaliningrad, konsequent fortgeführt. Im Rahmen der Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und der Verwaltungsfachhochschule mit Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Schwerpunkt der Beratungshilfe war die Rechtsakademie Litauen.

Ergänzt werden diese weiter reichenden Konzeptionen durch konkrete Einzelmaßnahmen:

- Auf Initiative der Polizeiabteilung des Innenministeriums wurde ein ***EU-PHARE-(Twinning)-Projekt*** mit Estland begonnen. Ein Langzeit- und mehrere Kurzzeitberater erarbeiten zusammen mit den Verantwortlichen in Estland ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und zur Suchtvorbeugung.
- Eine internationale Konferenz zum Austausch und zur Initiierung länderübergreifender ***Präventionskonzepte im Ostseeraum*** wird im März 2003 in Lübeck stattfinden.
- Der Leiter des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein ist Mitglied des Operative Committee (OPC) der ***Task Force on Organized Crime***. Hier werden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.

- Schleswig-Holstein hat seit Gründung die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe „**Rauschgifthandel Nord-Ost**“. Teilnehmerländer sind neben den nördlichen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland die skandinavischen und baltischen Staaten, Polen, Russland und die Niederlande.
- In Zusammenarbeit mit der dänischen Region Sønderjylland läuft zur Zeit ein **deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** zwischen der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord und den Polizeikreisen im südlichen Dänemark; ein weiteres INTERREG-Projekt wird im Bereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit dänischen Partnerregionen angestrebt.

### ⌘ **Begegnung der Jugend stärken:**

Der Ostseerat (CBSS) hob 1996 in Kalmar/Schweden die **Förderung von "people-to-people" Partnerschaften** im allgemeinen und die Förderung von Kontakten zwischen jungen Menschen in der Ostseeregion im besonderen hervor. 1998 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Jugendministerien, der nationalen Agenturen von "Jugend für Europa" sowie verschiedene öffentliche und freie Träger der Jugendarbeit aus allen Ostseeanrainerstaaten und Repräsentanten europäischer Strukturen zu einer ersten **Ostsee-Jugendministerkonferenz** in Visby/Schweden, um Aktionspläne für die zukünftige Zusammenarbeit in den Bereichen Jugendpolitik und multilaterale Jugendaustauschmaßnahmen zu verabschieden.

Um die Zusammenarbeit der Jugendverbände und -vertretungen im Ostseeraum zu unterstützen, fördert das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie seit 11 Jahren das **Ostsee-Jugendbüro** (beim Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.). Dieses Büro hat sich zu einer wichtigen Informationsagentur entwickelt, das den Aufbau neuer Kontakte unterstützt, bestehende Kontakte pflegen hilft und die unterschiedlichsten Informationen vor allem zu den Themen Kultur, Freizeit, Schule und Beruf aus dem gesamten Ostseeraum sammelt, systematisiert und an verschiedenste Jugendverbände und -vertretungen vermittelt.

Durch die erfolgreiche Arbeit des Landesjugendrings und das engagierte Wirken des Ostsee-Jugendbüros ist es gelungen, im März 1999 auch das **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** beim Landesjugendring Schleswig-Holstein anzusiedeln. Das Sekretariat wird von den Ländern Finnland, Schweden, Norwegen, Estland, Litauen, Lettland, Russland, Island und Deutschland finanziert. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, die auf der ersten Jugendministerkonferenz 1998 in Visby/ Schweden beschlossenen Aktionspläne zu koordinieren, umzusetzen und weitere

Jugend(minister)konferenzen vorzubereiten. Im Jahr 2001 hat sich das Sekretariat vor allem auf die Erstellung und Einrichtung der online-Datenbank "Baltic Sea Desk" über Finanzierungsmöglichkeiten für Jugendprojekte<sup>51</sup> gewidmet und an der Vorbereitung und Durchführung der ersten Konferenz der Nicht-Regierungsorganisationen des Ostseeraums (Mai 2001) mitgewirkt.

Mit einer **Ostsee-Jugendstiftung** den Jugendaustausch in der Ostseeregion zu fördern, war einer der auf der Visby-Nachfolgekonferenz im Juni 2000 in Lübeck durch das Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten vorgestellten Beiträge für die weitere Gestaltung der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) begrüßte im September 2000 in Malmö/Schweden diesen Vorschlag. Seither hat es verschiedene Aktivitäten gegeben, um die Idee dieser Stiftung Wirklichkeit werden zu lassen. Der Zusammenschluss der Jugendringe im Ostseeraum (Ostseejugendforum – Baltic Youth Forum) verfolgt die Umsetzung dieser Stiftungsidee.

Ein zweiter Vorschlag der Jugendministerkonferenz in Visby zielt auf die Schaffung eines verbilligten Fährtickets (**Baltic Sea Ferry Ticket**), das Jugendlichen oder zumindest Jugendgruppenleiterinnen und -leitern Ermäßigungen bei Fahrreisen ermöglicht. Die Jugendringe im Ostseeraum haben die Initiative übernommen, Vorschläge und Umsetzungsmöglichkeiten für das Ostseefährticket zu erarbeiten. Erste Ideen wurden gemeinsam mit der Baltic Sea Tourism Commission (BTC) erarbeitet.

### **P Zukunftsfähige Energieversorgung im Ostseeraum:**

Zukunftsfähige Energieversorgung ist für eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum von großer Bedeutung. Hier kann Schleswig-Holstein seine Potentiale v.a. in den Bereichen Bildung und Kommunikation im Energiesektor sowie Know-how-Transfer in den Bereichen erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und ressourcensparendes Bauen einbringen.

Begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen sowie die Tatsache, dass im Vergleich zu den im Ostseeraum dominierenden Akteuren die Unternehmen der schleswig-holsteinischen Energiewirtschaft erheblich kleiner sind, erschweren jedoch ein umfassenderes Engagement. So konnten sich etwa trotz des wachsenden Interesses an Windenergie-Nutzung in den baltischen Staaten und Polen schleswig-holsteinische Unternehmen bislang kaum gegen dänische und schwedische Konkurrenz durchsetzen,

---

<sup>51</sup> Internet: [www.balticseadesk.org](http://www.balticseadesk.org)

die sich mit Unterstützung ihrer nationalen Regierungen vor Ort mit Demonstrationsprojekten engagieren.

Dem stehen allerdings auch Erfolge gegenüber:

- An der Universität Flensburg konnte seit dem Wintersemester 1997/98 gemeinsam mit der Syddansk Universitet in Sønderborg ein **deutsch-dänischer Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“** aufgebaut werden. Damit besteht auch eine Grundlage für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Dänemark im Ostseeraum.
- Im Bereich Know-how Transfer wird das ostsee-weite Projekt **„Baltic Chain – Baltic Clearing House And Information Network“** unter Beteiligung der Energiestiftung Schleswig-Holstein mit Partnern aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Russland, Polen, Litauen, Lettland und Estland sowie der Internationalen Energieagentur durchgeführt. Ziele sind die Identifizierung, Finanzierung und Umsetzung von kleineren und mittleren Projekten in den Bereichen Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Erarbeitung der Grundlagen für die Anwendung der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Mechanismen zum Emissionshandel.

Im Rahmen der aus INTERREG II C geförderten ersten Projektphase wurde im September 2001 der Endbericht „Promoting small scaled energy projects in the Baltic Sea Region (Establishing a clearing house and information network)“ vorgelegt. Auf dieser Grundlage soll das Projekt im Rahmen von INTERREG III B fortgeführt werden. Schwerpunkte sind die Qualitätssicherung der in den baltischen Staaten, Polen und Russland eingerichteten Projektentwickler (Country Desks), die Entwicklung von Joint-Implementation-Projekten, die Identifizierung von kleineren und mittleren Unternehmen in den Bereichen Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien sowie eine stärkere Informationsarbeit über die Projektentwicklung und Finanzierungsinstrumente.

Die im Rahmen des Projekts „Baltic Chain II“ gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen aus Projekten zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen und zur Nutzung erneuerbarer Energien in den baltischen Staaten, Polen und Russland sollen auch für die schleswig-holsteinische Energiewirtschaft nutzbar gemacht werden.

Ⓕ **Einbindung Schleswig-Holsteins in die Verkehrsströme und Verkehrsplanungen des Ostseeraums:**

Die wirtschaftliche Entwicklung eines zusammenwachsenden Ostseeraums und seine Verflechtung mit Kontinentaleuropa erhöhen künftig die Mobilitätsanforderungen beim Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Schleswig-Holstein rückt dabei zunehmend in den Blickpunkt der Transportkorridore von und nach Skandinavien. Schleswig-Holstein in die Verkehrsströme und Verkehrsplanungen des Ostseeraumes einzubinden, besteht daher als unbefristete strategische Aufgabe, innerhalb derer aktuelle Entwicklungen aufgegriffen und technische und finanzielle Konzepte fortlaufend überprüft und fortentwickelt werden müssen.

Die schleswig-holsteinische Stellung innerhalb der Ostseeverkehre und die Funktion als Landbrücke zwischen Skandinavien und Kontinentaleuropa konnte erfolgreich gestärkt werden. Dieser Weg wird konsequent fortgesetzt:

- Der Ausbau der **Vogelfluglinie Hamburg - Lübeck - Kopenhagen/Malmö** und die Beschleunigung der Verbindung über den Fehmarnbelt stehen in engem Zusammenhang mit dem Projekt einer **festen Fehmarnbeltquerung**. Die von Dänemark und Deutschland 1995 in Auftrag gegebenen umfangreichen Untersuchungen zur wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Machbarkeit sind 1999 vorgelegt und in Schleswig-Holstein in einem breit angelegten Dialog erörtert worden. Nach eingehender Abwägung aller positiven und negativen Effekte des Projektes hat die Landesregierung im Dezember 1999 ein positives Votum gegenüber der Bundesregierung abgegeben.

Ein deutsch-dänisches Memorandum vom Dezember 2000 legt fest, dass die landseitige Anbindung einer festen Querung aus dem jeweiligen nationalen Haushalt zu finanzieren ist.

Seit Frühjahr 2001 hat eine deutsch-dänische Beratergruppe (*Fehmarnbelt Development Joint Venture - FDJV*) im Auftrage der beiden Verkehrsministerien untersucht, ob der private Sektor bereit und in der Lage ist, Bau, Planung, Finanzierung und Betrieb einer festen Querung zu übernehmen. Gleichzeitig sollen technische und finanzielle Lösungen optimiert und eine realistische Risikoaufteilung zwischen beiden Staaten und privaten Investoren ermittelt werden.

Der Abschlussbericht wurde bei einem Ministertreffen im Juni 2002 vorgestellt. Er stellt die Bereitschaft der Privatwirtschaft an der Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung fest und legt anhand von Modellrechnungen dar, dass eine kombinierte Eisenbahn- und Straßenquerung je nach Modell staatliche Zuschüsse,

Investitionen für die Eisenbahn oder Garantien erfordert. Bis zum Jahresanfang 2003 sollen Fragen des Schienenverkehrs geklärt und die Verkehrsstudie aktualisiert werden. Danach wollen Dänemark und Deutschland über weitere konkrete Planungsschritte entscheiden.

- Im **Eisenbahnverkehr** gilt es, auf der Strecke Flensburg - Hamburg (**Jütlandlinie**), die nach Öffnung der Großen Beltquerung in Dänemark das Rückgrat für den Verkehr von Skandinavien nach Westeuropa ist, die bestehenden Engpässe zu beseitigen:
  - Die Sanierung und Verstärkung der **Rendsburger Hochbrücke** wird voraussichtlich bis Ende 2006 abgeschlossen, womit eine technische Lebensdauer der Brücke von rd. 30 Jahren gewährleistet ist. Dabei sollen frühzeitig Studien für ein Ersatzbauwerk vergeben werden. Gleichzeitig wird die Brücke wieder zweigleisig befahrbar sein.
  - Nach bereits durchgeführten Verbesserungen soll der **Schienenengpass Pinneberg - Elmshorn** in den kommenden Jahren durch den geplanten Umbau des Bahnhofes Elmshorn und die Realisierung der verschränkten Dreigleisigkeit beseitigt werden.
  - Nach Fertigstellung der südlichen Güterumfahrung Hamburg besteht in Schleswig-Holstein auch großes Interesse am Ausbau der **nördlichen Güterumfahrungsbahn** zur Entlastung des Knotenpunktes Hamburg und Schaffung freier Kapazitäten für den Schienenpersonennahverkehr im Raum Hamburg.
  - Für die **Elektrifizierung der Strecke Hamburg – Lübeck-Travemünde** laufen derzeit unter Einbeziehung der Anschlusselektrifizierung in die Lübecker Hafenbereiche Vorwerk und Skandinavienkai die Planfeststellungsverfahren. Bei einem Baubeginn ab 2003 kann die Strecke Ende 2006 in Betrieb genommen werden.
  
- Im **Straßenverkehr** sind folgende Projekte von Vorrang:
  - Das Projekt **Autobahn A 20** schreitet sichtbar voran: Nach 3 ½ jähriger Bauzeit konnte im Süden Lübecks der 1. Streckenabschnitt der „Ostseeautobahn“ zwischen der A 1 und der Anschlussstelle Lübeck-Genin Ende 2001 für den Verkehr freigegeben werden.  
Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur geplanten Fortsetzung im Streckenabschnitt 2 bis zur Landesgrenze nach Mecklenburg-Vorpommern war der Weg frei für den Beginn der dortigen Bauarbeiten im März 2002. Ziel ist es, die durchgehende Befahrbarkeit der A 20 zwischen der A 1 bei Lübeck und Rostock so früh wie möglich in 2004 zu erreichen.

- Die westliche Fortführung der „Ostseeautobahn“ als **Nord-West-Umfahrung Hamburgs einschließlich Elbquerung** ist in den einzelnen Abschnitten ebenfalls planerisch einen guten Schritt vorangekommen: Für den in drei Streckenabschnitte unterteilten Bereich der A 20 zwischen der A 1 bei Lübeck und der A 21 bei Bad Segeberg werden die Planfeststellungsbeschlüsse für 2003/2004 erwartet.  
Zwischen Bad Segeberg und der A 1 in Niedersachsen wird die A 20 länderübergreifend geplant. Mit dem Votum der Landesregierung vom 14. Mai 2002 für eine Vorzugsvariante mit Elbquerung bei Glückstadt wurde eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Realisierung des für Schleswig-Holstein, Norddeutschland und die Ostseeregion wichtigen Projektes genommen. Von der im Einvernehmen mit den Nachbarländern Niedersachsen und Hamburg entwickelten Lösung werden neben verkehrsentlastenden Wirkungen u. a. auch die größten strukturpolitischen Effekte erwartet. Die förmliche Linienbestimmung durch den Bundesverkehrsminister wird für 2003 erwartet. Daran schließen sich die Entwurfbearbeitung, Planfeststellung und der Bau an.
  - Neben der A 20 hat der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** als zweite leistungsfähige Nord-Süd-Achse für den weiträumigen Verkehr ebenfalls besondere Priorität. Für den Bereich zwischen Bornhöved und Negernbötel wird der Planfeststellungsbeschluss voraussichtlich im Herbst 2002 erlassen werden. Damit stehen die Chancen gut, wie beabsichtigt im Jahr 2003 mit dem Bau des Lückenschlusses zu beginnen.
  - Zur Aufnahme des weiterhin ansteigenden Nord-Süd-Verkehrs soll die **Autobahn A 7** auf schleswig-holsteinischem Gebiet von der Landesgrenze Hamburg bis zum Autobahndreieck Bordesholm sechsstreifig ausgebaut werden.
  - Für die Ströme über die A 1 und A 7 sind zur Verbesserung des Verkehrsablaufes Netzbeeinflussungsanlagen vorgesehen. Diese sollen die Verkehrsströme durch Wechselwegweisungen der Fernziele auf das vorhandene Straßennetz optimal verteilen. Damit wird eine gleichmäßige Auslastung der zur Verfügung stehenden Straßennetzkapazitäten angestrebt, die eine Überlastung bestimmter Teilabschnitte der A 1 und A 7 möglichst vermeiden soll.
- Die überregionalen **schleswig-holsteinischen Häfen** Kiel und Lübeck sind planmäßig ausgebaut worden, um dem wachsenden Aufkommen des Ostseeverkehrs entsprechen zu können. Der neue Ostuferhafen in Kiel soll Ende August 2002 offiziell eröffnet und wird die Verkehre mit den baltischen Staaten und mit Russland deutlich verbessern. In Lübeck laufen umfangreiche Ausbaumaßnahmen am Skandinavienkai und am neuen Containerhafen in Lübeck-Siems.

Mittelfristig ist mit weiterem Wachstum auf allen Verkehrsmärkten der Ostsee mit Schwerpunkt in den Staaten der östlichen Ostsee zu rechnen. Hiervon profitiert auch der Nord-Ostsee-Kanal. Mit Einführung der Autobahnmaut werden die wassergebundenen Verkehre zusätzlichen Auftrieb erhalten. Somit gewinnt der bedarfsorientierte Ausbau der Häfen und mehr noch der Seehafenhinterlandanbindungen auf Straße, Schiene und Binnenwasserstraße eine zunehmende Priorität, wobei der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals für das Große Binnenmotorschiff unverzichtbar ist.

- Der Regionalplan für den Planungsraum III – KERN-Region – sieht beim **Regionalflughafen Kiel-Holtenau** Bemühungen um einen Ausbau von Verbindungen in den Ostseeraum vor. Die Nachfrage in Skandinavien konnte jedoch private Unternehmen bisher noch nicht zur Aufnahme eines Flugbetriebes bewegen.

#### **⌘ Schleswig-Holsteins Technologiepolitik im Ostseeraum:**

Die Nutzung internationaler Forschungs- und Entwicklungsergebnisse wird in Schleswig-Holstein vor allem für mittelständische Unternehmen zu einer immer wichtigeren Voraussetzung für Innovationen und Wettbewerb.

**Technologische Netzwerke im Ostseeraum** können dabei Wirtschaftskontakte vorbereiten helfen oder gar erfolgreich flankieren. In diesem Sinne sind entsprechende Technologieinitiativen ein Beitrag zur Schaffung eines Wirtschaftsraums Ostsee, der im gesamteuropäischen Standortwettbewerb bestehen kann:

- Das MWTV hat im Berichtszeitraum das von der EU geförderte Projekt **“Trans-regional Innovation Project - Partners ensuring Progress (TRIP PEP)”** abgeschlossen. Beteiligt war neben den Regionen Niederösterreich und Kent auch die Region Westschweden. Das Projekt hat den beteiligten Regionen einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, der u.a. dazu geführt hat, dass Schleswig-Holstein Instrumente der Technologie- und Innovationspolitik anderer Partnerregionen in modifizierter Weise übernommen und weiterentwickelt hat (regionale Innovationsberater, Innovationsaudit).
- Seit November 2001 ist Schleswig-Holstein Partner in einem neuen EU-geförderten Projekt mit dem Arbeitstitel **“Strengthening the Regional Innovation Profile” (STRINNOP)**. Neben Schleswig-Holstein, den beiden dänischen Regionen Fyn und Ringkøbing sowie der Region West-Schweden beteiligen sich acht weitere Regionen an dem Projekt (Kaunas/Litauen, Gdansk/Polen, Pest-Bács-Kiskun/Ungarn, Flandern/Belgien, Norte/Portugal, Bretagne/Frankreich, Niederösterreich und Bremen). Ziel des Projekts ist es, die regionalen Bedingungen für die

Entwicklung und Nutzung des Innovationspotenzials der verschiedenen Regionen zu verbessern. Besonders die KMU sollen in ihren Innovationstätigkeiten gestärkt werden.

Das STRINNOP-Projekt soll dabei u.a. helfen,

- den Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen zu intensivieren bzw. aufzubauen,
- Synergie-Effekte zu nutzen, indem auf bestehende Netzwerke der Regionen und deren Methodik zurückgegriffen wird, und
- neue Projekte der Zusammenarbeit zwischen den STRINNOP-Mitgliedern zu entwickeln.

Durch die Zusammenarbeit soll am Ende des Projekts jede Region ihr eigenes Profil weiterentwickelt bzw. ausgebildet haben.

- Seit Januar 2002 beteiligt sich Schleswig-Holstein ferner an der Initiative „**Scan Balt in Biotechnology**“. Partner dieses Projekts sind alle Ostseeanrainerstaaten einschließlich Russlands. Ziel ist es, im Ostseeraum eine Vernetzung der in den jeweiligen Regionen vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potentiale im Bereich der Biotechnologie zu erreichen, um den Ostseeraum zu der leistungsfähigsten Region im Bereich der Biotechnologie in Europa zu entwickeln. Die beteiligten Partner streben ein gemeinsames INTERREG III B-Projekt an, das im Oktober 2002 beantragt werden soll.

#### **⌘ Finanzdienstleistungen im Ostseeraum stärken:**

Die Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) hat ihre Position als „Bank des Nordens“ in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Das in den nordischen Ländern abgeschlossene Auslandskreditvolumen macht mit rund 13 Milliarden EURO fast ein Drittel des gesamten Auslandskreditvolumens aus. Heute steuert die LB Kiel Copenhagen Branch das operative Geschäft in den Nordischen Ländern. Sie zählt zu den bedeutendsten Auslandsbanken in Skandinavien und ist mit einer Niederlassung in Helsinki sowie mit Repräsentanzen in Oslo und Stockholm vertreten. In den baltischen Staaten und den angrenzenden Regionen ist die LB Kiel mit einer Repräsentanz in Tallinn/Estland aktiv. Zur Bankgruppe der LB Kiel zählen darüber hinaus die dänische Investmentbank Gudme Raschou sowie der finnische Finanzdienstleister PCA Corporate Finance Oy.

#### **⌘ Stärkung der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft:**

Zahlreiche Unternehmen der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft verfügen über langjährige und intensive Geschäftskontakte in die Staaten des Ostseeraumes hinein. Das gilt traditionell für die Nordischen Länder, speziell Dänemark, aber in den letzten Jahren auch verstärkt für die Länder des östlichen Ostseeraumes. Bei verarbeiteten, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln dominiert das Exportgeschäft; bei landwirtschaftlichen Produkten (Obst und Gemüse) spielen Länder wie Polen eine zunehmende Rolle auch als Beschaffungsmarkt.

**Dänemark** ist traditionell einer der Hauptabnehmer ernährungswirtschaftlicher Produkte aus Schleswig-Holstein und ist in diesem Wirtschaftsbereich nach den Niederlanden der wichtigste Handelspartner (10,3 Prozent der Agrarexporte in 1999). Im Rahmen der wirtschaftlichen Integration in die EU entwickeln sich auch die Handelsbeziehungen im Ernährungsgewerbe mit **Schweden und Finnland** kontinuierlich, allerdings derzeit noch auf einem deutlich niedrigeren Niveau im Vergleich zu Dänemark. Auf Grund bestehender mengenmäßiger Einfuhrrestriktionen für Lebensmittel und Agrarprodukte nach **Norwegen** sind der Entwicklung der ernährungswirtschaftlichen Beziehungen derzeit allerdings enge Grenzen gesetzt.

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden EU-Beitritts **Polens** haben sich die Wirtschaftsbeziehungen mit Schleswig-Holstein auch im Ernährungsgewerbe positiv entwickelt. Der Export von Lebensmitteln nach Polen spielt auf Grund der hohen Zollsätze in diesem Bereich derzeit noch keine größere Rolle. Einige schleswig-holsteinische Unternehmen haben in Polen zum Teil selbstständig, zum Teil in Form von Kooperationen Produktionsanlagen vor Ort aufgebaut. An dem mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammern und der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) in Stettin eingerichteten Gemeinschaftsbüro für Unternehmen aus Schleswig-Holstein sind auch Firmen aus dem Ernährungsgewerbe beteiligt. Seit 1999 beteiligt sich Schleswig-Holstein jährlich mit einem Gemeinschaftsstand an der bedeutendsten Ernährungs-Fachmesse Polens, der POLAGRA in Poznan.

**Litauen, Lettland und Estland** sind trotz ihres begrenzten Bevölkerungspotenzials zunehmend wichtige Handels- und Geschäftspartner auch für die schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft. Schleswig-Holstein präsentierte sich zuletzt 1998 und 1999 mit einer Gemeinschaftsbeteiligung auf der Fachmesse AGROBALT in Vilnius (Litauen). Unabhängig hiervon erweitern einzelne schleswig-holsteinische Unternehmen aus dem Ernährungsbereich ihr Engagement im baltischen Raum. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Kontakte auf offizieller Ebene. So wurde die estnische Regierung

bei der Einführung eines Gütezeichens für estnische Lebensmittel beraten; Vorbild hierfür war das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“.

Die Geschäftskontakte in den **russischen Markt** hinein haben für viele schleswig-holsteinische Firmen eine zunehmend wichtige Bedeutung. Das gilt vor allem für Hersteller gehobener Genuss- und Lebensmittel und für Firmen aus dem Bereich der Lebensmitteltechnik. Bereits 1990 wurde auf einer Lebensmittelfachmesse in Moskau ein Schleswig-Holstein-Gemeinschaftsstand in Verbindung mit einer Unternehmerreise organisiert. Seitdem haben viele Unternehmen langjährige und erfolgreiche Geschäftskontakte nach Russland aufgebaut. Schleswig-Holstein präsentierte sich mit Gemeinschaftsbeteiligungen auf der wichtigsten Lebensmittelfachmesse, der PRODEXPO in Moskau, zuletzt 1999. Darüber hinaus gibt es Beispiele für erfolgreiche Einzelengagements schleswig-holsteinischer Unternehmen in Russland, so z.B. der Aufbau eines privaten Lebensmittelinstituts für den Bereich der Milch- und Fleischwirtschaft in St. Petersburg.

#### **⌘ Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein:**

Der Tourismus hat für das Land eine herausragende Bedeutung als Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Struktur- und Imagefaktor. Neben anderen Aufgaben gilt es auch in Zukunft, neue Kundenkreise – auch im Ostseeraum – zu erschließen.

Das Projekt „**Touristische Markterschließung des skandinavischen Raumes**“ des Ostseebäderverbandes Schleswig-Holstein e. V. will durch die Erschließung neuer Gästepotenziale aus dem skandinavischen Raum die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Tourismus für die schleswig-holsteinische Ostseeküste und die Holsteinische Schweiz erreichen. Es ist ausgerichtet auf die Zielmärkte Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Im Rahmen des Projektes sollen sowohl Maßnahmen des Außen- als auch des Innenmarketings durchgeführt werden. So soll neben der aktiven Werbung in Skandinavien durch gezieltes Innenmarketing die Basis dafür geschaffen werden, dass sich die skandinavischen Gäste im Urlaubsland Schleswig-Holstein wohl fühlen. Das Projekt wird aus dem Regionalprogramm 2000 mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziel 2-Programmes (2000 – 2006) gefördert.

Das Nordkolleg Rendsburg hat im Rahmen des Projektes „**Tourismusmanagement Skandinavien**“ Mitgliedern des Landfrauenverbandes eine berufsbegleitende

Skandinavienkompetenz vermittelt. Neben der Schulung einer skandinavischen Sprache standen Netzwerkarbeit, Analysen und Projektentwicklung für Agrarstruktur, Agrartourismus, Interkulturelle Aspekte, Wirtschaftspolitik und Zielgruppenmarketing im Zentrum des Lehrgangs. Zielsetzung war, die zahlreichen Erfahrungen, Kontakte und Netzwerke des Nordkollegs Rendsburg mit Skandinaviern aus Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden für den Tourismus nutzbar zu machen und zur Kompetenzvermittlung bei den hier tätigen - oder zukünftig tätigen - Multiplikatoren beizutragen. Das Projekt wurde aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II (ESF) gefördert.

Im Rahmen des „Baltic Tourism Project“ fand im November 1999 in Lübeck ein Workshop zum Thema „Fahrradtourismus im Ostseeraum“ statt. Dabei waren sich die Teilnehmer aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark und Schweden einig, dass eine einheitliche Beschilderung und Vermarktung des **Ostseeküstenradweges (Baltic Sea Cycle Route)** anzustreben ist. Innerhalb Deutschlands ist die einheitliche Beschilderung bereits abgeschlossen; hier wird der Ostseeküstenradweg gemeinsam von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vermarktet. Die Baltic Sea Cycle Route ist sowohl Bestandteil des geplanten deutschlandweiten Radfernwegenetzes als auch des EuroVelo-Netzes.

### **P Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland:**

Obwohl die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union rechtlich verbrieft ist, weist die Praxis auch in der deutsch-dänischen Grenzregion noch viele ungelöste Fragen auf. Der Vision eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes steht eine mit 1.000 Grenzpendlern seit Jahren konstant geringe Zahl mobiler Arbeitnehmer gegenüber. Deutlich geworden ist, dass unbeschadet rechtlicher Organisationsformen Arbeitsmärkte innerhalb der EU noch immer kulturellen und sozialen Traditionen unterworfen sind. Die Herausforderung, einen tatsächlichen „Europäischen Arbeitsmarkt“ zu schaffen, stellt sich nicht allein in der deutsch-dänischen Grenzregion.

Die im Rahmen einer Bestandsaufnahme gewonnenen Erkenntnisse belegen, dass weniger die bestehenden „harten“ Hemmnisse in den durch Rechtsvorschriften geregelten Bereichen (z.B. der Steuerpflicht als auch der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit dem nördlichen Nachbarn Dänemark entgegenstehen. Im Vordergrund stehen vielmehr „weiche“ Hemmnisse wie fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland,

unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse, mangelnde Kooperationserfahrungen, aber auch fortbestehende „Vorurteilsketten“ beiderseits der Grenze.<sup>52</sup>

Mit dem Ziel der Förderung eines deutsch-dänischen Arbeitsmarktes sind in der Grenzregion eine Reihe von Institutionen und Initiativen tätig, unter denen insbesondere die Arbeit von **EURES** (European Employment Services) - eine Initiative der Europäischen Union - hervorzuheben ist. Aus der Arbeit von EURES, in deren Gremien das MASGV seit 1998 mit beratender Stimme vertreten ist, haben sich bereits zahlreiche Anregungen, Erkenntnisse und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen ergeben. Hervorzuheben sind daraus insbesondere zwei aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ geförderte grenzüberschreitende Projekte:

- **PROGA** (Projektbüro für grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Entwicklungen) zielt auf
  - Förderung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt,
  - Initiierung und Förderung konkreter Aktivitäten und Projekte der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktpolitik,
  - Förderung von Kooperationsstrukturen.

In der ersten Projektlaufzeit bis Ende 2001 sind erste Erfolge ebenso deutlich geworden wie die Erkenntnis, dass eine dauerhafte Belebung des Arbeitsmarktes in der Grenzregion auf weitere Aktionen angewiesen ist. Ein Nachfolgeprojekt ist daher in Vorbereitung.

- **GRAMARK** (grenzüberschreitender Arbeitsmarkt) betreibt aktive Recherche über zu besetzende Stellen im deutsch-dänischen Grenzraum und vermittelt die konkreten Informationen an EURES sowie an Arbeit Suchende weiter. Hier konnten bereits in der Projektaufbauphase ab Mitte 2001 erste Vermittlungserfolge erzielt werden, sodass mit weiteren positiven Arbeitsmarkteffekten zu rechnen ist.

Erklärtes Ziel der Beteiligten im Grenzraum ist es, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und so zu einer „gelebten“ Freizügigkeit zu kommen. Dabei besteht Klarheit darüber, dass ein Vorankommen nur in vielen kleinen Schritten möglich sein wird. Auf diesem Wege wird die Landesregierung ihren Beitrag zur Unterstützung der regionalen Akteure in der deutsch-dänischen Grenzregion leisten.

---

<sup>52</sup> So auch das Ergebnis einer gemeinsamen Anhörung des Sozial- und des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 17.06.1999

### 3.3 *Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum*

Kontinuierlich haben die drei norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ihre ostseepolitische Zusammenarbeit in den Gremien der Ostseekooperation sowie gegenüber dem Auswärtigen Amt auf- und ausgebaut. Gemeinsam genießen die drei norddeutschen Länder einen guten Ruf in der Ostseeregion. Bestärkt wird dies durch die frühzeitig erklärte Absicht des neuen Hamburger Senates, Ostseekooperation zu einem politischen Schwerpunkt zu machen.

Im Berichtszeitraum stand die **Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt** im Mittelpunkt. Über die Unterstützung des deutschen Vorsitzes im Ostseerat (2000/ 2001) konnte die politische Zusammenarbeit deutlich ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Schwerpunktbereiche des deutschen Ostseeratsvorsitzes (vgl. Ziffer 2.1), in denen wesentliche Beiträge und Initiativen von Seiten der norddeutschen Länder geleistet wurden. Darüber hinaus haben die Länder den deutschen Ostseeratsvorsitz koordiniert mit der Ausrichtung von Konferenzen unterstützt, so mit dem Forum „Nördliche Dimension“ (August 2000, Schwerin), dem „NGO-Forum des Ostseerates“ (Mai 2001, Lübeck) und mit der Ausrichtung des Ministertreffens in Hamburg (Juni 2001).

Ergänzend richteten das **Hanse-Office** und der deutsche Ostseeratsvorsitz im März 2001 in Brüssel einen Workshop zur „Nördlichen Dimension“ aus; die Darstellung der Möglichkeiten der Ostseekooperation, zur Umsetzung des Aktionsplans „Nördliche Dimension“ beizutragen, stießen auf breite Beachtung seitens der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlamentes.

Die zunehmende Verflechtung der **EU-Politiken** mit der Entwicklung im Ostseeraum hat auch hier zu einer verstärkten Zusammenarbeit der norddeutschen Länder mit dem Bund geführt. Dies gilt zum einen für die deutsche Vertretung in Gremien wie dem Monitoring bzw. Steering Committee von INTERREG III B (Ostsee) oder dem „Baltic Joint Coordination Committee“ (BJCC), in dem EU-Kommission und Ostseeanrainerstaaten gemeinsam die Umsetzung des Programms „PHARE CBC Ostsee“ koordinieren.

Dies gilt aber auch für politische Themen: So haben der Bund und die norddeutschen Länder gemeinsam einen Vorschlag zur besseren Verzahnung der EU-Programme INTERREG III B und PHARE im Ostseeraum erarbeitet und im Februar 2001 der

Europäischen Kommission zugeleitet; gemeinsam haben der Bund und die norddeutschen Länder an der Erstellung des Beitrags des Ostseerates zur Umsetzung des Aktionsplans zur „Nördlichen Dimension“<sup>53</sup> mitgewirkt.

Nachdem zu Jahresbeginn 2002 die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine „Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ mit dem russischen Oblast Leningrad unterzeichnet hat, haben die norddeutschen Länder eine verstärkte Koordinierung ihrer jeweiligen **Partnerschaften mit russischen Regionen** vereinbart. Hier bringt Hamburg seine Städtepartnerschaft mit St. Petersburg und Schleswig-Holstein seine Partnerschaft mit dem Oblast Kaliningrad ein. Eine verstärkte Abstimmung haben ebenfalls Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vereinbart, die beide eine Partnerschaft mit dem südschwedischen Regionenverband SydSam pflegen.

Ausgehend von einer gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins im November 1998 ist vereinbart worden, sich nach Möglichkeit wechselseitig die **Teilnahme an Delegationsreisen** und **gemeinsame Messebetätigungen** anzubieten. Stellvertretend hierfür steht die Vereinbarung, im Jahr 2002 die außenwirtschaftlichen Aktivitäten Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammenzuführen.

Daneben bestehen mit Blick auf die Ostseeregion verschiedenste Kooperationen mit einzelnen oder allen norddeutschen Ländern im Rahmen von EU-geförderten Projekten oder einzelner Gremien der Ostseekooperation.

Die aus dieser entwickelten Zusammenarbeit resultierenden Chancen müssen die Länder entschlossen nutzen: Im Interesse der gemeinsamen Wettbewerbsfähigkeit erfordern die sich ändernden Rahmenbedingungen im Ostseeraum - bei aller unvermeidlichen Konkurrenz der Länder untereinander - auch eine enge norddeutsche Zusammenarbeit. Dies gilt auch mit Blick auf das entwickelte Netz der **Fachkonferenzen der Ostseekooperation**: In den letzten Jahren konnten sich die norddeutschen Länder überall dort erfolgreich an den deutschen Delegationen beteiligen, wo Interessen, aber auch praktische Handlungsmöglichkeiten der Länder dieses ermöglichen.

Beispielhaft für die auch bilateral enge Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nachbarn stehen das gemeinsam mit Hamburg durchgeführte STRING-Projekt, die

---

<sup>53</sup> „Priorities and projects – Contribution of the Council of Baltic Sea States“, siehe: [www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution to ND AP.1.htm](http://www.cbss.st/Docs/ministerial/20/Contribution%20to%20ND%20AP.1.htm)

länderübergreifende Zusammenarbeit in der „Metropolregion Hamburg“ oder das gemeinsam mit Hamburg unterhaltene „Hanse-Office“ in Brüssel; ebenso das in enger Abstimmung zwischen den norddeutschen Ländern und dem Bund realisierte Management des EU-Programms INTERREG III B (Ostsee), das an die Konstruktion des EU-Programms INTERREG II C (Ostsee) anknüpft.

### 3.4 **Aktive Beiträge zum EU-Vorbereitungsprozess**

In ihrem Bericht an den Landtag „Der Erweiterungsprozess der Europäischen Union“<sup>54</sup> und mit ihrer Antwort auf die Große Anfrage „Schleswig-Holstein und Europa“<sup>55</sup> hat die Landesregierung die Bedeutung der EU-Erweiterung auch für die weitere Entwicklung des Ostseeraumes gewürdigt und dabei dargestellt, dass sich Schleswig-Holstein ebenso wie andere Ostseeanrainer der Aufgabe stellt, die Beitrittsländer der Region in ihrem Bemühen um Gewinnung der Beitrittsfähigkeit zu unterstützen.

Schleswig-Holstein hatte sich bereits in der Anlaufphase des Programms „PHARE Institution Building“ (1998/99) mit einem Projekt beteiligt: Das im September 2001 abgeschlossene, mehrjährig angelegte Twinning-Projekt „Stärkung des Justizwesens in Estland“ zielte auf die Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten und Gerichtsvollziehern und wurde gemeinsam mit dem Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern getragen.

Im Berichtszeitraum hat sich Schleswig-Holstein an weiteren **Twinning-Projekten** maßgeblich beteiligt:

- In **Estland** läuft seit September 2001 das Twinning-Projekt „Entwicklung und Implementierung einer umfassenden Drogenbekämpfungsstrategie“; beteiligt sind das Innenministerium, das MASGV sowie die Landesstelle gegen Suchtgefahren.
- Ebenfalls in **Estland** läuft seit September 2001 ein Twinning-Projekt zum Aufbau einer EU-konformen Zahlstelle für Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarpolitik; Projektleitung und Langzeitexperte werden vom MLR gestellt.
- In **Polen** ist Schleswig-Holstein an einem Twinning-Projekt zur Vorbereitung der Übernahme von EU-Fischereirecht durch die polnische Fischereiverwaltung beteiligt: Die Projektleitung liegt bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft; das MLR Schleswig-Holstein stellt den Langzeitexperten.

Entscheidend für künftige Projektbeteiligungen Schleswig-Holsteins an dem Twinning-Programm der EU wird sein, ob und wie die EU-Kommission ihre Ankündigung umsetzt,

---

<sup>54</sup> Drs. 15/325

<sup>55</sup> Drs. 15/1490

verstärkt auch Projekte zur Stärkung der Verwaltungen auf regionaler Ebene in den Beitrittsländern auszuschreiben. Ähnliches gilt für die im Jahr 2000 neu eingeführten **EU-Vorbeitragsinstrumente SAPARD und ISPA**, die auf die Stärkung der Verwaltung im Bereich Agrar/ländliche Räume bzw. auf Investitionen in den Bereichen Umwelt und Infrastrukturen in den Beitrittsländern zielen.

Die Landesregierung wird auch weiterhin Möglichkeiten zur Nutzung dieser Programme für eigene Projektbeiträge prüfen. Zugleich leistet das Land aus eigener Kraft Beiträge zum EU-Vorbeitragsprozeß. Zum Beispiel:

- Im **Agrarbereich** sind im Rahmen der „Gemeinsamen Erklärungen“ des MLR mit Lettland und Estland seit 1992 zahlreiche Praktikantenprogramme für Agrarfachkräfte und mehrwöchige Hospitationen von Mitarbeitern der Landwirtschaftsministerien in Schleswig-Holstein durchgeführt worden. Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums haben in den zurückliegenden Jahren den Aufbau der Agrarverwaltungen in Estland und Lettland vor Ort unterstützt.  
Die zwischen den Landwirtschaftsministerien Schleswig-Holsteins und der beiden baltischen Staaten in 2000 überarbeiteten Erklärungen sollen künftig auch gemeinsame Projekte im Rahmen des neuen EU-Programms SAPARD ermöglichen.
- Im Rahmen der Ausbildungshilfe der **Landespolizei** finden diverse Dozenten- und Studentenaustauschprojekte mit Estland, Lettland und Litauen statt. Seit 2000 bildet die Projektkooperation zwischen der Verwaltungsfachhochschule und der Rechtsuniversität Litauen einen Schwerpunkt der Ausbildungshilfe.

Diese Anstrengungen, die zugleich dazu dienen, die Position Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu stärken, wird die Landesregierung fortsetzen und ausbauen. Möglichkeiten dazu eröffnen die bestehenden Netzwerke der Partnerschaften und Büros des Landes im Ostseeraum. Darüber hinaus stärken praktische Beiträge Schleswig-Holsteins die Rolle des Landes als politisches Kompetenzzentrum zur (Weiter-) Entwicklung der Ostseekooperation.

Dem entspricht auch das Engagement des Landes im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG-II C / -III B (Ostsee)** (siehe auch Ziffer 2.4.). Diesem EU-Instrument zur Förderung transnationaler Kooperation im Bereich Raumplanung und Regionalentwicklung kommt besondere Bedeutung zu, da es nach einem vollzogenen EU-Beitritt weiterer Ostseeanrainer das wesentliche EU-Instrument zur Förderung der Ostseekooperation sein wird.

Das Gemeinsame Sekretariat für INTERREG III B (Ostsee) in Rostock arbeitet in Trägerschaft der Investitionsbank Schleswig-Holstein, die zugleich von allen Kooperationspartnern mit der Aufgabe des gemeinsamen Finanzinstituts zur Abwicklung der Projektfinanzierung während der Programmlaufzeit (2001 bis etwa 2008) betraut worden ist. An der Erarbeitung des Programmplanungsdokuments war Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligt.

### **3.5 Ostseepolitische Aktivitäten und Initiativen schleswig-holsteinischer Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's)**

Ostseekooperation lebt von der Vielfalt der sie tragenden Initiativen und Organisationen. Ohne das Engagement zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen hätte sich weder das Netzwerk der Zusammenarbeit im Ostseeraum zur tragenden Säule der Entwicklung der Region herausbilden können; noch hätte sich ohne sie Schleswig-Holstein seinen anerkannten Ruf als „Motor der Ostseekooperation“ erwerben können.

Mit eigenen Projekten und Vorhaben, die mitunter nicht ausreichend im Gesamtkontext gewürdigt werden, leisten sie einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung Schleswig-Holsteins als Standort in der Ostseeregion. Zu ihnen zählen u.a.

- die Gewerkschaften und die Industrie- und Handelskammern,
- die zahlreichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung,
- die Verbände der freien Wohlfahrtspflege
- die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH), die Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) und die Energiestiftung Schleswig-Holstein (ESSH)
- die Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel)
- die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK)
- das Ostseejugendbüro und das Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten
- Umweltverbände

Die in der Anlage beigefügte Auflistung von Ostseeakteuren in Schleswig-Holstein<sup>56</sup> basiert auf freiwilligen Zulieferungen der Organisationen und Institutionen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität; aber sie bietet einen Überblick, der stellvertretend steht für das Engagement Schleswig-Holsteins im Ostseeraum. Diese Darstellung ist erstmals seit dem Ostseebericht 1998/99<sup>57</sup> wieder aufgenommen worden. Im Rahmen einzelner Projekte und fachpolitischer

---

<sup>56</sup> siehe Anlage 7

<sup>57</sup> Drs. 14/2289

Zusammenarbeit hält die Landesregierung engen Kontakt zu den genannten Organisationen und Initiativen.

#### **4. Perspektiven der Ostseekooperation**

Die EU-Erweiterung wird das Bild Europas nachhaltig verändern: Unabhängig von der formalen Verfasstheit der Europäischen Union wird die Realität innerhalb Europas stärker polyzentrisch geprägt sein. Funktionierende Großregionen mit eigenen (Kooperations-) Strukturen werden an Bedeutung gewinnen. Das Gewicht natürlicher Wirtschaftsräume nimmt zu, Standortentscheidungen werden in zunehmendem Maße nach regionalen Gegebenheiten getroffen. Zahlreiche grenzüberschreitende Regionen bieten bereits heute komparative Vorteile. Regionen können wirtschaftliche Akteure an sich binden, wenn sie einzigartige regionalspezifische Vorteile bieten.

Mit ihren in den vergangenen zehn Jahren aufgebauten Kooperationsnetzwerken, die sich wesentlich auf Projekte und Initiativen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen stützen, hat die Ostseeregion die Voraussetzungen geschaffen, um sich zu einer dieser funktionierenden europäischen Großregionen entwickeln zu können. Zugleich verfügt sie über die erforderlichen Potenziale:

- 50, 70 oder 100 Millionen Menschen - je nach geographischer Abgrenzung - bilden einen Markt von europäischer Bedeutung, der bereits heute von bemerkenswerter ökonomischer Dynamik geprägt ist.
- Ein dichtes Netz von Universitäten, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen eröffnet der Ostseeregion die Chance, sich europaweit als Wissensregion zu profilieren.
- Ein hoher Standard im Bereich der Informationsgesellschaft<sup>58</sup> in weiten Teilen der Ostseeregion schafft gute Ausgangsbedingungen, die Ostseeregion in diesem Zukunftsbereich der globalen Wirtschaft zu positionieren.
- Mit ihrem bestehenden Netz an Seetransport- und Fährverbindungen kann die Ostseeregion dazu beitragen, die rasant ansteigenden Transportvolumina im Ostseeraum effizient und umweltverträglich zu bewältigen ("nasse Autobahn Ostsee").
- Vielfache gemeinsame historische und kulturelle Traditionen, die über Jahrzehnte unterbunden waren, verbinden heute die Länder der Ostseeregion wieder in einem weit stärkeren Maße miteinander als in anderen Teilen Europas.

---

<sup>58</sup> Der renommierte „Information Society Index“ listet in seinem ranking für 2001 Schweden, Norwegen und Finnland auf Platz 1 bis 3 noch vor den USA auf Platz 5, Deutschland auf Platz 13.

(Quelle: [www.worldpaper.com/2001/jan01/ISI/2001%20Information%20Society%20Ranking.html](http://www.worldpaper.com/2001/jan01/ISI/2001%20Information%20Society%20Ranking.html))

Mit der EU-Erweiterung rückt die Ostseeregion zunehmend in den Blickwinkel europäischer Politik. Das Konzept der „Nördlichen Dimension“ setzt erstmals auf eine enge Zusammenarbeit der Europäischen Union mit gewachsenen Formen regionaler Zusammenarbeit in einer Teilregion Europas. Im Rahmen dieser Konzeption wächst der Ostseekooperation zudem verstärkt die Rolle zu, in einer Art „regionalem Fenster“ die Partnerschaft zwischen der EU und Russland in weiten Bereichen mit Leben zu erfüllen. Zugleich leistet die Ostseeregion aktive Beiträge zur Vor-Beitrittsstrategie der EU zugunsten der Beitrittsländer in der Region.

Unverändert gültig sind die im Ostseebericht 1999/2000<sup>59</sup> dargestellten Herausforderungen an die Ostseekooperation:

1. **Schaffung sozialer und ökonomischer Kohäsion** in der Ostseeregion: Die Verfestigung neuer Trennlinien zwischen Ost und West zu vermeiden, bleibt auch im Interesse Gesamteuropa noch für lange Zeit eine wichtige politische Aufgabe in der Region nach der bevorstehenden EU-Erweiterung. Die Ostseekooperation ermöglicht Antworten auf dieses Problem, die über die Anwendung der üblichen Instrumente der EU (Strukturfonds, Förderprogramme) hinausgehen.
2. Die Chancen der Ostseeregion liegen vor allem in der **gemeinsamen Entwicklung und Nutzung der hier vorhandenen Potenziale**. Strategien, sich angesichts der Globalisierung als europäische Region zu profilieren, sind durchaus erfolgversprechend.
3. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland werden noch für lange Zeit für die Schaffung von Stabilität und Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt die **Einbeziehung russischer Regionen** in regionale Netzwerke und Hilfen bei der Überwindung der Probleme der ökonomischen Transformation und des Aufbaus einer rechtsstaatlich organisierten Zivilgesellschaft bedürfen über die Anstrengungen der EU hinaus einer Unterstützung auf regionaler Ebene.
4. Europa wird in Zukunft verstärkt vom **Wettbewerb einiger großer transnationaler Entwicklungsräume** gekennzeichnet werden. Die Ostseeregion mit ihrem beachtlichen Zukunftspotential gehört dazu. Enge Zusammenarbeit in der Ostseeregion ist eine entscheidende Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unter den Regionen in einer größeren EU.

Wesentlich wird es darauf ankommen, den Schwung der Ostseekooperation auch nach Erreichen des derzeit vieles überlagernden Ziels der EU-Erweiterung aufrecht zu erhalten. Stärker noch als bisher muss dabei staatliche Kooperation ihren Fokus von

---

<sup>59</sup> Drs. 15/204

der früher stark außenpolitisch dominierten Motivation auf eine stärker binnen- und gesellschaftspolitische Orientierung richten. Die inhaltliche Ausrichtung insbesondere der Fachministerkonferenzen der jüngeren Zeit weisen bereits in diese Richtung.

In dem Maße, wie sich staatliche Kooperation auf veränderte Rahmenbedingungen neu einstellen muss, ist der Aufbau von Netzwerken der Zusammenarbeit von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie von Nicht-Regierungsorganisationen als im wesentlichen abgeschlossen anzusehen. Gut zehn Jahre nach der Etablierung als Idee kann von der heraufziehenden „zweiten Generation der Ostseekooperation“ gesprochen werden: Unverändert hat der Bau von Brücken der Begegnung und Verständigung quer über die Ostsee seine Berechtigung; daneben treten aber muss die Nutzung der entwickelten Netzwerke für konkrete Fortschritte zur Entwicklung der Ostseeregion und zum gemeinsamen Vorteil der beteiligten Partner.

#### **4.1 „region building“ - ein Konzept zur Entwicklung der Ostseeregion**

Unverändert bilden die 1996 vom Ostseerat beschlossenen **Aktionsprogramme von Kalmar**<sup>60</sup> den Rahmen, dessen Umsetzung die Chance bietet, den Ostseeraum zu einer tatsächlichen und wettbewerbsfähigen europäischen Großregion zu entwickeln.

Schwerpunkte der Aktionsprogramme von Kalmar sind

- Stärkung der Begegnung von Mensch zu Mensch und der zivilen Sicherheit (*„increased people-to-people contacts and civic security“*)
- Wirtschaftliche Entwicklung und Integration (*„economic co-ordination and integration“*)
- verstärkter Schutz der natürlichen Umwelt (*„strengthened environmental protection“*).

Eine Bestandsaufnahme des Ostseerates belegt einerseits, dass zahlreiche Initiativen und Foren der Ostseekooperation zur Umsetzung dieser Aktionsprogramme beitragen. Zum anderen aber kommt die Umsetzung insbesondere im Bereich staatlicher Zusammenarbeit in weiten Teilen unverändert nur schleppend voran. Damit droht die Ostseeregion einen wesentlichen programmatischen Konnex aus den Augen zu verlieren, der wie kein anderer geeignet ist, zur Herausbildung einer tatsächlichen gemeinsamen Region beizutragen.

---

<sup>60</sup> Internet: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile517.html](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile517.html)

Daneben hat sich jedoch das **Netzwerk der Zusammenarbeit** weiterentwickelt, das über den jeweils eigenen strategischen Ansatz die Chance eröffnet, in Ergänzung zu den Aktionsprogrammen von Kalmar die Entwicklung regionaler Strukturen und eines gemeinsamen regionalen Bewußtseins herauszubilden. Bereits im Ostseebericht 1999/2000<sup>61</sup> hatte die Landesregierung darauf hingewiesen, dass die Ostseeregion

- mit **BALTIC-21** über das bislang weltweit einmalige Programm zur Umsetzung der "Agenda 21" in einer Großregion verfügt: Gemeinsam arbeiten die Ostseeanrainer sowie zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen daran, im Ostseeraum das querschnittsorientierte Konzept nachhaltiger Entwicklung umzusetzen. Die Ostseeregion hat die Chance, sich weltweit als Modellregion zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu profilieren.
- mit **HELCOM** („Helsinki Commission“) seit 1980 über ein etabliertes und vertraglich verankertes Netzwerk der Zusammenarbeit verfügt, das auf die Lösung und Sanierung der dringlichsten Umweltprobleme der Ostsee orientiert ist („hot spot-programme“).
- mit **VASAB 2010** („Visions and Strategies around the Baltic Sea“) über ein selbst entwickeltes Raumordnungskonzept verfügt, das sich nahtlos in das "Europäische Raumordnungskonzept" (EUREK/ ESDP) einfügt. Stärker noch als in der Programmperiode INTERREG II C (1997-99) sollen Projekte in der Programmperiode INTERREG III B die darin skizzierten Perspektiven weiter vertiefen.

Hinzugetreten sind mittlerweile:

- Die enge Zusammenarbeit staatlicher, verbandlicher und ehrenamtlicher Jugendpolitik über das **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten**, die über die Jugendbegegnung hinaus den Aus- und Aufbau von Jugendarbeit rund um die Ostsee und die Artikulierung von Jugendinteressen in den Anrainerstaaten unterstützt.
- Mit **BASREC**<sup>62</sup> eine enge Zusammenarbeit im Energiebereich, die sich neben der Koordinierung einer modernen und effizienten Energiepolitik das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, im Rahmen eines Projekts den im Protokoll von Kyoto (1997) vereinbarten Handel mit Emissionsrechten praktisch zu erproben. Auch hier hat die Ostseeregion die Chance, sich weltweit als Modellregion zu profilieren.
- Mit dem im September 2001 beschlossenen „**Northern e-Dimension Action Plan**“ die Chance, unter Einschluss Russlands und in aktiver Kooperation mit der EU-Kommission die Ostseeregion zu einer Top-Adresse in der globalen Informationsgesellschaft zu entwickeln.

---

<sup>61</sup> Drs. 15/204

<sup>62</sup> „Baltic Sea Region Energy Co-operation“ (vgl. Ziffer 2.1) - siehe auch: [www.cbss.st/basrec](http://www.cbss.st/basrec)

- Die vom finnischen Ostseeratsvorsitz für 2002/2003 angekündigte Fortsetzung des Dialogs der staatlichen Ostseekooperation mit den **Nicht-Regierungsorganisationen der Ostseeregion** greift eine Initiative des deutschen Ostseeratsvorsitzes (2000/2001) auf; damit wird die Etablierung eines Forums möglich, das die nicht staatlich organisierte Ostseekooperation in deren Weiterentwicklung aktiv einbezieht.

Vor diesem Hintergrund sollte der Ostseerat eine **Revision der Aktionsprogramme von Kalmar** in Erwägung ziehen: Mit einer überarbeiteten Entwicklungsstrategie, die diese 1996 noch nicht bestehenden Initiativen und Strukturen einbezieht, könnte zugleich der Brückenschlag zu einer Orientierung der Ostseekooperation gelingen, die den mit der EU-Erweiterung einhergehenden grundlegend veränderten Rahmenbedingungen gerecht wird.

In diesem Zusammenhang sollte der **Ostseerat** selbst seine eigene Rolle neu definieren. Seine Aufgaben sollten vor allem darin bestehen:

- **politische Ziele** für die Entwicklung der Ostseeregion zu formulieren;
- die **prioritären Maßnahmen und Projekte** für den region-building-Prozeß festzulegen, mit denen diese Ziele umgesetzt werden sollen;
- sich bei deren Verwirklichung auf die existierenden verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen, regionalen und lokalen **Akteure und Netzwerke** im Ostseeraum zu stützen, die unter dem Schirm des Ostseerates arbeiten;
- soweit erforderlich, die verschiedenen Aktivitäten zu **koordinieren**;
- der Ostseeregion in Brüssel mit Hilfe des Vorsitzes des Ostseerates Gesicht und Stimme bei der Interessenvertretung zu geben - so, wie es unter dem deutschen wie dem russischen Vorsitz zum Thema „Nördliche Dimension“ bereits in Ansätzen gelungen ist.

Gleichzeitig wird es darauf ankommen, die de facto erst seit Jahresbeginn im Ostseeraum verfügbare EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B** für Projekte zu nutzen, die die Entwicklung der Ostseeregion zum Ziel haben und möglichst viele Partnerinstitutionen in den Beitrittsländern der Region einbeziehen. Dies schließt auch die Entwicklung von Teilregionen ein, die für sich genommen zu dynamischen Entwicklungszentren in der Ostseeregion werden können und damit das strategisch ausgerichtete Konzept des „region building“ nachhaltig unterstützen.

#### 4.2 **EU-Osterweiterung - Herausforderung (auch) an die Ostseeregion**

Ungeachtet der mit der EU-Erweiterung verbundenen Herausforderungen - wie Einsatz der Fördermittel der EU-Strukturfonds oder Fragen der künftigen internen Organisation einer „EU der 20 oder 25“ - ist die Erweiterung eine historische Chance sowohl für Gesamteuropa wie für die Ostseeregion. Die daraus resultierenden Chancen für Schleswig-Holstein und die Ostseeregion hat die Landesregierung bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage „Schleswig-Holstein und Europa“<sup>63</sup> dargestellt.

Nach den dem Europäischen Rat von Laeken (Dezember 2001) von der EU-Kommission vorgelegten Berichten erfüllt trotz zum Teil erheblicher Fortschritte noch kein Beitrittskandidat die **Beitrittsvoraussetzungen** vollständig. Diese waren als Prüfsteine für Fortschritte der Kandidaten von den Europäischen Räte von Kopenhagen 1993 und Madrid 1995 festgelegt worden:

- *institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte und Achtung und Schutz von Minderheiten (politisches Kriterium);*
- *eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten (wirtschaftliches Kriterium);*
- *die Fähigkeit, die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele einer politischen, wirtschaftlichen und monetären Union zu eigen zu machen (Kriterium geeigneter Verwaltungsstrukturen).*

Allerdings befinden sich zehn Beitrittskandidaten nach den von der Kommission vorgelegten Berichten im Zeitplan, so dass der angestrebte **Beitritt bis 2004** nach wie vor erreichbar ist.

Die **EU-internen Voraussetzungen** der Erweiterung sind gewährleistet. Der Europäische Rat von Berlin 1999 hat mit der Finanziellen Vorausschau bis 2006 die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, der Europäische Rat von Nizza 2000 die institutionellen. Ohne die Beitrittsvoraussetzungen zu ändern, sind indessen weitere Schritte notwendig, um die Handlungsfähigkeit und die demokratische Legitimität einer Union mit 25 oder mehr Mitgliedern zu sichern. Dies soll mit dem Konvent 2002 sowie der Regierungskonferenz 2004 in Angriff genommen werden.

Insbesondere die **Ostseeregion** hat die Chance, die Potenziale der gewachsenen Kooperation in den Prozess der EU-Erweiterung einzubringen. Gemeinsam können

---

<sup>63</sup> Drs. 15/1450

„alte“, „junge“ und künftige EU-Mitgliedstaaten demonstrieren, wie regionale Zusammenarbeit den Vor-Beitrittsprozeß aus eigener Kraft unterstützen kann. Zugleich kann Ostseekooperation damit das Startsignal geben, wie in einer vergrößerten Europäischen Union Großregionen zu einer tragenden Säule des künftig stärker dezentralisierten Europa werden können.

Diese Herausforderung stellt sich keiner Region in Europa so wie der Ostseeregion. Die **Akteure der Ostseekooperation** - Staaten, Subregionen, Kommunen ebenso wie NGO's - stellen sich bereits heute dieser Verantwortung mit zahlreichen Kooperationsprojekten auf unterschiedlichsten Ebenen und in zahlreichen Feldern. Allerdings müssen diese Beiträge stärker als bisher koordiniert werden.

Dies gilt um so mehr mit Blick auf die Zeit **nach der Erweiterung**, wenn die Vor-Beitrittsinstrumente der EU durch die „klassischen“ EU-Instrumente ersetzt werden, die Bedürfnisse in den Beitrittsländern z.B. nach effizienten und modernen Verwaltungsstrukturen auf der regionalen und lokalen Ebene jedoch unverändert fortbestehen. Insbesondere in den Bereichen, in denen zur Zeit kein Hauptaugenmerk im Rahmen der EU-Vorbeitrittsstrategie ruht, wird die Aufgabenstellung für die Akteure der Ostseekooperation weit über den EU-Beitritt weiter bestehen, praktische Aufbauhilfe und Unterstützung zu organisieren.

Auch mit Blick auf die sozio-ökonomischen und ökologischen Disparitäten in der Ostseeregion wird der Akt des Beitritts zur EU allein keine wesentlichen Änderungen bewirken. Im Gegenteil wird es Aufgabe der Ostseekooperation bleiben, auch innerhalb einer erweiterten Union an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine **nachholende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Beitrittsländern** mitzuwirken. Das gilt ebenso für die Behebung der wesentlichen Umweltbelastungen in diesen Ländern. Das Konzept der „Nördlichen Dimension“ kann dafür den geeigneten Rahmen bieten, zumal hier eine enge Zusammenarbeit der EU mit dem Ostseerat auch über den Zeitpunkt der Erweiterung hinaus fortgesetzt werden kann.

#### **4.3 Nördliche Dimension - eine Chance zur Entwicklung der EU-Ostseepolitik**

Aktuell liegt der politische Fokus des Konzepts „Nördliche Dimension“ eindeutig auf der **Einbeziehung Russlands** auf regionaler Ebene in eine erweiterte Union. Dem kommt angesichts der sich zur Zeit - im Vergleich zu vergangenen Jahren durchaus rasant - entwickelnden Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland herausragende

Bedeutung zu. Gleichwohl sollte die weitere Umsetzung dieses Konzepts nicht auf diesen einen Fokus reduziert werden. Vielmehr bietet das politische Konzept der „Nördlichen Dimension“ die Chance, auch über den Zeitpunkt der Erweiterung der EU die Instrumente und Politiken der Union mit dem entwickelten Netzwerk der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zu verzahnen. Eine so verstandene Politik der Union böte die Voraussetzungen, um die Entwicklungsperspektiven der europapolitisch unverändert sensiblen Ostseeregion nachhaltig zu stärken.

Zugleich wird es darauf ankommen, den bislang auf den Zeithorizont 2000 bis 2003 limitierten Aktionsplan ***inhaltlich wie chronologisch fortzuschreiben***. Entsprechende Initiativen hat Dänemark für seinen EU-Ratsvorsitz (2. Halbjahr 2002) angekündigt. Parallel hat Finnland bereits frühzeitig für seine Vorsitzperiode im Ostseerat (2002/2003) Initiativen angekündigt, ein „arktisches Fenster“ in die Diskussion um die Fortschreibung des Aktionsplans einbringen zu wollen.

***Aufgabe des Ostseerates*** sollte vor diesem Hintergrund sein,

- die Anforderungen der Ostseeanrainerstaaten an die Fortschreibung des Aktionsplans zu koordinieren,
- diese Fortschreibung stärker auf vorrangige Bedürfnisse im Einzugsbereich der „Nördlichen Dimension“ zu konzentrieren,
- für die Einbeziehung der EU-Beitrittsländer und ihrer Bedürfnisse auch nach einem Beitritt zur Union in die Fortschreibung des Aktionsplans einzutreten,
- der von der EU-Kommission - aus Brüsseler Sicht nachvollziehbar - vorgebrachten Kritik an der Vielzahl regionaler Kooperationsforen durch eigene Koordinierungsabsprachen mit dem Baltic Euro-Arctic Council (BEAC) und dem Arctic Council zu begegnen,
- die relevanten Akteure der Ostseekooperation in die Fortschreibung des Aktionsplans einzubeziehen und deren Beiträge zu koordinieren,
- die Implementierung der in seinem Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans aufgelisteten Prioritäten und Projekte zu überwachen und zu koordinieren („monitoring“).

Im Ergebnis wird die Ostseekooperation nur dann erfolgreich auf eine Fortschreibung und Vertiefung des Konzepts der Nördlichen Dimension drängen können, wenn es ihr gelingt, einen ***konsistenten Beitrag*** der Ostseeregion selbst zu organisieren, der in der Region von Akteuren praktisch getragen wird und einen ***Mehrwert*** („added value“) für die in der Region wirksamen EU-Politiken zu leisten im Stande ist.

#### **4.4 Über die EU-Erweiterung hinausdenken - Anforderungen an die Zukunft der Ostseekooperation**

Mit der anstehenden EU-Erweiterung wird auch die staatliche Ostseekooperation endgültig die ursprünglich konstitutive Ebene der „klassischen“ Außenpolitik verlassen. Zunehmendes Gewicht wird daher die **praktische und gesellschaftspolitische Zusammenarbeit** gewinnen, die auf ein enges Zusammenwirken mit den Foren und Netzwerken nicht-staatlicher Ostseekooperation angewiesen ist.

**Soziale und ökonomische Kohäsion** im Ostseeraum und die gemeinsame Entwicklung und Nutzung der in der Region vorhandenen Potenziale werden die entscheidenden Herausforderungen sein, um die Wettbewerbschancen aller Ostseeanrainer in einer erheblich größeren Europäischen Union gemeinsam stärken zu können.

Dies erfordert zum einen eine erheblich vertiefte Zusammenarbeit der Ostseeanrainer auch in Feldern, die bislang entweder einzelstaatlichem Handeln oder Entscheidungen auf EU-Ebene überlassen bleiben. Hierzu zählen z.B. gemeinsame Entscheidungen über Infrastrukturen, der Ausbau der Hochschulkooperation, die Nutzung der Möglichkeiten der Informationsgesellschaft, die Kooperation im Energiebereich und im Gesundheitssektor oder die Umsetzung des modellhaften regionalen Konzepts nachhaltiger Entwicklung im Ostseeraum (Baltic 21).

Dies bedingt jedoch auch die Bereitschaft aller Ostseeanrainer, spätestens nach vollzogener EU-Erweiterung weit stärker als bisher in Brüssel dann mit einer gemeinsamen Stimme aufzutreten, wenn gemeinsame Interessen der Ostseeregion berührt sind.

Die Voraussetzungen hierfür hat die Ostseekooperation in den vergangenen zehn Jahren geschaffen. Über den Aufbau von Netzwerken selbst hinaus, der heute als im wesentlichen abgeschlossen angesehen werden kann,

- bieten die bestehenden Kooperationsnetze der Hochschulen und der Informationsgesellschaft die Chance, die Ostseeregion zur „**Wissensregion Ostsee**“ zu entwickeln, die europaweit führend das Konzept der „lernenden Gesellschaft“ (learning society) umsetzen könnte.
- eröffnet das Konzept der „Baltic 21“ ebenso wie die Bemühung, im Rahmen der Energiezusammenarbeit den im Protokoll von Kyoto vorgesehenen Handel mit

Emissionsrechten zu erproben, die Chance die Ostseeregion zu einer „**Modell-region nachhaltiger Entwicklung**“ auszubauen.

- könnte die erfolgreiche kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum im Rahmen von „**Ars Baltica**“ als „**label**“ genutzt werden, um die Ostseeregion innerhalb Europas gemeinsam zu positionieren und zu vermarkten.

Die über den Zeitpunkt der EU-Erweiterung hinaus absehbar fortbestehende **soziale und ökonomische Schieflage** innerhalb der Ostseeregion wird nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen der EU und der Ostseeregion selbst überwunden werden können. Hier werden staatliche Ostseekooperation ebenso wie die Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden auf absehbare Zeit ihre Anstrengungen fortsetzen müssen, die nachholende Entwicklung in den kommenden EU-Mitgliedstaaten zu stärken.

Gleiches gilt für die erheblich auszubauende **Einbeziehung der Ostsee-nahen Regionen Russlands** in grenzüberschreitende und transnationale Entwicklungs-kooperationen. Dies betrifft nicht allein die politisch sensible Region Kaliningrad oder die Finnland benachbarten Regionen wie Karelien, Murmansk, St. Petersburg oder Leningrad oblast; stärker als bisher wird auch die Einbeziehung der den kommenden EU-Mitgliedstaaten Estland und Lettland benachbarten Regionen Novgorod und Pskov in den Blick genommen werden müssen. Hier richtet sich die Anforderung nicht allein an die anderen Ostseeanrainer oder die EU: Auch Russland selbst wird die Voraussetzungen und Kapazitäten schaffen und stärken müssen, um diesen Regionen eine verstärkte Zusammenarbeit mit Nachbarn und anderen Partnern im Ostseeraum zu ermöglichen.

In beiden Bereichen wird die Ostseeregion spätestens im Rahmen der bis 2006 anstehenden Entscheidungen über die Zukunft der EU-Strukturfonds gegenüber der Brüssel für die Allokation entsprechender **EU-Fördermittel** eintreten müssen. Die Fortschreibung der erfolgreichen EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C / III B im Ostseeraum erscheint dabei als Minimum. Weit entscheidender wird dabei sein, das Nachfolgeinstrument zu INTERREG III B stärker noch als bisher zu einem Instrument transnationaler Regionalentwicklung fortzuentwickeln. Hier wird sich erweisen müssen, ob die Ostseeanrainer innerhalb einer erweiterten Union im Stande sein werden, gemeinsame Interessen auch gemeinschaftlich vertreten zu können.

Mit Blick auf die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union können die Ostseeanrainer zugleich die im Ostseeraum ungleich stärker ausgeprägten **sozialen und**

**zivilgesellschaftlichen Traditionen** einbringen. Angesichts der notwendigen Neuordnung einer erheblich vergrößerten Union kommt diesem nordeuropäischen Grundkonsens eine nicht zu vernachlässigende Verantwortung zu, der die Ostseeanrainer nur gemeinschaftlich gerecht werden können.

\*\*\*

Wirtschaftliche Prosperität, gesellschaftliche Sicherheit und ökologische Stabilität werden in einer erweiterten Europäischen Union nur durch gemeinsame Beiträge entwicklungsfähiger Regionen auf Dauer zu gewinnen und zu bewahren sein. Auf dieses Ziel sollten sich - auch und gerade nach der anstehenden EU-Erweiterung - die Foren und Netzwerke der Ostseekooperation verstärkt ausrichten.

## **Abkürzungsverzeichnis**

<b>BAC</b>	Baltic Sea Business Advisory Council (eingesetzt durch den CBSS)
<b>BALTIC 21</b>	A regional Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum)
<b>BASREC</b>	Baltic Sea Region Energy Co-operation
<b>BEAC</b>	Barents Euro-Arctic Council (Kooperation Norwegens, Finnlands, Schwedens und Russlands in der Barents-Region)
<b>BSCC</b>	Baltic Sea Customs Conference (Gremium zum Abbau von Zoll- und Handelshemmnissen)
<b>BSSSC</b>	Baltic Sea States Subregional Cooperation (Konferenz der Subregionen des Ostseeraums)
<b>BCCA</b>	Baltic Sea Chambers of Commerce Association (Organisation der Handelskammern des Ostseeraums)
<b>BSPC</b>	Baltic Sea Parliamentary Co-operation (Ostsee-Parlamentarierkonferenz)
<b>BTC</b>	Baltic Sea Tourism Co-operation
<b>BTUC</b>	Baltic Sea Trade Unions Council (Ostseerat der Gewerkschaften)
<b>CBSS</b>	Conference of the Baltic Sea States (Ostseerat der Außenminister)
<b>CSO</b>	Committee of Senior Officials (Ausschuß höherer Beamter des CBSS)
<b>EBRD</b>	European Bank for Recovery and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBWE), London
<b>EIB</b>	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), Luxemburg
<b>EU</b>	European Union - Europäische Union
<b>GSEO</b>	Group of Senior Energy Officials (Lenkungsorgan von BASREC)
<b>HELCOM</b>	Helsinki Kommission
<b>INTERREG III A</b>	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung von Projekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit
<b>INTERREG III B</b>	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung transnationaler Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und Regionalentwicklung (Ostseeraum, Nordseeraum, etc.)
<b>ISPA</b>	<b>I</b> nstrument for <b>S</b> tructural <b>P</b> olicies for <b>P</b> re-accession - EU-Programm zur Förderung von Investitionen in den Bereichen Umwelt und Verkehrsinfrastrukturen in den Beitrittsländern

---

<b>MASGV</b>	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
<b>MBWFK</b>	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
<b>MFE</b>	Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein
<b>MJF</b>	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
<b>MLR</b>	Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
<b>MOE</b>	mittel- und osteuropäische Staaten
<b>MUNF</b>	Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
<b>MWTV</b>	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
<b>PCA</b>	Partnership and Cooperation Agreement (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Ende 1997 zwischen der EU und der Russischen Föderation vereinbart)
<b>PHARE</b>	Aufbauprogramm der EU für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten
<b>PHARE - CBC</b>	PHARE Cross Border Cooperation Programme
<b>SAPARD</b>	<u>S</u> pecial <u>A</u> ction for <u>P</u> re-accession Aid for <u>A</u> griculture and <u>R</u> ural <u>D</u> evelopment - EU-Programm zur Heranführung von Politik/ Verwaltung in den Bereichen Agrar und ländliche Räume in den Beitrittsländern
<b>SOG</b>	Senior Officials Group (Lenkungsorgan von Baltic-21)
<b>SOIS</b>	Senior Officials on Information Society (Lenkungsorgan der Northern e-Dimension)
<b>TACIS</b>	Aufbauprogramm (technische Hilfe) der EU für Russland und die Staaten der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS, CIS)
<b>TACIS – CBC</b>	TACIS Cross Border Cooperation Programme
<b>UBC</b>	Union of the Baltic Cities (Vereinigung von Ostsee-Städten)

**Anlage 1:****Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 2001/2002 (Stand: Juni 2002)****Staatskanzlei**

1. Im Juni 2000 begleitete die Ministerpräsidentin den Bundeskanzler bei seinen Antrittsbesuchen in den drei **baltischen Staaten** (Tallinn, Riga und Vilnius). Im Mittelpunkt der Reise nach **Oslo** (Oktober 2000) standen Gespräche mit der norwegischen Regierung über Kooperationen in den Bereichen Gesundheit und Kultur. Nach Besuchen im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und in der Europäischen Kulturstadt Krakau wurden in **Gdansk/Danzig** (Mai 2001) deutschen und polnische Jugendliche zur Diskussion über ihre gemeinsame Zukunft in einem erweiterten Europa zusammengebracht (Projekt „Czas-Sprung 2001“) und die politischen Kontakte zur Partnerregion Pommern/Pomorskie vertieft. In **Riga** (September 2001) führte die Ministerpräsidentin Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und Mitgliedern der lettischen Regierung. Sie eröffnete das neue "Schleswig-Holstein-Büro", besuchte die Bordesholmer Partnergemeinde Kekava und weihte gemeinsam mit der finnischen Kulturministerin die Skulptur "Brücke über das Meer" des finnischen Künstlers Ojars Petersons ein, die mit Hilfe der Landesregierung und schleswig-holsteinischer Sponsoren restauriert worden ist. Bei ihrem Besuch in **Kaliningrad** (Juni 2002) unterstrich die Ministerpräsidentin die Bereitschaft Schleswig-Holsteins, das russische Gebiet Kaliningrad bei der Gewinnung neuer Entwicklungsperspektiven in der Ostseeregion zu unterstützen. Anschließend führte die Ministerpräsidentin Gespräche mit der finnischen Regierung in **Helsinki** u.a. zur weiteren Ausgestaltung der von Finnland wesentlich vorangetriebenen „Nördlichen Dimension der EU“.
2. Unter Vorsitz der Ministerpräsidentin arbeitete von Januar 1999 bis Januar 2001 der **Initiativkreis Ostsee**, in dem namhafte Persönlichkeiten des Landes aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung die Umsetzung strategisch bedeutsamer Entscheidungen des Landes im Rahmen der Ostseekooperation berieten. Nachdem der Initiativkreis seine Arbeit einvernehmlich für abgeschlossen erklärt hat, lädt die Ministerpräsidentin themengebunden in wechselnder Zusammensetzung zu Sitzungen des neu eingerichteten „**Gesprächskreises Ostsee**“ ein. Bislang behandelt wurden die Themen „Bildung“ und „Gesundheit“; für die im Oktober 2002

terminierte Sitzung ist das Thema „Technologie“ vorgesehen.

3. Die Staatskanzlei unterstützte die Bundesregierung im Rahmen des **deutschen Vorsitzes im Ostseerat** (2000/2001) u.a. mit der Abordnung eines Mitarbeiters und der Ausrichtung des ersten NGO-Forums des Ostseeraums (Lübeck, Mai 2001). Zudem organisierte das **Hanse-Office** gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt einen in Brüssel viel beachteten Workshop über Beiträge des Ostseerates (CBSS) zur Umsetzung des „Aktionsplans zur Nördlichen Dimension der EU“ (März 2001).
4. Zwischen den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist eine enge **Abstimmung der Ostseepolitik der norddeutschen Länder** vereinbart, die auch eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Auswärtigem Amt einschließt. Die turnusgemäß jährlich wechselnde Koordinierungsfunktion unter den norddeutschen Ländern wurde von Juli 2000 bis Juni 2001 von Schleswig-Holstein (Staatskanzlei) wahrgenommen (anschließend: Senatskanzlei Hamburg bis Juni 2002). Mit dem Ostsee-Gipfel der Regierungschefs (Juni 2002) geht diese Funktion auf die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern über.
5. Nach der Neubildung der Landesregierung im April 2000 ist die Zuständigkeit für **Europa- und Ostseeangelegenheiten** in die Staatskanzlei überführt worden. Die zuständige Abteilungsleiterin wurde zur **Ostseebeauftragten der Ministerpräsidentin** benannt.
6. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei **koordiniert** ressortübergreifend die Ostseepolitik des Landes. Hierzu wurde 1998 der seit 1994 existierenden IMAK-Ostsee mit dem seit 1988 bestehenden IMAK-Europa zum **Interministeriellen Arbeitskreis Europa- und Ostseeangelegenheiten** zusammengeschlossen.
7. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei koordiniert ressortübergreifend die Mitwirkung des Landes im **Projekt STRING** („South-Western Baltic Sea Region – Inventing New Geography“). Nach Abschluss der ersten Projektphase STRING-1 (1999-2001) soll im Rahmen des aus INTERREG III B geförderten Folgeprojekts STRING-2 (2002-2004) die praktische Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen durchgeführt werden.

8. Die Pflege und Weiterentwicklung der interregionalen **Partnerschaften** Schleswig-Holsteins im Ostseeraum obliegt der Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten.
9. Die im Jahre 1995 eingerichteten **Schleswig-Holstein-Büros** in Malmö, Tallinn und Gdansk/ Danzig sowie die Förderung des „Hanse-Büros“ in Kaliningrad/ Königsberg waren auf Beschluß der Landesregierung vom 03.06.1997 zunächst bis Ende 2000 befristet. Mit Zustimmung des Landtages wurde seitdem diese Befristung bis Ende 2003 verlängert und zugleich die Ermächtigung gegeben, in Riga und Vilnius neue „Schleswig-Holstein-Büros“ einzurichten, das Mandat des SH-Büros in Malmö auf die Öresund-Region auszurichten und die bisherige Projektförderung des Hanse-Büros in Kaliningrad in ein neues „Schleswig-Holstein-Informationsbüro in Kaliningrad“ umzuwandeln. Am 09.05.2000 hat die Landesregierung diesen Beschluß um weitere drei Jahre verlängert.
10. Im Rahmen der **BSSSC (Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes)** ist Schleswig-Holstein durch eines von zwei deutschen Mitgliedern im Board (Vorstand) vertreten. Ein Mitarbeiter der Staatskanzlei ist beauftragt, als „corresponding member“ an der Arbeit des BSSSC-Sekretariats mitzuwirken, dessen Funktion seit Mai 2000 auf die Wojewodschaft Pomorskie/Pommern übergegangen ist. Diese Unterstützung soll im Rahmen der bestehenden Partnerschaft mit Schleswig-Holstein fortgesetzt werden.
11. Gemeinsam mit BSSSC und der schleswig-holsteinischen Partnerregion Eastern Norway County Network organisierte die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei die viel beachtete **BSSSC-Konferenz „The Northern Dimension and Kaliningrad Oblast“** (März 2002). Erstmals trafen hier vor Ort in Kaliningrad regionale Kooperationspartner des Gebiets Kaliningrad zusammen, um gemeinsam über bessere Projektkoordinierung und die Einbeziehung weiterer interessierter Regionen zu beraten. Eine Folgeveranstaltung ist für 2003 geplant.
12. Im März 2001 organisierte das **Hanse-Office** zusammen mit dem deutschen Ostseeratsvorsitz und der Friedrich Ebert-Stiftung eine Konferenz zum Thema **Umsetzung der Aktionsplanes Nördliche Dimension**, auf dem hochrangige Vertreter aus den Ostseeanrainerstaaten die von dem Ostseerat zusammengestellten Projektvorhaben zur Nördlichen Dimension der Europäischen Kommission vorstellten.

13. Das gemeinsam von Hamburg und Schleswig-Holstein unterhaltene **Hanse-Office** fungiert seit Mai 2001 als „**BSSSC-Antenne**“ in **Brüssel**. Das Hanse-Office unterstützt die BSSSC bei der Erarbeitung EU-relevanter Positionen als auch im Rahmen des Gaststatus<sup>64</sup>, den BSSSC als erste Regionalorganisation beim Ausschuss der Regionen (AdR) erhalten hat. Insgesamt tragen diese Kooperationen dazu bei, das Hanse-Office als erste Anlaufadresse in Sachen Ostseekooperation in Brüssel zu positionieren.
14. Zugleich hat das **Hanse-Office** sich erfolgreich als „Zentrum der Ostseekooperation in Brüssel“ etabliert: Aus der losen Zusammenarbeit von Ostsee-Regionalbüros im und um das Hanse-Office in Brüssel ist die sogenannte „**Palmerston Group**“ hervorgegangen, in der neben dem Hanse-Office 14 Regionalbüros des „Baltic Sea House“ und des „South Denmark House“ zusammenarbeiten<sup>64</sup>.
15. Das **Hanse-Office** selbst hat im Rahmen der regionalen Partnerschaft die Wojewodschaft Pomorskie/Pommern sowie die Gebietsverwaltung Kaliningrad in EU-Fragen beraten. Das Hanse-Office unterstützt die BSSSC bei der Erarbeitung EU-relevanter Positionen als auch im Rahmen des Gaststatus, den BSSSC als erste Regionalorganisation beim Ausschuss der Regionen (AdR) erhalten hat. Insgesamt tragen diese Kooperationen dazu bei, das Hanse-Office als erste Anlaufadresse in Sachen Ostseekooperation in Brüssel zu positionieren.
16. Die Staatskanzlei wirkte im Joint Programming Committee für die EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B (Ostseeraum)** an der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Programms mit. In mehreren Unterarbeitsgruppen bezüglich der finanziellen, vertraglichen und strukturellen Umsetzung des Programms vertrat die Staatskanzlei in Abstimmung mit dem BMVBW und dem BMWi die Bundesrepublik Deutschland. Die Staatskanzlei stellt den Vorsitz im Deutschen Unterausschuss und ist Mitglied sowohl im transnationalen Lenkungsausschuss (Steering Committee) als auch im Begleitausschuss (Monitoring Committee). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein konnte erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde des Programms etabliert werden.
17. Die Staatskanzlei hat gemeinsam mit den **deutsch-dänischen Grenzregionen** Schleswig/ Sønderjylland, KERN/Fyn und Ostholstein-Lübeck/Storstrøm die drei

---

<sup>64</sup> North Sweden EU Office, Copenhagen EU Office, City of Malmö EU Office, South Sweden ERDU Office, South Jutland EU Office, Fyns EU Office, Kommuner Haderslev, Odense EU Office, Tampere Central Region EU Office, EU Vest (City of Ribe), West Zealand EU Office, West Finland Office, European Agency.

grenzübergreifenden Programme für die Gemeinschaftsinitiative **Interreg III A** entwickelt, die die Europäische Kommission Ende 2001 mit einem Gesamtfinanzvolumen von ca. 33 Mio. EURO genehmigt hat. Die Staatskanzlei wird weiterhin Mitglied in den Begleitausschüssen und einem der Lenkungsausschüsse sein, sich aber zukünftig ausschließlich auf Aufsichtsaufgaben beschränken.

Nachdem die Landesregierung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dänischen Amtskommunen 1988 beginnend mit **Sønderjyllands Amt** initiiert hat, wird sich die Staatskanzlei nach Abschluß der Programmphase Interreg IIA (1994 – 1999/2001) im Jahr 2002 aus der Verwaltung der EU-finanzierten Zusammenarbeit mit Sønderjylland zurückziehen. Diese operative Aufgabe ist in der Programmphase Interreg III A (2000 – 2006/2008) bereits auf die Stadt Flensburg sowie die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland übertragen worden.

18. Die Staatskanzlei hat im Mai 2001 die internationale Jugendbegegnung „**Czas-Sprung 2010**“ in Krakau, Auschwitz und Danzig/Gdansk organisiert. Mit Beteiligung der Ministerpräsidentin diskutierten Jugendliche aus Schleswig-Holstein und Polen gemeinsam ihre Zukunftsperspektiven in einem erweiterten Europa ab 2010. In Fortsetzung dieses Kongresses fand im Mai 2002 in Lübeck und Kiel der Jugendkongress „**Baltic Bridges – from the present to the future**“ statt: In Begleitung des regionalen Sejmik-Marschall Zarebski diskutierten Jugendliche aus Schleswig-Holstein und der Partnerregion Pomorskie/Pommern mit Jugendlichen aus anderen Ostsee-Anrainerstaaten Perspektiven der Verständigung und Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Mit dieser gemeinsamen Initiative haben beide Partnerregionen ein Forum für die Verständigung der „Generation von morgen“ geboten.
19. Ministerpräsidentin Heide Simonis hat im März 2001 die „**Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein**“ gegründet, in der hochrangige Akteure des Gesundheitswesen und aus der Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit der Landesregierung daran arbeiten, den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein zu stärken. Im Mittelpunkt des Leitprojektes „Grenzüberschreitende medizinische Versorgung“ steht die Fortsetzung der „Patientenbrücke“ mit Norwegen sowie die Fortentwicklung der Kooperationsbeziehung mit Norwegen im Gesundheitsbereich (siehe unter MASGV).

20. In Zusammenarbeit mit der **Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (DiRZ)** beteiligt sich das MJF regelmäßig an dem jährlichen Richterhospitationsprogramm. Im Jahr 2001 hat eine Richterin aus Estland beim Landgericht Lübeck hospitiert. Für das Jahr 2002 ist mit weiterer Unterstützung des Hospitationsprogrammes zu rechnen.
21. Alle 2 Jahre finden unter der Leitung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Sozialgerichts und der LVA Schleswig-Holstein die **Nordischen Sozialrechtstage** statt. Diese Veranstaltung wird auch 2002 in der Zeit 12.-13. September in Lübeck durchgeführt. Es werden Gäste aus Ostsee-Anrainerstaaten erwartet.
22. Das gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern erarbeitete Projekt zur **Stärkung des Justizsystems in Estland** wurde im Rahmen des EU-Programms „PHARE Institution building“ im September 1999 begonnen und im September 2001 erfolgreich abgeschlossen. Mecklenburg-Vorpommern hat den Abschlussbericht vorgelegt.
23. In Kooperation mit dem Alexander-Herzen-Programm und gefördert durch den Europarat wurde in den Jahren 2001 und 2002 eine **Entwicklungspartnerschaft mit der Strafvollzugsverwaltung der Region Archangelsk** (Nord-Russland) aufgebaut. Im Zentrum stehen Beratungsaktivitäten zwischen den Vollzugsanstalten (z.B. Jugend, Frauen, Langstrafer) und den Ausbildungseinrichtungen für das Personal (Vollzugsschulen, Universität Archangelsk, Fachhochschule Kiel).
24. Gemeinsam mit den Partnerregionen Schleswig-Holsteins sollen im Rahmen der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität die Ursachen des organisierten Frauenhandels und der Zwangsprostitution eingehender beleuchtet und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen in ihren Heimatländern ergriffen werden. Die **Beratungs- und Koordinierungsstelle für Betroffene von Frauenhandel in Schleswig-Holstein – contra –**, in Trägerschaft des Nordelbischen Frauenwerks, vermittelt betroffene Frauen in enger Zusammenarbeit mit der entsprechenden Hamburger Beratungsstelle an Partnerprojekte im Ostseeraum.
25. Im Rahmen der **Ostseekooperation der Jugendarbeit** werden regelmäßig Austauschmaßnahmen zwischen Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und den Ostseeanrainerstaaten gefördert. Darunter u.a.:

- Projekte des **Landesjugendringes Schleswig-Holstein** wie z. B. die jährliche **Ostseejugendkonferenz**. Im Jahr 2001 stand sie unter dem Motto "Beteiligung und Demokratie". Die diesjährige Ostseejugendkonferenz findet vom 07.-14.09.2002 auf dem Knivsberg in Dänemark statt und behandelt das Thema "Minderheitenfragen in der Jugendarbeit". Ein Seminar zur Ostseejugendstiftung und zum Ostseefahrticket wurde im Dezember 2001 in Mözen durchgeführt und ein internationales Frauenseminar zum Thema "Partizipation und Lebensentwürfe von Frauen in der Jugendarbeit der Ostseeregion" vom 26.04. - 02.05.2002 in Mözen.
- die **Internationale Sommerakademie TRI-ANGEL** auf dem Jugendhof Scheersberg im August 2001. Die diesjährige Sommerakademie findet vom 26.07.-05.08.2002 unter dem Motto "Balance" statt.
- die **Sodalis-Seminare "Demokratieentwicklung"** in Kiel vom 15.-17.03.2002 und 28.-30.06.2002; Träger sind die Jungen Europäischen Föderalisten.
- ein **Kunst-Kulturprojekt "Kinder im Grenzland"** vom 05. -14.07.2002 auf dem Jugendhof Knivsberg in Dänemark. Träger ist der Deutsche Jugendverband für Nordschleswig.

26. Das seit 1999 von den Ländern Schweden, Finnland und Deutschland geförderte und beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelte **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** erhält seit 2001 auch eine finanzielle Zuwendung von den Ländern Norwegen und Estland. Für 2002 haben darüber hinaus Lettland, Litauen, Russland und Island ihre finanzielle Unterstützung zugesagt. Das Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten dient der Weitergabe von Informationen und der Koordination aller Formen gemeinsamer Aktivitäten im Bereich der Jugendpolitik zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit.

<b>Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)</b>
--

### **27. Partnerschaften von Schleswig-Holsteins Universitäten und Fachhochschulen**

Spannbreite und Intensität der Kooperationen schleswig-holsteinischer Hochschulen mit Partnerhochschulen im Ostseeraum hat sich weiter verstärkt. Über die bisherigen Kooperationsformen, wie dem Austausch von Studierenden mit Hilfe des Europäischen Mobilitätsprogramms Erasmus oder des Austauschprogramms des DAAD, der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen und Kreditpunkten im Rahmen des ECTS, von bilateralen Kooperationen im Rahmen von gemeinsamen

wissenschaftlichen Projekten, dem Austausch von Professoren und Professorinnen, von Dozenten und Dozentinnen, hinaus haben sich intensivere bilaterale, aber auch multilaterale Kooperationsformen entwickelt:

Komplette Studiengänge, die gemeinsam entwickelt, angeboten und international anerkannt sind, bis hin zu transnationalen Konsortien, die gleich mit mehreren Studiengänge netzbasiert und multimedial aufbereitet sich dem globalen Bildungsmarkt - sowohl in der Grundausbildung, aber auch in der berufsbegleitenden Fortbildung - öffnen. Die beteiligten Hochschulen leisten dabei einen qualitativ und quantitativ hochwertigen Beitrag zur Integration der Europäischen Bildungslandschaft und somit zur Beschleunigung des Bologna-Prozesses durch die Verbesserung der Qualität und Effektivität der Lehre, die Erleichterung des Zugangs aller zur Bildung und die Öffnung der Bildung für die Welt.

### ***Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel***

Die CAU hat ein weitgespanntes Netz von Kooperationsbeziehung im Ostseeraum aufgebaut und erweitert es kontinuierlich. So bestehen ***mehr als 20 Partnerschaftsverträge*** mit Hochschulen in Dänemark (Agrarwissenschaftliche und Veterinärmedizinische Universität Kopenhagen, Universität Kopenhagen), in Estland (Universität Tartu, Pädagogische Universität Tallin), in Finnland (Abo Akademi, Hochschule für Wirtschaft Helsinki, Universitäten Helsinki und Turku), in Litauen (Medizinische Akademie Kaunas), in Polen (Sporthochschule Danzig, Universitäten Danzig, Oppeln, Posen und Stettin, Medizinische Akademie Posen, Landwirtschaftliche Hochschule Warschau, Hochschule für Ökonomie Warschau, in Russland (Universität Kaliningrad) und in Schweden (Universitäten Linköping, Lund, Stockholm, Uppsala und Växjö).

Die ***Ostseeinitiative der CAU „Science without frontiers“*** hat sich im Berichtszeitraum weiterentwickelt. Die ***„Baltic Summer School“***, eine Gemeinschaftsinitiative der Medizinischen Fakultäten der CAU und der U Lund und U Kopenhagen, die in 2000 in Kiel stattfand, wird erfolgreich fortgeführt. Die ***„Kiel Summer School (KISS)“*** an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät richtet sich vor allem an junge Nachwuchskräfte aus den osteuropäischen Raum, u.a. auch an Teilnehmer aus den Ostseeanrainerstaaten. Weitere Kooperationsverbünde im Rahmen von „Science without frontiers“ sind in Vorbereitung. Geplant ist z.B. die Einrichtung eines Masters of International Studies mit Partnern im Ost- und Nordseeraum.

Darüber hinaus existieren 102 Partnerschaften im Rahmen des europäischen Mobilitätsprogramms ***Erasmus/Socrates*** in der Ostseeregion.

Die CAU war Partner in einem von der Universität Riga (Lettland) initiierten Tempus-Projekt zur Verwaltungsreform.

#### ***Universität Lübeck (UL)***

Die UL pflegt die Partnerschaft im Bereich der Medizin mit der Universität Tartu (Estland) sowie Erasmus-Austauschprogramme im Bereich der Informatik mit den Universitäten Linköping (Schweden) und Tampere (Finnland). Die neu gegründete International School of New Media (ISNM) plant Kooperationen mit den Universitäten St. Petersburg (Russland), Vilnius (Litauen), Tallin (Estland), Kopenhagen und Aarhus (Dänemark) sowie mit Lund und Malmö (Schweden).

#### ***Universität Flensburg (UF)***

Die UF unterhält Partnerschaften zu Hochschulen in Dänemark (Frederiksborg Seminarium, Technische Universität Lyngby), in Finnland (Aabo Akademi Turku, Joensuu Yliopisto, Jyväskylän Yliopisto), in Schweden (Högskolan Trollhättan/ Uddevalla) und in Polen (Universität Gdansk). Weiterhin erfolgreich laufen die ***deutsch-dänischen Studiengänge*** „Kultur- und Sprachmittler“ sowie „Energie- und Umweltmanagement“ mit der Syddansk Universität in Sonderburg. In beiden Studiengängen wurden im WS 2001 etwa 100 Deutsche und Dänen aufgenommen. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt aktuell etwa 300.

#### ***Musik-Hochschule Lübeck***

Die Musikhochschule Lübeck und die Sibelius Akademia in Helsinki (Finnland) sind neben 15 weiteren Hochschulen Mitglied in der ABAM (Association of Baltic Academies of Music), einem internationalen Zusammenschluss von Musik- und Theaterhochschulen im Ostseeraum.

#### ***Fachhochschule Flensburg***

Die FH Flensburg bietet Austausch-Studienplätze in Partnerhochschulen in Dänemark (Syddansk Universitet Sonderburg, Handelshochschulen Arhus und Kopenhagen), Schweden, Finnland (U Helsinki), Polen und Litauen (U Vilnius) an. Hervorzuheben ist das Projekt „VINETA“, wo Lehrmodule für virtuelle, internetgestützte Ausbildungskomponenten in der internationalen Fachkommunikation entwickelt werden. Die Erprobung der Fernlehrmodule erfolgt in den drei baltischen Partnerhochschulen in Ventspils, Tartu und Vilnius.

#### ***Fachhochschule Kiel***

Die FH Kiel unterhält ein dichtes Netz von Partnerhochschulen im Ostseeraum. So

kooperiert der Fachbereich Bauwesen mit der Ingenieurhochschule Horsens (Dänemark), mit der TU Tallin (Estland) und der Universität für Wasserbau in St. Petersburg (Russland). Der Fachbereich Informatik und Elektrotechnik kooperiert mit der Syddansk Universitet in Esbjerg und Odense sowie dem Engineering College in Arhus (alles Dänemark), mit der TU Tallin (Estland), mit der Häme Polytechnic in Riihimäki und der Vaasa/Mikkeli Polytechnic (Finnland), der University of Technology in Kaunas (Litauen).

Der Fachbereich Landbau kooperiert mit der University of Agriculture in Jelgava (Litauen). Der Fachbereich Maschinenwesen hat Partnerschaften zur Ingenieurhochschule in Arhus (Dänemark), zur Häme Polytechnic in Riihimäki (Finnland) und zur University of Technology in Kaunas (Litauen) sowie zur Silesian University of Technology in Gliwice (Polen).

Der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit kooperiert mit der Universität Aalborg, der National School of Social Sciences in Frederiksberg und dem Staatsseminarium in Haderslev (alles Dänemark), der PH Tallinn (Estland), den Polytechnics in Helsinki, Seinäjoki und Vantaa (alles Finnland), der Universität Archangelsk (Russland) sowie den Universitäten in Lulea, Göteborg und Lund (alles Schweden). Der Fachbereich Wirtschaft kooperiert mit dem Institute of Law in Tallin (Estland), der Polytechnics in Mikkeli, Salo und Vaasa (alles Finnland), den Universitäten Gdansk, Krakow und Lodz (alles Polen) sowie der Mälardalens Högskola in Västerås (Schweden). Diese Partnerschaften bieten den Studierenden Doppeldiplome an.

Der Fachbereich Maschinenwesen ist darüber hinaus auch Partner des „Baltic Sea Virtual Campus“ (siehe FH Lübeck).

### ***Fachhochschule Lübeck***

Die FH Lübeck kooperiert mit Partnerhochschulen in Finnland, Dänemark, Schweden, Lettland und Litauen. Eine Besonderheit ist der Studiengang „Internationales Studium für Gestaltung und Informationstechnologie“, der gemeinsam mit der Design Hochschule Kopenhagen (Dänemark) angeboten wird. Hier werden nicht vorhandene Lehrkompetenzen der jeweiligen Hochschule gegenseitig ergänzt.

Die von der FH Lübeck aus der Virtuellen Fachhochschule entwickelte Vision eines „**Baltic Sea Virtual Campus**“ hat sich vielversprechend weiterentwickelt. Aus der Ende 2000 vorgelegten Machbarkeitsstudie ist ein Projekt im Rahmen von Interreg III B entstanden. Zwanzig Partner aus allen Ostsee-Anrainerstaaten werden sich daran beteiligen. Geplant sind vorerst fünf zukunftsweisende und wirtschaftsnahe online-Studiengänge, die auf einer gemeinsamen Systemplattform von den Partnern des Konsortiums entwickelt und vermarktet werden sollen. Die Federführung dieses

ehrgeizigen Projektes liegt bei der FH Lübeck.

Es ist weltweit der erste Versuch von Hochschulen, grenz- und hochschulübergreifend ein gemeinsames Lehrprogramm anzubieten. Schwerpunkt ist die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung. Ende Mai 2002 ist der Projektantrag mit einem Gesamtvolumen von 3,3 Mio EURO genehmigt worden.

Geplant ist weiterhin, das vorhandene Studienangebot „Internationales Wirtschaftingenieurwesen“, das seit Jahren erfolgreich mit der Milwaukee School of Engineering (USA) durchgeführt wird, auf den Ostseeraum auszudehnen. Geplante Partner sind dabei die Universitäten Vaxjö, Kristianstad und Malmö (Schweden), die Kymenlaakson Ammattikorkeakoulo in Kotka (Finnland) sowie die TU Riga.

### ***Fachhochschule Wedel***

Die private FH Wedel bietet Auslandsemester für den Studiengang International Business Management an der Business Polytechnic Helsinki und der Universität Helsinki (Finnland) sowie an der Universität St. Petersburg an. Mit der Hochschule in Skövde (Schweden) besteht ein Abkommen zur Verleihung von Doppelabschlüssen in Computer Science.

### ***Fachhochschule Westküste***

Die FH Westküste unterhält Partnerschaften zur Hochschule in Ventspils (Lettland), der University of Trollhättan / Uddevalla (Schweden) und zur Handels- og Ingeniørskolen in Herning (Dänemark).

### ***Fachhochschule für Kunst und Gestaltung (Muthesius-Hochschule)***

Die MH kooperiert mit der Universität Lund (Schweden) und organisiert ein Seminar für Interaktive Medien der Kunsthochschulen u.a. mit der Universität Helsinki (Finnland).

28. Das 1995 als eine der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angegliederte, selbstständige wissenschaftliche Einrichtung des Landes gegründete **Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF)** beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion.

29. Die Umsetzung **der regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum („Baltic-21“)** umfasst im Bereich der Bildung die Hochschulen (higher education), Schulen (education) und weitere Bildungseinrichtungen (non formal education). In den beiden erstgenannten Bereichen hat das MBWFK Deutschland im Kreise der Baltic 21-Staaten vertreten. Eine Konferenz der Bildungsminister der Ostsee-Anrainerstaaten

hat am 24./25. Januar 2002 eine Agenda 21 für Bildung in der Ostsee-Region (mit dem Kürzel Baltic 21 E) angenommen. Bei der weiteren Arbeit werden die Länder Schweden und Litauen wie bisher den Vorsitz haben; Schleswig-Holstein wird für Deutschland die weitere Koordination im Bereich der Bildung übernehmen.

30. Im Bereich **Lehrerfortbildung und Schüleraustausch** sollen folgende Projekte gesondert hervorgehoben werden:

- Ein **Austausch von Sprachassistenten** erfolgt im Rahmen des EU-Förderprogramms SOKRATES, COMENIUS 2.2b. Im Schuljahr 2001/2002 waren vier ausländische Studentinnen aus Schweden, Polen, Frankreich und Italien als Sprachassistenten für 4 - 7 Monate an Schulen in Schleswig-Holstein eingesetzt. Gleichzeitig konnten fünf schleswig-holsteinische Studentinnen und Studenten für einen drei- bis achtmonatigen Aufenthalt nach Finnland, Schweden, Großbritannien, Frankreich und Spanien vermittelt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.
- Mit jetzt 230 Schulen aus Schleswig-Holstein, die einen regelmäßigen Schüleraustausch mit Ostseeanrainerstaaten pflegen, ist ein dichtes Netz von **Schulpartnerschaften** ausgebaut.
- Ergänzt werden sie durch die Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen am EU-Bildungsprogramm Sokrates II beteiligt: Bei der Aktion **Comenius 1 (Schulpartnerschaften)** wurden rund 50 Projekte mit insgesamt 31 Partnern in der Ostseeregion durchgeführt.

31. Das **Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPTS)** ist seit 1997 an mehreren von der EU geförderten Projekten beteiligt gewesen, bzw. hat diese initiiert. So war das IPTS von 1997-2000 koordinierende Dienststelle für das u.a. mit Finnland in drei Jahren durchgeführte Projekt "Autonomere Schulen - Förderung von Eigeninitiative und Selbstmanagement." Es wurde ein Leitbild zur Seminararbeit in der Lehrerbildung entwickelt, das Eingang in die Referendarausbildung der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer gefunden hat.

Das IPTS führte von 1997-2001 u.a. mit Dänemark im Rahmen des Sokrates-Programms "Interkulturelle Pädagogik in Praxis und Theorie" ein Projekt, "Das bin ich - international" durch. Unter der Leitung des IPTS wurde für Deutschland mit einem internationalen Team u.a. aus Dänemark, ein multimediales Materialpaket für Erzieherinnen und Lehrkräfte für eine integrative, interkulturelle Arbeit entwickelt.

Das Materialpaket steht Kindergärten und Grundschulen seit 2001 zur Verfügung.

Das vom IPTS gemeinsam mit Dänemark und Großbritannien durchgeführte und von der EU geförderte Projekt "FLIPS"- Fremdsprachenlernen in der Primarstufe (1997-1999) - ist ebenfalls abgeschlossen. Es wurden im Rahmen dieses Projektes Lehr- und Lernmaterialien für Englisch und Dänisch entwickelt und an die Schulen verteilt.

Das ebenfalls vom IPTS (1998-2001) gemeinsam mit Dänemark durchgeführte und von der EU geförderte Projekt "LEDU" - Lehrmittel für den Dänischunterricht ist mit diesem Jahr abgeschlossen worden. Es wurden schulartübergreifende Lehr- und Lehrmaterialien für den Dänischunterricht entwickelt und im Frühjahr 2002 an die Schulen ausgeliefert.

Das neueste Projekt Leonardo da Vinci "TEAK WOOD" läuft seit Anfang des Jahres 2002 zwischen dem IPTS-Landesseminar für berufsbildende Schulen und dem Skive Technical Institut in Dänemark. Es befasst sich mit der Lehrerqualifikation in den holzverarbeitenden Berufen (Laufzeit 2001-2003).

32. **Fremdsprachenlernen in der Grundschule:** In der Grundschule lernen die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 3 nach dem integrierten Fremdsprachenkonzept eine Fremdsprache; Vorrang haben dabei Englisch und Dänisch. Seit Beginn des Berichtszeitraumes 1998 ist das Fremdsprachenlernen in der Grundschule schrittweise ausgebaut worden. Im Schuljahr 2001/2002 wird bereits an jeder zweiten Grundschule eine Fremdsprache gelehrt. Die flächendeckende Einführung wird für das Schuljahr 2004/2005 angestrebt.
33. **Bilingualer Unterricht** in Schleswig-Holstein wird jetzt bereits an jedem fünften Gymnasium erteilt. Damit ist die Aufbauphase abgeschlossen. In erster Linie wird das Fach Erdkunde auf Englisch unterrichtet, an zunehmend mehr Schulen bis zur Hochschulreife. Weitere bilinguale Fächer sind Geschichte und Biologie. Der bilinguale Unterricht ist jetzt fester Bestandteil eines zusätzlichen Unterrichtsangebotes an den Gymnasien.
34. Die im Jahr 1999 begonnenen Projekte „**Schulen ans Netz**“ und „**Schulen im Netz**“ sind in Schleswig-Holstein beendet. Jede Schule hat jetzt einen Internetzugang, und die zunehmende Vereinheitlichung der Schulcomputer und -netze erleichtert die Nutzung für Lehrende und Lernende. Der jetzige nachfolgende Schwerpunkteinsatz eines Schulungsnetzes zur kostenfreien Ausbildung aller Lehrkräfte zur Arbeit mit

Computern im Unterricht erhöht deren Qualifikation. Der Landesbildungsserver stellt als regionale Bildungsplattform multimediale Inhalte zur Verfügung und wird weiter zu einem Wissens- und Kommunikationsportal ausgebaut. Er verzeichnet jeden Schultag etwa 200.000 Zugriffe.

### **35. Verkürzung der Schul- und Studienzeiten:**

Schülerinnen und Schüler, die nach acht Jahren am Gymnasium ihr Abitur bestanden haben, sind in der Lage, ihre Ausbildung bei gleicher Qualifikation früher abzuschließen und werden damit auf dem europäischen Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

Daher hat Schleswig-Holstein die Möglichkeit eröffnet, die Schulzeit an Gymnasien zu verkürzen. An drei Gymnasien wurde erstmals im Schuljahr 2001/02 ein Bildungsgang angeboten, der den Erwerb des Abiturs nach 12-jähriger Schulzeit ermöglicht. Im Schuljahr 2002/2003 wird dieser Modellversuch erheblich ausgeweitet und an insgesamt acht Schulen durchgeführt. Dabei werden die wesentlichen Fächerinhalte und methodischen Fertigkeiten des gymnasialen Bildungsganges bis zum Eintritt in die letzten beiden Schuljahre (die Qualifikationsphase der Oberstufe) in sechs statt in sieben Jahren erarbeitet sein und beherrscht werden.

Die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach dem Prinzip der freien Schulwahl. Abgebende und aufnehmende Schulen werden die Eltern dahingehend beraten, dass das Angebot für schnell lernende Schülerinnen und Schüler mit einem breiten Begabungsspektrum gedacht ist. Das anerkennt hohe Niveau des schleswig-holsteinischen Abiturs bleibt sowohl in den neunjährigen als auch in den achtjährigen gymnasialen Bildungsgängen erhalten.

### **36. "Netzwerk der Berufsschulen Sønderjylland/Schleswig" (NetBS)**

Seit 1999 wird mit Unterstützung des Interreg-Programmes des EU das Netzwerk der Berufsbildenden Schulen in der Region Sønderjylland/Schleswig errichtet. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv. Mit einem weiteren Projekt ab 2002 streben die Projektpartner, auf deutscher Seite durch das MBWFK und die Städtische Handleslehranstalt Flensburg (HLA), auf dänischer Seite durch das Erhvervs Uddannelses Center Syd (EUC Syd) vertreten, den weiteren Aufbau und die Vertiefung einer strukturierten zukunftsorientierten und europäisch ausgerichteten Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung an. Das Vorhaben schließt auch Unternehmen der Region ein.

Übergeordnetes Ziel ist es, über die Projekte die Entwicklung in der Grenzregion zu stärken und die bestehenden Ressourcen im Hinblick auf den zukünftigen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt weiter zu entwickeln. Insbesondere im kultu-

rellen und sprachlichen Bereich sowie in der Fachausbildung wird dies durch die Projekte geschehen.

37. Unter der Federführung des Landes Schleswig-Holsteins übernimmt seit August 2000 für drei Jahre die Bundesrepublik Deutschland die Koordination des **Baltic-Sea-Project**, einem regionalen Programm der Ostseeanrainerstaaten im Schulnetz der **UNESCO-Projektschulen**. Das Projekt läuft seit 1989 und wird alle drei Jahre wechselnd von den nationalen UNESCO-Kommissionen der Ostseeanrainer koordiniert. Schulen, Lehrer und Erziehungsbehörden aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Litauen, Lettland, Polen, Russland und Schweden arbeiten zusammen, um das Engagement der Schüler für Umwelt, Mensch und Natur zu steigern.
38. Vorgesehen ist die Erweiterung der Arbeitsgruppe „**Cercles Europe**“ (Zusammenarbeit im schulischen Bereich) mit den Regionen Pays de la Loire (Frankreich), Emilia Romagna (Italien), Nordirland, Republik Irland, Balaton (Ungarn) um die Region Skåne (Schweden).
39. Der **internationalen Kulturkooperation** kommt wachsende Bedeutung für Schleswig-Holstein zu. Die **Ostseeregion** hat dabei eine besondere Bedeutung für das Land: Die Staaten und Regionen rund um das Mare Balticum teilen gemeinsame historische Wurzeln und kulturelle Traditionen, gemeinsame Probleme und Interessen. Neben dem Kultur-Netzwerk Ars Baltica legt die Landesregierung ein besonderes Gewicht auf den Kulturaustausch im Rahmen der Regionalpartnerschaften im Ostseeraum.  
Im Berichtszeitraum wurden wieder zahlreiche kulturelle Kooperationsprojekte und Veranstaltungen durchgeführt, viele davon wurden auch im Rahmen der Möglichkeiten vom MBWFK gefördert.
40. **Kultureller Schwerpunkt des Jahres 2001** war der **Ostseeneachbar Finnland**. Der Schwerpunkt des **Schleswig-Holstein Musik Festivals** stand ganz im Zeichen Finnlands und war ein überragender Erfolg beim Publikum. Eröffnet wurde der musikalische Länderschwerpunkt des Jahres 2001 in Anwesenheit der Präsidentin der Republik Finnland, Tarja Halonen, mit dem Schleswig-Holstein Musik Festival-Orchester unter der Leitung des finnischen Star-Dirigenten Esa-Pekka Salonen. Eine bedeutende Tradition aus der Anfangszeit der Orchesterakademie, die Dirigierkurse mit Leonard Bernstein, wurde im Zuge des Länderschwerpunktes 2001 wieder aufgenommen.

**“Finnland lauschen”** - dieser Aufforderung folgten zahlreiche Festival-Besucher: Mit mehr als 120.000 Besuchern war der musikalische Festivalsommer 2001 ein großer Publikumserfolg. Das Schleswig-Holstein Musik Festival verzeichnete einen Anstieg der prozentualen Platzauslastung gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozentpunkte.

Eine Tournee des **SHMF-Festival Orchesters** mit Gideon Kremer und Christoph Eschenbach durch den Ostseeraum begeisterte Publikum und Presse bei Konzerten in Tallinn, Riga, Helsinki und Kopenhagen.

In **Kooperation mit verschiedenen finnischen Partnern**, insbesondere aus der schleswig-holsteinischen Partnerregion Ostbottnien, wurde der **Kultursommer 2001** im Bereich Literatur, Bildende Kunst und Film unter dem Schwerpunktthema "Finnland" realisiert. Sowohl bemessen an der Anzahl der beteiligten Institutionen als auch an den Besuchern der Veranstaltungen war es der bis dahin erfolgreichste Kultursommer mit einem Länderschwerpunkt.

**Finnische Ausstellungen in 34 Museen und Ausstellungshäusern** des Landes, zum Teil mit Unterstützung des Museumsamtes, haben einen ganz besonderen Akzent gesetzt. Besonders hervorzuheben sind beispielsweise die Ausstellungen "Utopia"- Revolutions on Request (ROR)" in der Kieler Kunsthalle (22.07.-16.09.2001), "Alvar Aalto - Berlin, Bremen, Essen, Wolfsburg" in der St. Petri-Kirche in Lübeck (22.07.-30.08.2001) und "Missale Aboense - das älteste Buch Finnlands" im Museum Behnhaus in Lübeck (22.07.-19.08.2001).

Weiterhin trugen MBWFK und Museumsamt zum Zustandekommen zweier deutsch-finnischer Malersymposien in Finnland und in Deutschland bei, deren Ergebnisse in einer Auswahl unter dem Titel "Auf den Spuren von Jean Sibelius" in der Papierfabrik in Neumünster (20.07.-02.09.2001) und im Landeskulturzentrum Salzau (21.04.-2.6.2002) präsentiert wurden. Im Anschluss daran soll die Ausstellung nach Finnland wandern.

Koordiniert durch das Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V., fanden zahlreiche **Lesungen finnischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen** statt. Bei Autorenlesungen waren Lassi Nummi, Märta Tikkanen, Marjaleena Lembcke oder M.A. Numminen zu hören, in Kiel wurde ein finnischer Lyrikerparcours installiert, in Flensburg erlas man sich die finnische Frauenliteratur und in Eutin das Mysterium der finnischen Wälder.

Das Kommunale Kino und das Veranstaltungszentrum Die Pumpe in Kiel prä-

sentierten außerdem ausgewählte **finnische Filme**.

Die **finnische Partnerregion Ostbottnien** und MBWFK haben eine **Kultur-arbeitsgruppe** eingerichtet, die sich für die Zukunft einen regelmäßigen Austausch zur Koordination und Besprechung ggf. gemeinsam zu fördernder Projekte zum Ziel gesetzt hat. Die Arbeitsgruppe tagte erstmals im April 2002.

41. Die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark** und hier insbesondere mit der **Region Sønderjylland** kann als erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum bezeichnet werden. Eine gemeinsame Recherche des MBWFK mit dem Kultursekretariat des Amtes Sønderjylland zeigt für den Zeitraum 1998-2002 über 65 Kooperationen zwischen Kulturschaffenden und Institutionen beider Regionen.

Die Kulturkooperationen konzentrieren sich auf die Grenzregion, aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden. Insbesondere in den Sparten **Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater (speziell Kindertheater)** kann eine intensive kulturelle Kooperation auf allen Ebenen festgestellt werden.

42. Die **kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen** gestaltet sich zunehmend enger. Eine seit 2001 regelmäßig tagende Kulturarbeitsgruppe zwischen dem MBWFK und den Partnern von **Eastern Norway County Network** hat die Aufgabe übernommen, den Informationsaustausch zu verbessern und gegebenenfalls gemeinsam zu befördernde Projekte anzuregen und zu beraten. Daraus hervorgegangen ist beispielsweise eine Kooperation des Landesmusikrates e.V. mit dem norwegischen Cultural Youth Festival. In 2002 bereitete der Landesmusikrat e.V. eine mögliche Teilnahme von einigen Jugendlichen aus Schleswig-Holstein an dem jährlich stattfindenden Festival in Norwegen als Pilotprojekt vor.

Gemeinsam haben beide Partner sich auch um die finanzielle Absicherung und Hilfe bei den Vorbereitungen der im Jahr 2003 stattfindenden Ausstellung "Edvard Munch in Lübeck" im Museum für Kunst und Kulturgeschichte: St. Annen-Museum / Behnhaus-Drägerhaus bemüht.

Darüber hinaus sah eine Ausstellung des Bundesverbandes Bildender Künstler - Landesverband Schleswig-Holstein im Brunswiker Pavillon in 2002 zurück auf eine

erfolgreiche Kooperation zwischen dem Künstlerhaus Eckernförde und dem Künstlerhaus in Ekely bei Oslo: "10 Jahre Oslo-Ekely-Stipendiaten des Landes Schleswig-Holstein".

Darstellende Künstlerinnen aus Norwegen sind im Rahmen des 2001 mit großem Erfolg in Kiel veranstalteten 2. Internationalen Monodramafestivals THESPIS aufgetreten, bei dem in verstärktem Maße Kontakte zu den professionellen Solo-Künstlerinnen und Künstlern in den Ländern der Ostseeregion geknüpft werden.

43. Im Rahmen des **Kulturaustausches mit Polen** wurden durch das MBWFK Projekte wie das Polnische Kulturwochenende der Polnisch-Deutschen Soziokulturellen Gesellschaft in Lübeck oder eine Malerei- und Bildhauerwerkstatt des Deutsch-Polnischen Kulturkreises in Kiel gefördert. Darüber hinaus erhielt eine Künstlerin aus Poznan ein Stipendium des Gedok-Künstlerhauses in Lübeck.
44. In die **Partnerregion Kaliningrad** reiste für ein Gastspiel das Kieler Theater "Die Komödianten" im April 2001 mit Förderung u.a. des MBWFK. Im Gegenzug ist das Deutsche Nationaltheater Kaliningrad im September 2001 in Kiel aufgetreten. Die Partner sind bestrebt, diesen Austausch auch in Zukunft fortzusetzen. Der Bundesverband Bildender Künstler - Landesverband Schleswig-Holstein stellte - mit Unterstützung des schleswig-holsteinischen Landtags - im Frühjahr 2002 Arbeiten schleswig-holsteinischer Künstlerinnen und Künstler in zwei Ausstellungen in Kaliningrad aus.
45. Die **fünfte Konferenz der Ostseekulturminister** fand vom 18.-19.9. 2001 unter dänischem Vorsitz in Kopenhagen statt. Schleswig-Holstein wurde durch die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur vertreten. Die deutsche Delegation (S-H, HH, M-V) wurde vom Auswärtigen Amt geführt. Schwerpunkt der Tagung war ein Informations- und Meinungsaustausch zum breit definierten Thema "Kulturelles Erbe" sowie eine Bestandsaufnahme der kulturellen Zusammenarbeit seit der 4. Konferenz in Danzig 1999.
- Hervorzuheben ist insbesondere die Diskussion um den Schutz des Kulturellen Unterwassererbes, hier wurde ein weiterer Prüfauftrag in die Experten-Arbeitsgruppe gegeben und die deutsche Delegation konnte einen zusätzlichen Experten in die Arbeitsgruppe entsenden. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Bereich des ostseeweiten Kulturtourismus wurden erstmals erörtert und Russland erklärte sich bereit, nach entsprechenden internen Ressortabstimmungen in allen Ländern zu einem Expertenworkshop zu diesem Thema zu laden. Die Ost-

seekulturministerkonferenz ließ sich außerdem über die Arbeit und die Strukturveränderungen im Rahmen der Kulturinitiative Ars Baltica unterrichten und bezeichneten diese als wichtige multilaterale Institution für die weitere Entwicklung der Kulturkooperation in der Region.

46. Unter dem Dach der **Kulturinitiative Ars Baltica** existiert auch weiterhin eine grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die Kulturinitiative Ars Baltica ist eine informelle Plattform der multilateralen kulturellen Kooperation im Ostseeraum und wurde 1990 auf Initiative Schleswig-Holsteins ins Leben gerufen. Sie ist seither ein Schwerpunkt des Internationalen Kulturaustausches der Landesregierung. Ziel dieser informellen Zusammenarbeit ist es, gemeinsame kulturelle Kooperationsprojekte anzuregen, deren Finanzierung zu unterstützen und damit die kulturelle Identität der Region zu befördern. Kulturschaffende und Kulturinstitutionen aus allen Ostseeländern können Projekte initiieren, anregen und daran teilnehmen.

Die Aktivitäten von Ars Baltica werden seit dem Jahr 2000 von einem gewählten Präsidenten (2000 + 2001: Finnland, ab 2002 : Schweden) und einer Geschäftsstelle (2000 - 2003: Estland) koordiniert. Die Geschäftsstelle wird vom MBWFK und anderen westlichen Teilnehmerländern finanziell unterstützt. Kristallisationspunkt der Initiative sind die geförderten Kulturprojekte vor Ort sowie der Online-Auftritt der Kulturinitiative, der von der Geschäftsstelle betrieben wird.

Das kulturelle Netzwerk Ars Baltica hat mittlerweile nationale wie internationale Anerkennung gefunden. So hat der Ostseerat die Initiative mehrfach als erfolgreiches Modell kultureller Kooperation gewürdigt.

Während der ersten Jahre des Bestehens der Kulturinitiative hat es 4 - 10 ausgewählte multilaterale Projekte und Events pro Jahr gegeben, die das Ars Baltica-Label trugen. Diese Zahl ist ständig gestiegen. Im Jahr 2002 werden es über 20 multilaterale Kulturprojekte um die Ostsee herum sein. Zunehmend schwieriger gestaltet sich allerdings aufgrund der finanziellen Situation die Förderung von Ars Baltica-Projekten.

Im Berichtszeitraum konnten auf Initiative Schleswig-Holsteins einige viel beachtete Gemeinschaftsprojekte realisiert werden:

- **JazzBaltica**, das seit 12 Jahren stattfindende dreitägige Jazzfestival im Landeskulturzentrum Salzau und Magnet für das Publikum, hat sich ursprünglich aus

der Kulturinitiative Ars Baltica entwickelt. Heute wird es in der Fachwelt als ein wichtiges internationales Jazz-Festivals gewürdigt.

- Die **2. Ars Baltica-Triennale der künstlerischen Fotografie "Can you hear me"** wurde maßgeblich in Regie des MBWFK organisiert und konzipiert und zwischen Ende 1999 und Mitte 2001 erfolgreich in Städten rund um die Ostsee gezeigt. Stationen der Ausstellung waren Kiel, Rostock, Dresden sowie Vilnius(Litauen), Bergen (Norwegen) und Espoo (Finnland).  
Die **3. Ars Baltica-Triennale der künstlerischen Fotografie** befindet sich derzeit in der Vorbereitung, die Durchführung ist noch nicht gesichert.
- Im Rahmen des Projekts **"Arts in Hospital"** gestalteten auf Initiative des Zentrums für Nervenheilkunde der Universität Kiel in 2000 und 2001 fünf Künstlerinnen und Künstler aus Lettland, Dänemark und Norwegen den Innenhof der Nervenklinik mit künstlerischen Installationen um. Ziel des Projekts ist es u.a., dem Patientenanspruch auf ganzheitliche Behandlung zu entsprechen und für die Patienten eine angenehme Atmosphäre zu gestalten.
- Auch die **Teilnahme schleswig-holsteinischer Künstlerinnen und Künstler** an Ars Baltica-Projekten in Partnerländern konnte ermöglicht werden, wie zum Beispiel an der **Rauma Biennale Balticum** und **Port of Art** in Finnland.
- Die seit mehreren Jahren vorbereitete **Ausstellung "Baltic Rococo - Fayancen des Ostseeraums"** wird nach intensiven Bemühungen zur finanziellen Absicherung dieses Ars Baltica-Projekts nunmehr realisiert werden können. Die Ausstellung will die Keramiken in ihrer künstlerischen und historischen Bedeutung für die Ostseeregion insgesamt und für die schleswig-holsteinische Kunstregion insbesondere vorstellen. Projektpartner und Ausstellungsstationen werden zwischen Sommer 2003 und Anfang 2004 das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum Schloss Gottorf, Nordiska Museet in Stockholm, Det Danske Kunstmuseum in Kopenhagen und das Museum of Foreign Art in Tallinn sein.

47. Im Rahmen des transnationalen **Projekts STRING (südwestliche Ostsee)** haben im März 2002 vier kulturelle Kooperationsprojekte Antrag auf INTERREG III B-Förderung gestellt; MBWFK, Staatskanzlei und Projektträger tragen in unterschiedlichem Maß zur Kofinanzierung bei. Die Konzeption der Projekte wurde von der Landesregierung beratend begleitet.

- Das **STRING- Cultural Forum** soll als Netzwerk der Kulturverwaltungen gebildet werden, um die kulturellen STRING-Projekte zu beraten und zu begleiten und neue kulturelle Projekte in regionaler Zusammenarbeit für die Zukunft zu entwickeln.

- Das **STRING-TV-Projekt** will eine verbesserte Zusammenarbeit der TV-Regionalstudios mit dem Ziel einer gemeinschaftlich produzierten und in allen beteiligten Ländern ausgestrahlten Fernsehsendung (Produktion einer Pilot-sendung) erreichen. Für Schleswig-Holstein ist der NDR in Kiel beteiligt.
- Das **STRING-Design-Projekt** will zur Förderung der überregionalen Mobilität und Zusammenarbeit von jungen Designern, Design-Ausbildungszentren und Design-Firmen beitragen. Aus Schleswig-Holstein sind die Muthesius-Hochschule in Kiel und die Design Initiative Nord e.V. an dem Projekt beteiligt.
- Das **STRING-Projekt Wikinger-Netzwerk** beinhaltet die Zusammenarbeit von Museen und wissenschaftlichen Instituten bei der Forschung, Vermittlung und Vermarktung sämtlicher Aspekte der wikingerzeitlichen Geschichte. Denn die Wikinger sind die gemeinsamen Vorfahren der heutigen Bevölkerung der STRING-Region und hier finden sich auch alle wichtigen Siedlungs- und Handelsplätze der Wikinger. Für Schleswig-Holstein ist an dem Projekt das Archäologische Landesmuseum der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landes-museen beteiligt.

48. Die **Nordischen Filmtage Lübeck** gehören zu den traditionsreichsten europäischen Filmfestivals und stellen das größte internationale Kulturereignis in Lübeck dar. Die Nordischen Filmtage Lübeck sind ein skandinavisches und baltisches Filmfestival auf deutschem Boden. Partner des Festivals sind die Filminstitute der jeweiligen Länder und deren gemeinschaftliche Institutionen (Scandinavian Films, Baltic Films, Nordic Film & TV Fund). Sie geben die Filme, vermitteln die Kontakte zu den Regisseuren und Produzenten, übernehmen anteilig Reise- und Transportkosten, sorgen in einigen Fällen für die Untertitelung und tragen durch zusätzliche Förderung zur Finanzierung des Festivals bei. Hier können die Produzenten vor einem begeisterten Publikum ihre Filme exklusiv präsentieren, hier können sie in überschaubarer Atmosphäre deutsche Partner treffen und langfristige Kontakte knüpfen. Deutsche Ankäufer können sich in Lübeck einen guten Überblick über die Produktion in den skandinavischen und baltischen Ländern verschaffen.

Die **42. Nordischen Filmtage Lübeck** im Jahr 2000 standen ganz im Zeichen des skandinavischen Kriminalfilms. Eine Vielzahl der 112 präsentierten Werke beschäftigte sich mit der filmischen Umsetzung literarischer Vorlagen aus der lebendigen nordischen Krimi-Szene. Highlight des Themenschwerpunktes war die Verfilmung des Henning Mankell-Romans "Die weiße Löwin". Außerhalb des Themas Krimi dominierten Geschichten aus dem Alltag. Denn skandinavische Autoren verstehen sich seit jeher nicht nur als Künstler, sondern ebenso als

ambitionierte Gesellschaftskritiker. Insbesondere die jungen Filmemacher aus dem Norden überzeugten die Zuschauer mit handwerklichem Können wie mit phantasievollen Stoffen und so konnten die Nordischen Filmtage ihrem Ruf als Publikumsfestival wieder alle Ehre machen. Mit Liv Ullmann lag in diesem Jahr ein besonderer Glanz über dem Filmfestival. Die große norwegische Filmdame präsentierte in Lübeck persönlich ihre vierte und aktuelle Regiearbeit in einer deutschen Erstaufführung.

Die **43. Nordischen Filmtage Lübeck** in 2001 konnten nicht nur mit einer Vielzahl deutscher und internationaler Premieren aufwarten, sondern auch die Oscar-Kandidaten aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden in ihrem Wettbewerb vereinen. Das ist keinem anderen Festival gelungen und hat in der Branche aufhorchen lassen. Die Beteiligung von Produzenten aus den skandinavischen Ländern und Kinoverleihern aus Deutschland war so stark wie nie zuvor. Die 43. Nordischen Filmtage Lübeck hatten über 17.000 Besucher in dreieinhalb Tagen, über 700 akkreditierte Teilnehmer aus Presse, Film- und Medienbranche und attraktive Ehrengäste, darunter die Botschafter aller beteiligten nordischen Länder, die Vorsitzende von Scandinavian Films und frühere Norwegische Kulturministerin Åse Kleveland und viele prominente Regisseure und Schauspieler aus Deutschland und den skandinavischen und baltischen Ländern.

49. Der Verein **Kulturelle Filmförderung Schleswig-Holstein e.V.** unterhält zahlreiche Kontakte zur Filmszene des Ostseeraums. Viele etablierte jährlich wiederkehrende Veranstaltungen prägen einen intensiven gegenseitigen Erfahrungsaustausch. So konnten erneut das "International Media Summer Camp" gemeinsam mit Kollegen aus Sønderjylland, Mecklenburg-Vorpommern und Südtirol sowie das "Balticum Film & TV Festival Bornholm" realisiert werden.

Neben einer Gemeinschaftsproduktion mit einem Filmschaffenden aus St. Petersburg wurde im Jahr 2000 für die diversen Gemeinschaftsproduktionen mit der Videowerkstatt Haderslev der Internationale Video-Wettbewerb "Screening 2000" durchgeführt. Im Jahr 2000 konnte die Kulturelle Filmförderung Schleswig-Holstein einen Projektionskubus auf der ArtGenda in Helsinki realisieren. Im Jahr 2001 war Schleswig-Holstein auf dem Festival skandinavischer Dokumentarfilmer "Nordisk Panorama" in Aarhus als Beobachter sowie auf dem "Internationalen Dokumentarfilmsymposium" in Riga vertreten. Die Gemeinschaftsproduktion "Metamorphose", ein 8-minütiger Kurzspielfilm, setzte in 2001 die gute Zusammenarbeit mit der Videowerkstatt Haderslev fort.

50. Die **Literaturveranstaltung "NordOstPassagen"** findet alle zwei Jahre in wechselnden Regionen Schleswig-Holsteins statt. In ihrem Mittelpunkt steht die Literatur Skandinaviens und der gesamten Ostseeregion. Die Veranstaltung dient als literarisches Forum für nordosteuropäische Länder; sie hat literaturwissenschaftlichen Charakter und wird geprägt durch Lesungen, Kommunikation und Diskussion sowie die Begegnung der Schriftstellerinnen und Schriftsteller untereinander. Die NordOstPassagen sind eine Veranstaltung des MBWFK in Zusammenarbeit mit wechselnden regionalen Partnern, dem Literaturhaus Schleswig-Holstein sowie dem Nordischen Institut und dem Institut für Slavistik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Bei den unter dem Motto ‚Sonderbar-Wunderbar. Von Sonderlingen und anderen literarischen Zeitgenossen‘ vom 23.-26. April 2002 durchgeführten "NordOstPassagen" waren Autoren und Autorinnen aus Island, Dänemark, Finnland, Polen, Estland und aus der Russischen Föderation vertreten (Kristín Marja Baldursdóttir, Island; Anne Marie Løn, Dänemark; Antti Tuuri, Finnland; Natasza Goerke, Polen; Mihkel Mutt, Estland und Jekaterina Sadur, Russland). Die gelesenen Texte beschäftigten sich mit Individuen, deren Leben von den allgemein akzeptierten Verhaltensregeln abweichen. Die spezielle Sichtweise der „Sonderlinge“ trug dazu bei, das Fremde vor der eigenen Haustür zu erfassen. Auf diese Weise konnten Einblicke in die Lebensformen der nord- und osteuropäischen Nachbarländer vermittelt werden.

Die Veranstaltung fand in Flensburg als Veranstaltungszentrum und in der deutsch-dänischen Grenzregion statt. Einen Tag lang hielten die Autorinnen und Autoren sich an der Kieler Christian-Albrechts-Universität zu Lesungen und Diskussionen mit Studierenden der Fächer Nordistik und Slavistik auf.

51. Auch an weiteren Kulturprojekten waren Künstlerinnen und Künstler aus mehreren Ostseeanrainerstaaten beteiligt. Hier sind insbesondere das vom MBWFK geförderte **Stadtraumprojekt "Changes Possible"** in Kiel und das **Europäische Künstlersymposium "Odyssee 2000+1"** in Flensburg zu nennen.

52. Das **Museumsamt Schleswig-Holstein** vermittelte bis zu seiner Überführung in das Ministerium Ende des Jahres 2001 vielfältige Kontakte zwischen einzelnen Museen der Ostseeländer und unterstützte den einschlägigen Austausch mit den Regionen im Ostseeraum, namentlich mit den Partnerregionen Schleswig-Holsteins.

53. Ein besonderes wichtiges spartenübergreifendes Kulturprojekt für den Ostseeraum findet sich in der **ArtGenda**, der Biennale der jungen Kunst im Ostseeraum, an der

auch regelmäßig **Künstlerinnen und Künstler aus Schleswig-Holstein** teilnehmen. Erstmals 1996 durch Kopenhagen im Rahmen der Aktivitäten als Kulturstadt Europas ins Leben gerufen, wandert die Veranstaltung seither durch die Region. 1998 war Stockholm, im Jahr 2000 Helsinki Ort dieser Leistungsschau der jungen Kunst im Norden Europas. Rund 20 der wichtigsten Städte rund um die Ostsee entsenden herausragende Vertreter in die Gastgeberstadt. So nehmen jeweils viele Hundert Nachwuchskünstler unter 30 Jahren aus den Sparten Malerei, Fotografie, Musik, Tanz, Film und Literatur an den zahlreichen Veranstaltungen teil und lassen ein vielfältiges und buntes Programm entstehen. Im Jahr 2002 wird Hamburg Stätte dieser künstlerischen Begegnungen sein.

54. Im Bereich der **Erwachsenenbildung** wurde die Zusammenarbeit im Ostseeraum in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut und intensiviert. Neben den traditionell im Ostseeraum engagierten Volkshochschulen und der Landeszentrale für Politische Bildung haben insbesondere die Bildungsstätten neue Schwerpunkte im Bereich kultureller und politischer Zusammenarbeit gesetzt.

55. Eine besondere Rolle in der Ostseezusammenarbeit spielen im Weiterbildungsbereich die institutionell vom Land geförderten **Akademien und Bildungsstätten**, darunter das Nordkolleg Rendsburg, die Europäische Akademie Sankelmark, die Internationale Bildungsstätte „Jugendhof Scheersberg“, die Nordseeakademie oder die 2001 neu gegründete „Academia Baltica – Baltic Academy – Akademie im Ostseeraum“.

56. Im Bereich der **Einrichtungen politischer Bildung** engagieren sich die institutionell über die Landeszentrale für politische Bildung geförderte Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente, das Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lübeck sowie die Bildungsarbeit von Anderes Lernen e.V., Kiel, und der Sydslesvigks Oplysningforbund, Flensburg, im Bereich der Ostseezusammenarbeit mit zahlreichen Veranstaltungen, z.B. zur Erweiterung der Europäischen Union, zur Kultur unserer Nachbarländer oder mit Studienfahrten.

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft „ARBEIT und LEBEN Schleswig-Holstein e.V.“ bietet zahlreiche Veranstaltungen im thematischen Kontext der Ostsee-kooperation. Sie arbeitet zusammen mit Partnern in Lettland (jeweils 4 Veranstaltungen pro Jahr in Lettland und in Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 30 Teilnehmenden), in Polen (jeweils 2 Veranstaltungen in Polen und in Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 20 Teilnehmenden) und in Schweden (regelmäßige Austausch- und

Begegnungsveranstaltungen).

57. Die **Landeszentrale für Politische Bildung** Schleswig-Holstein bietet, oftmals in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, der Bundeszentrale für Politische Bildung oder anderen Partnern, verschiedene Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen im Zusammenhang mit ihrem Schwerpunkt Ostseekooperation an.

So fand 2001 das siebte Seminar für litauische Bürgermeister und Landräte zum Thema "Kommunale Wirtschaftspolitik am Beispiel Litauen und Deutschland" in Schleswig-Holstein statt. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium der Republik Litauen wird dieses kommunalpolitische Seminar jedes Jahr mit einem anderen Thema durchgeführt. Ein anderes Themenspektrum betrifft die Polizei. Ein Seminar für die Polizeiführung der Republik Litauen stand dem Thema "Wie viel Polizei braucht die Gesellschaft? – Die Polizei im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft". Kollegen aus Dänemark, Polen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erörterten, welchen Weg die Polizei zwischen Ansprüchen der Gesellschaft und Zwängen des Staats gehen muss und welche Kooperationsmöglichkeiten beim polizeilichen Handeln zwischen den Nachbarstaaten gegeben sind. Dieses Seminar wird im Jahr 2002 in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit den gleichen Partnern fortgesetzt.

Eine Vortragsreihe mit insgesamt 11 Veranstaltungen wurde im Kieler Schloss mit prominenten Referenten zu dem Thema "Kieler Vorträge zur Politik und Wirtschaft in der Ostseeregion" durchgeführt. Referenten aus Deutschland, Litauen, Russland und Polen referierten und diskutierten zu unterschiedlichen Themen der Region, die in der Öffentlichkeit kontrovers behandelt werden.

### **Innenministerium**

58. Die **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum** wurde weiter gefestigt. Auf der Grundlage der vom schleswig-holsteinischen Innenministerium geschlossenen bilateralen Vereinbarungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung insbesondere der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität mit den baltischen Staaten, Polen, dem Oblast St. Petersburg und dem Oblast Kaliningrad und den geknüpften engen Kontakten mit den skandinavischen Staaten wurden durch den Innenminister erneut bilaterale Maßnahmen zur Vereinfachung und

weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit initiiert.

59. Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde die **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe**, insbesondere mit den baltischen Staaten und dem Oblast Kaliningrad, konsequent fortgeführt.

Im Rahmen der Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und der Verwaltungsfachhochschule mit Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Schwerpunkt der Beratungshilfe war die Rechtsakademie Litauen. Der Leiter der Polizeiabteilung und der Landespolizeidirektor hielten im April 2002 im Rahmen der Ausbildungshilfe Vorträge in Kaliningrad über Schleswig-Holstein als Beispiel für modernes Polizeimanagement.

60. Auf Initiative der Polizeiabteilung des Innenministeriums wurde ein **EU-Phare-(Twinning)Programm** mit Estland begonnen. Ein Langzeit- und mehrere Kurzzeitberater erarbeiten zusammen mit den Verantwortlichen in Estland ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und zur Suchtvorbeugung.

61. Eine internationale Konferenz zum Austausch und zur Initiierung länderübergreifender **Präventionskonzepte im Ostseeraum** wird im März 2003 in Lübeck stattfinden.

62. Der Leiter des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein ist Mitglied des **Operative Committee (OPC) der Task Force on Organized Crime**. Hier werden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.

63. Schleswig-Holstein hat seit Gründung die Geschäftsführung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“**. Teilnehmerländer sind neben den nördlichen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland die skandinavischen und baltischen Staaten, Polen, Russland und die Niederlande.

64. In Zusammenarbeit mit der Region Sønderjylland lief ein **deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** zwischen der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord und den Polizeikreisen im südlichen Dänemark, das mit ca. 500.000 DM aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A gefördert wurde (Sprachkurse, gemeinsame Seminare). Ein Handbuch über Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizeidienststellen im Grenzgebiet wurde gefertigt.

Ein weiteres INTERREG-Projekt läuft seit April 2002 im Bereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit den dänischen Partnerregionen an.

65. Wie auch in den Vorjahren, führen Dänemark und Deutschland gemeinsam abgestimmte **Schwerlast- und Gefahrgutkontrollen** des Straßenverkehrs durch.
66. Enge Kontakte bestehen zwischen dem **Technischen Zug der Einsatzhundertschaft** der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und den entsprechenden Einheiten in Dänemark.
67. Zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Dänemark, Schweden, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Aufgabenfeld des **see- und landseitigen Unfallmanagements bei Schiffshavarien** wurde in Zusammenarbeit mit Bundesdienststellen im Jahre 2001 eine **trinationale Planbesprechung** durchgeführt, deren Ergebnis im April 2002 in Kiel allen Ostseeanrainerstaaten vorgestellt und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt wurde.

Es wurden dabei zwei denkbare Szenarien (Unglücke im Seegebiet zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark bzw. Mecklenburg-Vorpommern und Schweden) zu Grunde gelegt. Hierin sind Synergieeffekte für die Zusammenarbeit insbesondere zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zu sehen, da beide Länder auch bei der Schiffsbrandbekämpfung und technischen Hilfe vor der deutschen Ostseeküste gemeinsame Aufgaben haben. Dabei ging es aber auch um das gegenseitige Kennenlernen der Partner im Ostseeraum im Rahmen der ostseepolitischen Zusammenarbeit.

Für den Bund werden sich durch die Auswertung dieses Vorhabens Erkenntnisse für die internationale Zusammenarbeit ergeben. Die Finanzierung des Projektes erfolgte durch Schleswig-Holstein, den Bund und Mecklenburg-Vorpommern. Am Schluss der internationalen Veranstaltung stellte der Havariekommandant die neuen und im Aufbau befindlichen Führungsstrukturen für die Bekämpfung seeseitiger Schadenslagen vor.

**68. Aktivitäten der Verwaltungsfachhochschule (VFH) Altenholz:**

- Seit 2000 laufendes Kooperationsprojekt mit der **Rechtsuniversität Litauen** in Vilnius:
  - Gegenseitiger Austausch, Informationsbesuche und Praktika von Lehrkräften und Studierenden,

- Austausch von wissenschaftlichen Arbeiten, Publikationen und Lehrmethoden für die Aus- sowie Fortbildung,
- Gemeinsame Vorbereitung von Lehrmaterialien, wissenschaftlichen und methodischen Ausgaben,
- Gemeinsame Teilnahme an internationalen Projekten, Konferenzen, Symposien und Seminaren,
- Schaffung von günstigen Bedingungen bei der gegenseitigen Benutzung der Bibliotheken für wissenschaftliche Forschungsarbeiten der Lehrkräfte und Studierenden beider Seiten.

Die Rechtsuniversität Litauen erhält EU-Mittel (Höhe unbekannt); die VFH hatte zwar EU-Mittel beantragt, jedoch ohne Erfolg. Anfallende Kosten werden aus dem allgemeinen Haushaltsansatz der VFH für das dort eingerichtete Auslandsamt gezahlt (jährlicher Ansatz insgesamt 5.000 DM).

- Kontinuierliche Kontakte zum Schleswig-Holstein-Büro in **Tallinn/Estland** (Vermittlung von Praktika für Studierende der VFH). Je nach Einzelfall Zuschussung des Praktikumsaufenthaltes aus Mitteln der VFH.
- 2001 absolvierten 13 Studierende der VFH im Rahmen ihrer berufspraktischen Studienzeit **Praktika** bei Behörden in Dänemark, Estland, Finnland und Kaliningrad.
- 2002 sind 22 **Praktika von Studierenden in Estland und Kaliningrad** geplant. Im Rahmen eines Projektes werden 7 Studierende im Mai 2002 eine Studienfahrt in mehrere Ostseeanrainerstaaten unternehmen.

69. Die **Verwaltungsschule Bordesholm** pflegt seit ca. 3 Jahren einen intensiven Kontakt zur "Wyzsza Szkola Administracji Publicznej" (Schule für Führungskräfte der öffentlichen und wirtschaftlichen Verwaltung) in Stettin/Sczeczyn (Polen). Bisher Vermittlung von Praktikumsplätzen für polnische Studierende; Besuch einer Lehrgruppe der Verwaltungsschule Bordesholm in Stettin und Warschau; Angebote seitens der Verwaltungsschule Bordesholm zur Teilnahme an Seminaren und sonstigen Lehrveranstaltungen (in der Regel Sprachprobleme, daher bislang noch keine Resonanz).

Langfristig soll der Kontakt ausgebaut werden, was jedoch finanzielle Mittel erfordern würde. Finanzierung/EU-Mittel: Keine Zuschüsse Dritter; der Besuch der Lehrgruppe wurde von den Teilnehmern größtenteils selbst finanziert und aus Mitteln des Ausbildungszentrums für Verwaltung bezuschusst.

70. Der vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein finanziell mitgetragene **„Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.“** führte zusammen mit einem großen

Trägerkreis vom 16. bis 18. November 2001 in Bad Segeberg eine **internationale Konferenz zum Thema „Fluchtweg Ostsee“** durch. Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und der Harmonisierung des Asylrechts auf EU-Ebene erörterten über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Ostseeanrainerländern die Aufnahme- und Integrationsbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland, Polen und Russland sowie den baltischen und skandinavischen Ländern. Die Konferenz habe - so der Flüchtlingsrat - einen wesentlichen Impuls für die weitere Vernetzung und Kooperation der Beteiligten gegeben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer brachten zum Abschluss der Konferenz ihr Interesse an einer verstärkten Kooperation durch eine gemeinsame Erklärung zum Ausdruck; sie haben damit die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit gelegt. Der Flüchtlingsrat hat für weitere Kontakte und Informationsaustausch eine Homepage eingerichtet<sup>65</sup>, mit der Informationen und Nachrichten zu Flüchtlingsfragen in der Ostseeregion zur Verfügung gestellt werden.

#### **Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten (MUNF)**

71. Die Landesregierung hat engagierte Beiträge zur **Umsetzung der regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21)** geleistet, die im Juni 1998 vom Ostseerat verabschiedet wurde und das Programm für die Förderung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung im Ostseeraum darstellt. Das besondere Engagement Schleswig-Holsteins wird bereits dadurch dokumentiert, dass der Vertreter der BSSSC im Ausschuss höherer Beamter der Baltic 21 (SOG) ein Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums ist.

Die Landesregierung hat ein Programm an Umsetzungsbeiträgen zur Baltic 21 entwickelt. Eine aktuelle Bilanz ergibt, dass in verschiedenen Einzelprojekten (z. B. Touristische Umweltbilanz, Baltic Chain) viel beachtete Beiträge mit maßgeblicher schleswig-holsteinischer Unterstützung zu einer nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum geleistet werden konnten.

72. Das **BERNET-Projekt** (Baltic Eutrophication Regional Network), das im September 2001 erfolgreich abgeschlossen wurde. Projektziel waren Beiträge zur Lösung von regionalen Eutrophierungsproblemen in sieben Ostseeregionen. Die beteiligten Subregionen haben ihre aktuellen Probleme und Strategien untereinander verglichen und sich auf eine Reihe von detaillierten Empfehlungen für einen verbesserten

<sup>65</sup> Internet: [www.frsh.de/index.htm](http://www.frsh.de/index.htm)

Umgang mit der Eutrophierung geeinigt. Jede Region hat einen "Aktionsplan" aufgestellt. Das Projekt wurde aus Mitteln des INTERREG II C-Programmes der EU gefördert. Schleswig-Holstein hat zur Durchführung des Projektes insgesamt Mittel in Höhe von rd. 450.000 DM erhalten.

### **73. Unterstützung des *Baltic Environmental Forums (BEF, Riga) im Bereich***

***Chemikalienpolitik:*** In Fortsetzung der auch bereits vor 2000 von Schleswig-Holstein unmittelbar geförderten Projekte des Baltic Environmental Forum (BEF) wird der Beitritt der Baltischen Staaten zur Gemeinschaft durch die Arbeit des BEF weiterhin vorbereitet und begleitet.

Derzeit unterstützt die Landesregierung ein Projekt zur Chemikalienpolitik („Baltic States' Regional Project on Chemicals Control – BACCON“), das auch durch die Skandinavischen Länder und den Nordischen Ministerrat, Baltische Umweltorganisationen, das Deutsche Bundesumweltministerium sowie durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wird. Die finanzielle Förderung der Landesregierung betrug in 2001 50.000 DM (28,41%) und ist für 2002 mit 25.000 EURO (27,78%) veranschlagt.

Um in den Beitrittskandidatenländern eine Angleichung an das Niveau der europäischen Chemikalienvorschriften zu erreichen, ist es zunächst erforderlich, eine Bestandsaufnahme bezüglich der chemischen Industrie und des Chemikalienhandels durchzuführen. Dies wurde in der Gemeinschaft bereits in den Jahren vor 1981 gemacht und fand seinen Abschluss in dem europäischen Altstoffinventar (EINECS = European Inventory of Existing Chemical Substances). Seit 1981 sind neue chemische Stoffe in der Gemeinschaft anmeldepflichtig. Weil anzunehmen ist, dass die meisten in den baltischen Staaten hergestellten oder gehandelten Stoffe auch im EINECS bereits enthalten sind, ergeben sich durch eine Zusammenarbeit hohe Synergieeffekte, da eine Neuerhebung von Faktendaten i.d.R. nicht mehr erforderlich ist.

Ein Einblick in die Chemikalienströme in den Baltischen Staaten ist für Schleswig-Holstein von hohem Interesse, weil bereits jetzt große Mengen von Chemikalien über die Ostsee und die Häfen Schleswig-Holsteins - auch aus Rußland - in die Gemeinschaft importiert werden. Diese Importe unterliegen den Kontrollen der Zollbehörden und der für die Chemikalienüberwachung zuständigen Behörden in Schleswig-Holstein.

Schließlich befasst sich das Umweltministerium Schleswig-Holstein intensiv mit Informationssystemen und Datenbanken über Chemikalien; auch in dieser Hinsicht werden Synergieeffekte für beide Seiten erwartet.

**74. Kooperation mit Dänemark zum Grundwasserdargebot:** Das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) hat zusammen mit Sønderjyllands Amt (Grundvandsafdelingen, Tønder) eine Bestandsaufnahme der gemeinsam genutzten Grundwasserleiter im Raum Padborg/Flensburg durchgeführt. Hierbei wurden Bohrungen niedergebracht, die durch reflexionsseismische Messungen der Universitäten Aarhus und Kiel sowie eine Befliegung mit einem Messhubschrauber der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hannover) ergänzt wurden. Ziel des Projektes ist es, eine gemeinsame Datenbasis über das verfügbare Grundwasserdargebot zu erhalten, um eine nachhaltige Nutzung und ein schnelles grenzüberschreitendes Handeln im Schadensfall zu gewährleisten. Das Projekt wurde mit INTERREG II-Mitteln gefördert, der Förderbetrag für Schleswig-Holstein betrug 144.000 EURO.

**75. Beiträge zu STRING im Bereich IKZM und HOST:** Im Rahmen des Projektes STRING 2 hat das MUNF eine Komponente zum Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) erarbeitet. Mit den Partnern Storstrøms Amt aus Dänemark und Region Skane aus Schweden sollen verschiedene Module zum „sanften Tourismus“ und zur Nachhaltigkeit (Sustainable Coastal Management in the Blue Region) durchgeführt werden. In Schleswig-Holstein steht das Naturerleben im Küstenbereich und unter Wasser im Vordergrund. Weiterhin soll ein bereits in Grundzügen entwickeltes Indikatorensystem für IKZM erprobt werden. In einer weiteren beabsichtigten STRING II-Projektkomponente (HOST) arbeiten die Region Skane, Storstrøms Amt, West Sjælland und Schleswig-Holstein gemeinsam an Möglichkeiten für den nachhaltigen Tourismus. Es geht darum, nicht nur die Unterschiede sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen den Partnerregionen, aber auch die Einmaligkeit jeder Region herauszustellen und sie zugänglich zu machen. Hierzu soll beispielsweise auch eine gemeinsame InterNet-Homepage gehören.

**76. Helsinki-Kommission (HELCOM):** Im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes ist die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. Eine Mitarbeiterin des Umweltministeriums nimmt an den Treffen der Arbeitsgruppe HELCOM HABITAT teil. Ein Mitarbeiter aus dem Geschäftsbereich

des Umweltministeriums ist Mitglied der Arbeitsgruppe HELCOM MONAS.

- 77. *Veranstaltungen der Akademie für Natur und Umwelt (ANU):*** Die zum Geschäftsbereich des MUNF gehörende Akademie für Natur und Umwelt führt im Rahmen ihres regulären Programms auch Veranstaltungen mit Ostseebezug durch. Dies waren im Berichtszeitraum der Expertenworkshop „Geschützte Gebiete in der Ostsee – Grundlagen, Regelungen, Interessenkonflikte“ am 06. Juni 2000 (Schwerpunkte: HELCOM und die geplanten Baltic Sea Protected Areas) sowie die Fachexkursion „Naturschutz und Landwirtschaft in Schweden“ vom 29.04. bis 04.05.2001.
- 78. *BSSSC-Workshop zur Baltic 21 in Kiel am 18.01.2002:*** Im Rahmen des regulären Treffens von Vorstand und Arbeitsgruppen der BSSSC am 18.01.2002 in Kiel organisierte das MUNF einen Workshop mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen drei BSSSC-Arbeitsgruppen zur Umsetzung der regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21) auf subregionaler Ebene. Der Workshop stieß auf großes Interesse, es wurde eine Liste mit verschiedenen Vorschlägen für Kooperationsbeiträge der Subregionen erarbeitet. Diese soll in der weiteren BSSSC-Kooperation weiterverfolgt werden.
- 79. *Unterstützung der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat:*** Schleswig-Holstein hat den deutschen Vorsitz im Ostseerat vom 01.07.2000 bis 30.06.2001 u.a. durch Abordnung eines Mitarbeiters der Landesverwaltung in das Auswärtige Amt unterstützt. Der Bedienstete wurde vom Umweltministerium abgeordnet und konnte damit umweltpolitische Kompetenz in die Vorsitzarbeit einbringen. Der Schwerpunkt der deutschen Ostseeratspräsidentschaft „Nachhaltigkeit und Umweltschutz“ wurde nicht zuletzt vor diesem Hintergrund engagiert durch verschiedene Einzelmaßnahmen ausgefüllt. Insbesondere ist es gelungen, die Verstetigung der Baltic 21, des Nachhaltigkeitsprogramms für den Ostseeraum, durch Einrichtung eines ständigen Sekretariats in Stockholm deutlich voran zu bringen, Schiffssicherheit und maritimen Umweltschutz zu einem der Schwerpunktthemen der Außenministerkonferenz im Juni 2001 in Hamburg zu erheben und eine Konferenz für Nichtregierungsorganisationen aus dem Ostseeraum im Mai 2001 in Lübeck durchzuführen, bei der ein Themenschwerpunkt im Bereich Umwelt lag.
- 80. *Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ):*** Sowohl in den Jahrgängen 2000/2001 als auch 2001/2002 sind zwei schleswig-holsteinische Teilnehmerinnen am Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) in Estland im Nationalpark Soomaa eingesetzt worden.

Dieser Einsatz fand im Rahmen der Bestrebungen des MUNF zur Internationalisierung des FÖJ statt. Der internationale Austausch junger FÖJ-ler/-innen kann einen hervorragenden Beitrag zur interkulturellen Verständigung gerade im Bereich junger Menschen im Ostseeraum leisten. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Landes, des Bundes und des Europäischen Freiwilligen Dienstes (EVS) der EU.

### **Ministerium für Finanzen und Energie (MFE)**

81. Bereits seit 1997 führt die Energiestiftung SH während der Kieler Woche **Kieler Ostsee-Energietage** durch: Im Jahre 2001 unter dem Titel „Marketing für Energiesparen“, in 2002 sind die unter dem Titel „Nachhaltig Leben und Wohnen“.
82. Das INTERREG II C-finanzierte **Projekt „Baltic Chain – Baltic Clearing House And Information Network“** – unter Beteiligung der Energiestiftung SH mit Partnern aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Russland, Polen, Litauen, Lettland und Estland sowie der Internationalen Energieagentur - ist Ende 2001 abgeschlossen worden. Der Endbericht „Promoting small scaled energy projects in the Baltic Sea Region“ (Establishing a clearing house an information network“) ist im September 2001 vorgelegt worden. Damit ist eine Grundlage geschaffen worden, für die Entwicklung von kleineren und mittleren Projekten im Bereich der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den baltischen Staaten, Polen und Russland. Dieses Projekt ist auch als weiter verfolgungswürdig im Rahmen der Initiative „Nördliche Dimension der Europäischen Union“ eingestuft worden.
83. Mit dem **Nachfolgeprojekte BALTIC CHAIN II** unter Beteiligung des MFE sollen die Grundsätze „Kontinuität“, „Konzentration“ und „Koordination“ verfolgt werden: Die bisherige Arbeit würde über einen Zeitraum von 3 Jahren verstetigt und die Entwicklung von Projekten zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen und zur Nutzung erneuerbarer Energien in den baltischen Staaten, Polen und Russland weiterverfolgt werden. Entsprechende Erkenntnisse und Informationen können der heimischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden.
84. In der Zeit vom Oktober 2001 bis Februar 2002 hat sich ein hochrangiger Vertreter des polnischen Amtes für Energieregulierung im Rahmen des **Stipendiatenprogramms für Nachwuchsführungskräfte aus Ländern in Mittel- und Osteuropa** (der Robert-Bosch-Stiftung) mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein und

Deutschland vertraut gemacht.

85. Projektüberlegungen für die Region **Kaliningrad** und für eine verstärkte Nutzung des **deutsch-dänischen Studiengangs Energie- und Umweltmanagement** an der Universität Flensburg für die Ostseearbeit konnten zuletzt nicht weiter vertieft werden. Kommunale Rahmenbedingungen und begrenzte Ressourcen der Universität Flensburg haben eine Umsetzung von weiteren Ideen bisher nicht möglich gemacht.
86. Zusammen mit der IHK Schleswig-Holstein und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein beteiligt sich die Energiestiftung SH an einem **Pilotprojekt zum Emissionshandel**, der zunächst auf Schleswig-Holstein begrenzt ist. Das Projekt „Emissionshandel Nord“ befindet sich gerade in der Entwicklungsphase und dient der Vorbereitung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins auf den Emissionshandel im Hinblick auf einen EU-Richtlinienvorschlag, der einen Beginn des Emissionshandels ab 2005 vorschlägt.
87. Im Juli 2001 führte eine **Studentengruppe der Technischen Universität Kaunas (Litauen)** auf Einladung der Fachhochschule Kiel ein Sommerseminar in Schleswig-Holstein durch. Aus diesem Anlass empfing Energiestaatssekretär Voigt die Gruppe am 4. Juli 2001. Der Staatssekretär erläuterte die schleswig-holsteinische Energiepolitik sowie den Stand der Bemühungen um einen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland.
88. Um die **Zusammenarbeit zwischen den dänischen und deutschen Finanzbehörden** zu intensivieren und das Problembewusstsein zu verbessern, hat das MFE unter Beteiligung des BMF im Juni 2002 erstmals ein eintägiges Treffen auf Arbeitsebene mit Vertretern der dänischen Finanzverwaltung in Berlin ausgerichtet. Das Treffen diente dem Erfahrungsaustausch, der erforderlich ist, um vorhandene Defizite in der bisherigen Zusammenarbeit zu erkennen und zu minimieren. Die Notwendigkeit eines Erfahrungsaustausches wird insbesondere vor dem Hintergrund deutlich, dass von dänischer Seite eine Übertragung der Zuständigkeiten gemäß § 1 a Abs. 4 EG-Amtshilfegesetz für den Auskunftsaustausch in Umsatzsteuersachen auf die lokale Ebene – zumindest im eigenen Land – abgelehnt wird. Die vorgenannte Übertragung der Zuständigkeiten war ein Anliegen von deutscher Seite, um den - dem internationalen Auskunftsverkehr über den Bund innewohnenden – Verzögerungen entgegenzuwirken.

**Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (MWTV)**

89. Die **Ostseeregion** behält im Bereich Wirtschaftskontakte Ihren hohen Rang für Schleswig-Holstein. Die langjährigen Bemühungen des Wirtschaftsministeriums und anderer Träger der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit tragen Früchte. Die Unternehmen erhalten Flankierungen bei ihren Marktsondierungen, vor allem vor dem Hintergrund der bald anstehenden EU-Erweiterung nach Osten. Je stärker Binnenmarktverhältnisse in den Beitrittskandidaten Polen und baltische Staaten greifen, desto leichter ist der Zugang für hiesige Firmen.

Eine Flankierung für Markterkundungen in **Skandinavien** hat nur noch in Form von betriebsindividuellen Maßnahmen Sinn. Russland rückt auf dem Wege seiner wirtschaftlichen Erholung stärker ins Blickfeld deutscher Partner.

Das Zahlenbild bei den schleswig-holsteinischen Exporten belegt diese Aussagen. Während der S-H-Export insgesamt auf seinem hohen Sockel von mehr als 20 Mrd. DM im Jahre 2001 verblieb, stieg der SH-Export in die Ostseestaaten im Jahre 2001 auf ca. 3,3 Mrd. DM, von ca. 3 Mrd. DM im Jahr davor. Es wurde somit - wie bereits im Jahre 1998 die Marke von 3 Mrd. DM überschritten.

Die **östlichen Nachbarstaaten** an der Ostsee erreichten 2001 mehr als 1 Mrd. DM an S-H-Exporten, davon entfielen 477 Mio. DM auf Russland. Die Exporte nach Polen für 2001: 527 Mio. DM. Polen liegt auch 2001 vor Russland, wenngleich die Exporte nach Russland gemessen am Wert für 2000: 313 Mio. DM erheblich gestiegen sind.

Die **skandinavischen Staaten** nahmen im Jahre 2001 ca. 2,2 Mrd. DM an Exporten aus S-H auf, eine leichte Steigerung gegenüber 2000 :1,99 Mrd. DM. Hier dominiert traditionell Dänemark mit 2001: 1,2 Mrd. DM, vor Schweden mit 439 Mio. DM. Es folgen Norwegen mit 350 Mio. DM und Finnland mit 177 Mio. DM. Diese Werte zeigen in den letzten Jahre Schwankungen auf, im Zuge konjunktureller bzw. weltwirtschaftlicher Veränderungen. Bemerkenswert ist die stetige Steigerung der S-H-Exporte nach Finnland für die letzten Jahre.

90. Das Wirtschaftsministerium hat in der Außenwirtschaft - zusammen mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft - die **Kräfte auf wenige Aktionen im Ostseeraum konzentriert**.

Während eine Unternehmerreise nach Finnland und Estland im August 2000 unter Leitung des Wirtschaftsministers eine gewisse Abrundung Skandinaviens darstellte, stand **Polen im Jahre 2001** als wichtigster EU-Beitrittskandidat im Mittelpunkt: Ein Unternehmerreise - erneut unter Leitung des Wirtschaftsministers - nach Westpolen, in die Region Stettin (Juni 2001), lenkte die Aufmerksamkeit von Unternehmen der Bau-, Ernährungs- und Umweltwirtschaft und Verkehrslogistik auf die leicht erreichbare polnische Ostseeregion Westpommern. Die Reise wurde gekrönt durch die Eröffnung eines Firmengemeinschaftsbüros in Stettin. Technologiekontakte spielten ebenfalls eine wichtige Rolle im Delegationsprogramm. Der Senator für Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg nahm ebenfalls an der Reise teil und konnte gemeinsam mit anderen Vertretern Hamburgs gerade in Hafen- und Schifffahrtsfragen den norddeutschen Verbund in Polen markieren.

Die Betreuung des EU-Beitrittspartners Polen wird auch 2002 fortgesetzt, u.a. mit einer Unternehmerreise im September 2002. Wie bei der Reise nach Stettin soll auch jetzt durch einen Vorlauf von Fachveranstaltungen ein breites Interesse unter Unternehmern erwirkt werden. Eine Vorstellung des EU-Beitrittskandidaten Polen erfolgt am 23 April 2002 in Rendsburg, im Rahmen der IHK-Aktion "Vision Schleswig-Holstein 2002".

91. Das **Jahr 2002** steht verstärkt unter dem Blickwinkel, **außenwirtschaftliche Aktionen Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammenführen**. Der Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins und der neue Hamburger Senator für Wirtschaft und Arbeit haben im März 2002 in Kiel eine engere Zusammenarbeit in der Außenwirtschaftsförderung verabredet. Dies ist unter anderem aufgrund der erweiterten Europäischen Union und im Zeichen der Globalisierung veränderter Rahmenbedingungen die Grundlage für die Zukunft der gemeinsamen Wirtschaftsregion Hamburg/Schleswig-Holstein.

Für 2002 steht eine gemeinsame Außenwirtschaftsaktion Hamburgs und Schleswig-Holsteins in Richtung **Russland** auf der Tagesordnung, die von Schleswig-Holstein ausgeht. Schleswig-Holstein seinerseits hat eine Initiative aus Hamburg zu einer Delegationsreise nach Litauen und Lettland aufgegriffen und im Juni 2002 gemeinsam mit Unternehmern aus Schleswig-Holsteins eine Hamburger Unternehmerreise nach **Riga** begleitet. Damit gerät der Wirtschaftsraum Riga als Dienstleistungszentrum, als Verkehrsknotenpunkt stärker ins Visier, letztlich auch als Station zum benachbarten russischen Wirtschaftspartner. Schleswig-Holsteinische Hafen-, Schifffahrts-, Logistikinteressen in Richtung Lettland wie auch Litauen finden

sich in der Hamburger Aktion wieder.

92. **Technologische Netzwerke im Ostseeraum** können Wirtschaftskontakte vorbereiten helfen oder gar erfolgreich flankieren. In diesem Sinne sind entsprechende Technologieinitiativen ein Beitrag zur Schaffung eines Wirtschaftsraums Ostsee, der im gesamteuropäischen Standortwettbewerb bestehen kann. Wichtige Projekte sind u.a.:

93. Das MWTV hat in dem Berichtszeitraum das von der EU geförderte Projekt **“Transregional Innovation Project - Partners ensuring Progress (TRIP PEP)”** abgeschlossen. An dem Projekt waren neben den Regionen Niederösterreich und Kent auch die Region Westschweden beteiligt. Das Projekt hat den beteiligten Regionen einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, der dazu geführt hat, dass Schleswig-Holstein Instrumente der Technologie- und Innovationspolitik anderer Partnerregionen in modifizierter Weise übernommen und weiterentwickelt hat (regionale Innovationsberater, Innovationsaudit).

94. Seit November 2001 ist Schleswig-Holstein Partner in einem neuen von der EU geförderten Projekt mit dem Arbeitstitel **“Strengthening the Regional Innovation Profile” (STRINNOP)**. Neben Schleswig-Holstein, den beiden dänischen Regionen Fünen und Ringkøbing sowie der Region Süd-West-Schweden beteiligen sich acht weitere Regionen an dem Projekt (Kaunas/Litauen, Gdansk/Polen, Pest-Bács-Kiskun/Ungarn, Flandern/Belgien, Norte/Portugal, Bretagne/Frankreich, Niederösterreich und Bremen).

Ziel des Projekts ist es, die regionalen Bedingungen für die Entwicklung und Nutzung des Innovationspotentials der verschiedenen Regionen zu verbessern. Besonders die KMU sollen in ihren Innovationstätigkeiten gestärkt werden. Das STRINNOP-Projekt soll dabei u.a. helfen,

- den Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen zu intensivieren bzw. aufzubauen
- Synergie-Effekte zu nutzen, indem auf bestehende Netzwerke der Regionen und deren Methodik zurückgegriffen wird und
- neue Projekte der Zusammenarbeit zwischen den STRINNOP-Mitgliedern zu entwickeln.

Durch die Zusammenarbeit soll am Ende des Projekts jede Region ihr eigenes Profil weiterentwickelt bzw. ausgebildet haben. Bisher haben zwei Tagungen stattgefunden. Bis zum Abschluß des Projekts im Herbst 2003 sind fünf weitere

Tagungen in den Partnerregionen geplant.

95. Seit Januar 2002 beteiligt sich Schleswig-Holstein ferner an der Initiative **Scan Balt in Biotechnology**. Partner dieses Projekts sind alle Ostseeanrainerstaaten einschließlich Rußlands. Ziel ist es, im Ostseeraum eine Vernetzung der in den jeweiligen Regionen vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale im Bereich der Biotechnologie zu erreichen, um den Ostseeraum zu der leistungsfähigsten Region im Bereich der Biotechnologie in Europa zu entwickeln. Die beteiligten Partner streben ein gemeinsames INTERREG III B-Projekt an, das im Oktober 2002 beantragt werden soll.
96. Aufgrund eines deutsch-dänischen Memorandums vom 6. Dezember 2000 wurde für das Projekt einer **festen Fehmarnbeltquerung** ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet. Hierin sollte unter Beteiligung des privaten Sektors u.a. die privatwirtschaftliche Machbarkeit einer festen Verbindung untersucht werden. Anknüpfend an den breiten Dialog im Land und die mit potenziellen Investoren geführten Gespräche hat das MWTV im April 2001 in Kiel eine Informationsveranstaltung für die interessierte Bau- und Kreditwirtschaft über Ziele und Ablauf des Interessenbekundungsverfahrens durchgeführt. Eine entsprechende Information wurde im Mai 2001 in Weißenhäuser Strand im Rahmen einer Konferenz des Fehmarnbelt-Komitees der deutsch-dänischen Grenzregion Ostholstein – Storstrøms Amt gegeben. Über die Entwicklung des Projektes im Planungsverfahren wird bei der Darstellung des Leitprojektes „Einbindung Schleswig-Holsteins in die Verkehrsströme und Verkehrsplanungen des Ostseeraumes“ im einzelnen berichtet.<sup>66</sup>
97. Durch die Verabschiedung der EU-Richtlinie über Hafenauffanganlagen (2000/59/EG) in 2000 und deren Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten sowie die Umsetzung der Empfehlung der Helsinki-Kommission (HELCOM) zu dem sogenannten „no-special-fee“- System werden die Häfen verpflichtet, geeignete **Auffanganlagen für Öl, ölhaltige Gemische, Schiffsmüll und Ladungsrückstände** vorzuhalten. Schiffe, die einen Hafen der EU anlaufen, müssen unabhängig von der Inanspruchnahme der Entsorgungsanlagen einen Beitrag zu den Kosten der Anlagen entrichten. Damit wird ab dem Jahr 2003 ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Meeresumweltschutzes in der Ostsee geleistet, da mit den Regelungen den Schiffen der finanzielle Anreiz entzogen wird, ihre Abfälle auf See zu entsorgen. Zur

<sup>66</sup> siehe Ziffer 3.2 dieses Berichtes

Umsetzung in Landesrecht wird eine Landesverordnung vorbereitet.

98. Einen weiteren Beitrag zur Verbesserung des Umweltschutzes auf See hat das Land Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Bund durch die Verbesserung der Schiffssicherheit in der Ostsee geleistet. Hierbei wurde ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, die der Verkehrsminister in seinem **Bericht zur Schiffssicherheit in der westlichen Ostsee**<sup>67</sup> aufgelistet hat. Beispielhaft sind dabei zu nennen das Notschleppkonzept Ostsee, die Einrichtung eines zentralen Havariekommandos und die Errichtung eines landgestützten „Automatischen Identifikations- Systems“ für Seeschiffe (AIS), dessen Umsetzung in der Planungsphase ist. Diese Maßnahmen wurden unter Mitwirkung der Landesregierung in dem Projekt „Maritime Notfallvorsorge“ beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erarbeitet.
99. Im Rahmen des **Europäischen Verkehrsprojektes VIKING** hat die Landesregierung 1999 ein integriertes Güterverkehrskonzept vorgestellt. Grundlage für dieses Konzept ist ein Gutachten „Güterverkehr Schleswig-Holstein“ des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen vom September 1998. Die Landesregierung hat Anfang 2002 die **Fortschreibung des Güterverkehrskonzeptes** beschlossen. Dabei sollen vorrangig die Veränderungen auf dem Schienengüterverkehrsmarkt und die Auswirkungen der LKW-Maut ab 2003 berücksichtigt werden. Es ist vorgesehen, die Neufassung des Güterverkehrskonzeptes im Jahr 2004 vorzustellen.
100. Das MWTV unterstützt die gemeinsam von Sønderjyllands Erhvervs Center (Apenrade) und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland GmbH (Husum) verfolgte Projektidee, eine **deutsch-dänische Wirtschaftsförderung** aufzubauen. Dieses Projekt trägt der Notwendigkeit Rechnung, dass die Grenzregion Schleswig/Sønderjylland eine gemeinsame Identität entwickelt und ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort durch gemeinsame wirtschafts- und ansiedlungspolitische Aktivitäten steigert. Auch die Informationsinfrastruktur für die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze könnte durch das Projekt "Gemeinsame Wirtschaftsförderung" optimiert werden. Im Jahr 2002 soll gemeinsam mit Sønderjyllands Amt nach Wegen gesucht werden, das Projekt in der Grenzregion zu realisieren.

---

<sup>67</sup> Drs. 15/1067

101. Der Verkehrsminister traf im April 2002 in Kopenhagen zu einem Gespräch mit dem neuen **dänischen Verkehrsminister** zusammen. Themen waren unter anderem die feste Fehmarnbeltquerung und der Bahnverkehr auf der Strecke Niebüll - Tondern. Beide Minister vereinbarten eine Fortsetzung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Verkehrspolitik.
102. Im Rahmen der **Regionalen Kooperation zwischen Sønderjyllands Amt und Schleswig-Holstein** hat eine Arbeitsgruppe Verkehr im Oktober und November 2001 sowie Februar 2002 schwerpunktmäßig grenznahe und grenzüberschreitende Eisenbahnstrecken erörtert. Angestrebt wird eine Verbesserung des Eisenbahnverkehrs auf den grenzüberschreitenden Strecken Niebüll - Tondern und Hamburg - Flensburg - Kolding.

**Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus (MLR)**

103. Die „**Gemeinsamen Erklärungen**“ zwischen **Schleswig-Holstein** und **Estland sowie Lettland im Agrarbereich** sind bis 2006 verlängert worden. Die Fortentwicklung der „Gemeinsamen Erklärungen“ wird ausdrücklich von den estnischen und lettischen Partner gewünscht. Die „Gemeinsamen Erklärungen“ können zukünftig die Grundlage für mögliche gemeinsame Projekte im Rahmen des EU-Programms „SAPARD“ bilden. Daneben werden Hospitationen von estnischen und lettischen Fachleuten in Schleswig-Holstein einen Schwerpunkt bilden. Im Rahmen eines Besuchs der Landwirtschaftsministerin in Lettland im September 2002 soll die Zusammenarbeit der beiden Fachministerien vertieft werden.
104. Mit **Estland** gibt es seit 2001 ein gemeinsames Twinning Projekt zum Aufbau einer EU-konformen Zahlstelle zur Inanspruchnahme von agrarischen Fördermaßnahmen. Das MLR stellt einen Projektleiter sowie Lang- und Kurzzeitexperten zur Verfügung..
105. Seit 2001 gibt es mit **Polen** ein gemeinsames Twinning Projekt mit der polnischen Fischereiverwaltung zur Vorbereitung der Übernahme des EU-Fischereirechts. Das MLR stellt einen Langzeitexperten für Fischerei zur Verfügung.
106. Mit Estland wurden im Bereich der Qualitätssicherung in 2001 **Hospitationen auf Ebene der Landwirtschaftskammern** begonnen.

107. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Zusammenarbeit mit dem **Gebiet Kaliningrad**. Auf der Grundlage des Memorandums über die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und dem Kaliningrader Gebiet vom 10. Februar 1999 absolvieren Agrarfachkräfte aus dem Oblast Kaliningrad ein sechsmonatiges **Regierungspraktikum** in Schleswig-Holstein. Im Februar 2001 wurde ein Ehemaligenverein der Praktikanten gegründet, mit dem Ziel, die fachliche Entwicklung der Agrarfachkräfte durch Fachtagungen nachhaltig zu fördern. Eine Delegation der **Ausbildungsabteilung der Kaliningrader Gebietsverwaltung** hat sich im Februar 2002 über das System der Beruflichen Bildung mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft in Schleswig-Holstein informiert. Dabei wurde auch über die Vertiefung der Kooperation zwischen der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Universität gesprochen. Vereinbart wurde ebenfalls, die Möglichkeiten einer Kooperationen beim Aufbau einer landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchseinrichtung in Kaliningrad zu prüfen. Des weiteren wird mit der Unterstützung des MLR ein Schulkontakt zwischen dem landwirtschaftlichen Berufsslyzeum in Polesk und der Beruflichen Schule Rendsburg, Fachschule für Landwirtschaft, aufgebaut. Eine Partnerschaft zwischen dem **Kreislandfrauenverein** Schleswig-Flensburg und dem Frauenkomitee „BALTFER-DOSUG“, Kaliningrader Gebiet ist in Vorbereitung. BALTFER ist eine Beratungsgesellschaft mit ca. 120 landwirtschaftlichen Mitgliedsbetrieben. Weiterhin wurde dem Komitee für **Tourismus des Kaliningrader Gebietes** Schulungsmaterial für den Aufbau von „Ferien auf dem Bauernhof“ zur Verfügung gestellt.
108. Mit der **Wojewodschaft Pommern** ist ein Seminar zur Entwicklung des ländlichen Raumes geplant.
109. Das Projekt „**Touristische Markterschließung des skandinavischen Raumes**“ des Ostseebäderverbandes Schleswig-Holstein e. V. will durch die Erschließung neuer Gästepotentiale aus dem skandinavischen Raum die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Tourismus für die schleswig-holsteinische Ostseeküste und die Holsteinische Schweiz erreichen. Es ist ausgerichtet auf die Zielmärkte Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Im Rahmen des Projektes sollen sowohl Maßnahmen des Außen- als auch des Innenmarketings durchgeführt werden. So soll neben der aktiven Werbung in Skandinavien durch gezieltes Innenmarketing die Basis dafür geschaffen werden, dass sich die skandinavischen Gäste im Urlaubsland Schleswig-Holstein wohl

fühlen. Das Projekt wird aus dem Regionalprogramm 2000 mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziel 2-Programmes (2000 – 2006) gefördert.

110. Das Nordkolleg Rendsburg hat im Rahmen des Projektes „**Tourismusmanagement Skandinavien**“ Mitgliedern des Landfrauenverbandes eine berufs begleitende Skandinavienkompetenz vermittelt. Neben der Schulung einer skandinavischen Sprache standen Netzwerkarbeit, Analysen und Projektentwicklung für Agrarstruktur, Agrartourismus, Interkulturelle Aspekte, Wirtschaftspolitik und Zielgruppenmarketing im Zentrum des Lehrgangs. Zielsetzung war, die zahlreichen Erfahrungen, Kontakte und Netzwerke des Nordkollegs Rendsburg mit Skandinavien aus Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden für den Tourismus nutzbar zu machen und zur Kompetenzvermittlung bei den hier tätigen - oder zukünftig tätigen - Multiplikatoren beizutragen. Das Projekt wurde aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II (ESF) gefördert.
111. Zahlreiche Unternehmen der schleswig-holsteinischen **Ernährungswirtschaft** verfügen über langjährige und intensive Geschäftskontakte in die Staaten des Ostseeraumes hinein. Das gilt traditionell für die Länder Skandinaviens, speziell Dänemark, aber in den letzten Jahren auch verstärkt für die Länder des östlichen Ostseeraumes (Polen, Litauen, Lettland, Estland und Russland). Bei verarbeiteten, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln dominiert das Exportgeschäft. Bei landwirtschaftlichen Produkten (Obst und Gemüse) spielen Länder wie Polen auch als Beschaffungsmarkt eine zunehmende Rolle. Es gibt darüber hinaus viele Beispiele für Betriebsansiedlungen, Kooperationen und Joint-Ventures.
112. In den vergangenen Jahren ist **die westfinnisch-schleswig-holsteinische Partnerschaft** auf dem Gebiet der **Entwicklung ländlicher Räume** durch mehrere gemeinsame u.a. im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER weiter vertieft worden. Bei einem Besuch in Schleswig-Holstein im Mai 2002 fand ein Erfahrungsaustausch über die neuen schleswig-holsteinischen Strategien zur ländlichen Entwicklung an den Beispielen des ländlichen Entwicklungsplanes ZAL und den Gemeinschaftsinitiativen „LEADER II“ und „LEADER plus“ statt. Dieser wurde im Rahmen eines Gegenbesuchs der Landwirtschaftsministerin im Juni 2002 in Westfinnland fortgesetzt. Weitere Nachfragen nach konkreter Zusammenarbeit sind von Seiten der in Schleswig-Holstein gebildeten lokalen „LEADER plus“-Aktionsgruppen geäußert worden.

113. Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit mit Finnland ist die Forschung über **Küstenschutz**. Der Finnische Geologische Dienst hat als Hauptantragsteller ein transnationales Projekt im Rahmen des INTERREG IIIB Ostseeprogramms formuliert und beantragt. Bei dem Projekt geht es um die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf den Hochwasserschutz und die Raumordnung. Das Fachreferat Küstenschutz des MLR ist als Partner mit seiner Fachexpertise aber ohne finanzielle Beteiligung im Projekt eingebunden. Für Schleswig-Holstein kann die Teilnahme neue Gesichtspunkte zum Risikomanagement bringen.
114. Die für Raumordnung zuständigen Ministerien der Staaten rund um die Ostsee arbeiten im Rahmen von **VASAB („Vision and Strategies around the Baltic Sea“)** zusammen. An dieser Zusammenarbeit ist Schleswig-Holstein seit dem Beginn 1992 beteiligt. Nachdem im Jahre 1994 der erste Bericht „VASAB 2010 – Leitbilder und Strategien rund um die Ostsee 2010“ weltweit das erste Mal ein transnationales Leitbild zur Raumentwicklung erstellt hatte, wurde im Dezember 1996 das erste Aktionsprogramm der beteiligten Länder und Regionen verabschiedet. Ein nunmehr als Broschüre vorgelegter Bericht „VASAB 2010+“ wurde im Rahmen eines Interreg II C Ostsee-Projektes erarbeitet und reflektiert die Erfahrungen aus der 8-jährigen Kooperation. Er berücksichtigt insbesondere die veränderten Bedingungen nach einem ersten Jahrzehnt des politischen Systemwechsels in Europa, neue Kenntnisse über räumliche Trends in der Ostseeregion sowie eine Vielfalt transnationaler Kooperationsprojekte. Auf dieser Basis wurden Empfehlungen für künftiges transnationales Handeln und entsprechende Projekte entwickelt.

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (MASGV)**

115. **Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein - Projektgruppe 4: „Medizinische Versorgung“ (Leitprojekt: Grenzüberschreitende medizinische Versorgung)**

Im Mittelpunkt stehen derzeit noch Maßnahmen zur Fortsetzung der „**Patientenbrücke mit Norwegen**“ und die Fortentwicklung einer kontinuierlichen Kooperationsbeziehung mit Norwegen im Gesundheitsbereich.

Im April 2001 erhielten für die Bundesrepublik Deutschland ausschließlich drei Krankenhäuser in Schleswig-Holstein eine offizielle Akkreditierung durch das Rikstrygdeverk (Diakonissen-Krankenhaus in Flensburg, Ostseeklinik Damp und Lubinus-Klinik in Kiel). Zu Beginn 2002 sind zwei weitere Akkreditierungen in Schleswig-Holstein erfolgt (Westküstenklinikum Heide, Christian-Albrechts-Uni-

versität Kiel). Dies unterstreicht nochmals die Qualität der angebotenen Leistungen, bestätigt aber auch die positiven Erfahrungen, die die norwegischen Partner mit dem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein verbinden.

Das norwegische Parlament stellte im Staatshaushalt 2001 eine Milliarde norwegische Kronen (schätzungsweise 120 bis 125 Millionen Euro) für den Kauf von Gesundheitsdienstleistungen im Ausland bereit. Hintergrund war ein Engpass bei der stationären Behandlung. Insgesamt befanden sich etwa 280.000 Patientinnen und Patienten auf Wartelisten. Die durchschnittliche Wartezeit betrug 80 Tage. Nach Auskunft der norwegischen Stellen wurden im Jahr 2000 ca. 3.500 Patientinnen und Patienten im Ausland behandelt, davon 500 in Schleswig-Holstein. Nach Aussagen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rikstrygdeverks von Anfang Dezember 2001 könnten für das Jahr 2002 bis zu 1.500 Behandlungen in Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Damit würde der auf die Bundesrepublik bzw. auf Schleswig-Holstein entfallende Anteil an den Auslandsbehandlungen insgesamt die bislang geschätzten knapp 10 % überschreiten.

Zielsetzungen und Perspektiven der Projektgruppe:

- Die Projektgruppe hat weiteren Schritten zur Vertiefung der Kooperationsbeziehungen mit den norwegischen Partnern nochmals Vorrang vor weiteren Vorhaben eingeräumt. Hierzu soll insbesondere eine Veranstaltung den Erfahrungsaustausch auf der Ebene der Entscheidungsträger und Multiplikatoren (Ärzeschaft und einschlägig beteiligte Verwaltungskräfte) intensivieren.
- Nach wie vor bleibt Norwegen vorrangiger Ansprechpartner für konkrete Kooperationen im Gesundheitsbereich im Ostseeraum. Sondierungen über Kooperationen mit Dänemark und Schweden hat die Projektgruppe 4 bislang noch nicht erweitert – hier wäre aus Sicht der Beteiligten in der Projektgruppe sicher zunächst England als Partner für eine weitere „Patientenbrücke“ interessant.
- Aus Sicht der Landesregierung sollte die gute regionale Erfahrung mit Norwegen im Gesundheitsbereich weiterhin gewissermaßen als Beispiel für andere skandinavische Länder benutzt werden.
- Aufbauend auf der zurzeit geplanten Veranstaltung sollten die norwegischen Partner möglichst im engeren zeitlichen Zusammenhang auf andere Kooperations Themen angesprochen werden. Hierzu bieten sich zunächst wiederum Angebote im stationären Bereich an (z.B. Modernisierung von Krankenhäusern etc.).
- Ob Planungen für eine Einbeziehung einer norwegischen Einrichtung in ein telemedizinisches (von der EU gefördertes) Projekt gelingen wird, kann zur Zeit

noch nicht eingeschätzt werden. Im gleichen Rahmen wird aktuell nach Ansätzen für Kooperationen in Schweden und Dänemark gesucht.

116. **Zusammenarbeit mit Dänemark im Gesundheitsbereich:** Die seit Winter 1998 bestehende Kooperation zwischen der Uniklinik in Odensee und dem St. Franziskus Krankenhaus in Flensburg ist im Gefolge der Kooperationsvereinbarung mit dem Amt Sønderjylland erweitert worden. St. Franziskus ist für einen 5-Jahres-Zeitraum in die onkologische Versorgung/ Strahlentherapie für dänische Patienten eingebunden. Die Landesregierung hat den notwendigen Neubau des Strahlenbunkers zur Etablierung einer zweiten Bestrahlungsanlage mit 3,868 Mio DM gefördert. Damit werden die Bedarfe auf dänischer Seite gedeckt und zugleich eine bessere Versorgung angesichts eines erhöhten Bedarfs in Schleswig-Holstein regional sichergestellt.
117. **Errichtung einer Ausbildungseinrichtung für medizinisch-technische Assistentinnen/Assistenten (MTA) in Tartu:** Dieses Projekt wurde 2001 erfolgreich abgeschlossen. Die MTA-Schule in Tartu hat mit der MTA-Schule der Medizinischen Universität in Lübeck einen Kooperationsvertrag geschlossen, um auch weiterhin den Aufbau der Ausbildung von qualifizierten medizinisch-technischen Assistentinnen und Assistenten in Tartu weiter zu fördern. Geplant ist auch, zwei MTA-Schülerinnen oder –Schüler an die jeweilige andere Einrichtung zu delegieren. Für einen solchen Personalaustausch fehlen allerdings zurzeit noch die finanziellen Voraussetzungen.
118. **Kinderheim in Zheleznodorozny im Gebiet Kaliningrad:** Anlässlich des Workshops einer schleswig-holsteinischen Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern der Kaliningrader Gebietsverwaltung in Kaliningrad (November 1999) wurde von Seiten des Sozialzentrums Kaliningrad vorgeschlagen, eine Zusammenarbeit zwischen dem Kinderheim in Zheleznodorozny, in dem geistig behinderte Kinder betreut werden, und einer entsprechenden schleswig-holsteinischen Einrichtung herbeizuführen. Es sollte dabei sowohl um eine personelle Zusammenarbeit gehen als auch um die finanzielle Unterstützung dieses Kinderheimes bei der Renovierung der Gebäude und bei der Anschaffung verschiedener Geräte zur Verbesserung des Betreuungsangebotes. Durch Vermittlung des MASGV wurde ein Kontakt zwischen diesem Kinderheim und dem St. Nicolaiheim Sundsacker e.V. hergestellt. Dieses Heim betreut u.a. auch behinderte Kinder, der Trägerverein ist der gemeinnützige Verein St.Nicolaiheim Sundsacker e.V., der eine Mitgliedseinrichtung des Diakonischen Werkes ist. Als

erste Maßnahmen konnten vonseiten des Trägervereins Gelder bereitgestellt werden, mit denen im Laufe der Jahre 2000 und 2001 Fenster in einem der Gebäude in Zheleznodorozny erneuert werden konnten sowie Musikinstrumente für die Musikklassen angeschafft wurden. Es ist geplant, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Heimen fortzusetzen.

119. ***Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland.*** Im

Rahmen einer Bestandsaufnahme sind zunächst Hindernisse identifiziert worden, die einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit dem nördlichen Nachbarn Dänemark entgegenstehen. Dabei hat sich gezeigt, dass neben „harten“ Hemmnissen in den durch Rechtsvorschriften geregelten Bereichen (z.B. der Steuerpflicht als auch der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) vor allem die „weichen“ Hemmnisse im Vordergrund stehen. Zu erwähnen sind in erster Linie sowohl fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland, unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse als auch mangelnde Kooperationserfahrungen.

Vom Schleswig-Holsteinischen Landtag sind bereits 1998/99 vordringliche Fragen der Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet aufgegriffen worden. Dabei hat sich in einer gemeinsam vom Sozial- und vom Wirtschaftsausschuss durchgeführten Anhörung am 17.06.1999 bestätigt, dass im Zentrum der Hemmnisse eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes Schleswig-Holstein/ Sønderjylland die vorgenannten „weichen“ Faktoren zu finden sind und darüber hinaus auch heute noch vielfältige „Vorurteilsketten“ eine Rolle spielen.

Mit dem Ziel der Förderung eines deutsch-dänischen Arbeitsmarktes sind in der Grenzregion eine Reihe von Institutionen und Initiativen tätig, unter denen insbesondere die Arbeit von EURES (European Employment Services) – eine Initiative der Europäischen Union – hervorzuheben ist. In den EURES-Gremien – der Lenkungsgruppe (Entscheidungsebene), dem Sekretariat (Arbeitsebene) sowie dem kürzlich neu geschaffenen obersten Organ der Kooperation, dem Lenkungsausschuss – ist das Sozialministerium seit 1998 mit beratender Stimme vertreten. Aus dieser Mitarbeit haben sich bereits zahlreiche Anregungen, Erkenntnisse und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen ergeben. Hervorzuheben sind insbesondere die aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ geförderten grenzüberschreitenden Projekte PROGA und GRAMARK.

## **Anlage 2:**

### ***Stand der interregionalen Partnerschaften im Ostseeraum im Jahre 2002 (Stand: Juni 2002)***

Seit etwa zehn Jahren hat Schleswig-Holstein ein beispielhaftes **Netzwerk von Regionalpartnerschaften im Ostseeraum** aufgebaut. Hauptaufgabe der Partnerschaften mit Regionen war und ist es, konkrete gemeinsame Projekte durchzuführen – möglichst mit EU-Fördermitteln. Dies schließt nicht allein die Landesregierung und Dienststellen des Landes ein; die konkrete Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaften baut wesentlich auf Initiativen und Projekten von schleswig-holsteinischen Akteuren außerhalb der Landesregierung auf.

Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die seit 1995 kontinuierlich aufgebauten „**Schleswig-Holstein-Büros**“ in ausgewählten Ländern und Partnerregionen im Ostseeraum. In Tallinn, Riga, Vilnius, Kaliningrad, Gdansk/Danzig und Malmö leisten sie wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten zugleich wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Die formellen Grundlage und **Strukturen des Partnerschaftsnetzes** wurden in den letzten vier Jahren der Entwicklung angepaßt, die in mehreren Partnerregionen durch binnen-nationale Regional- und Strukturreformen geprägt war. So wurden die Partnerschaften mit Ost-Norwegen und den westfinnischen Regionen 1998 und mit der Wojewodschaft Pommern 1999 auf eine neue Grundlagen gestellt; mit SydSam wurde 2001 eine neugefaßte „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

#### **Region Ost-Norwegen**

Die 1995 eingegangene Partnerschaft mit der Stadt Oslo und dem Bezirk Akershus wurde 1998 auf die neu gegründete Partnerregion Eastern Norway County Network („*Østlands samarbeidet*“) ausgeweitet. Die Partnerregion umfasst seitdem auch die Bezirke („*fylkeskommuner*“) Buskerud, Hedmark, Oppland, Telemark, Vestfold und Østfold und stellt mit 2,2 Mio. Einwohnern rund die Hälfte der Einwohnerzahl Norwegens.

Die im Jahr 2001 zwischen dem norwegischen Reichsversicherungsamt und schleswig-holsteinischen Krankenhäusern vereinbarte „Gesundheitsbrücke“ (pasientbro), in deren

Rahmen bereits im ersten Jahr 500 norwegische Patienten in Schleswig-Holstein behandelt wurden, war zuvor im Rahmen der Partnerschaft entwickelt worden. Die aus diesem Projekt sowie im Rahmen eines Besuchs der schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin (Februar 2001) gewonnenen Kontakte und Erkenntnisse sollen vertieft und verbreitert werden; mögliche Ansätze bieten die Felder Krankenhausmanagement oder Medizin-Technologie.

Eine gemeinsame Kulturarbeitsgruppe arbeitet an einer Vertiefung des kulturellen Austausches. Gearbeitet wird dabei auf zwei Ebenen: dem gezielten Austausch von Information über die in den Partnerregionen vorhandenen kulturellen Strukturen und in der Verabredung von Projekten. Hierbei wurden von der Arbeitsgruppe folgende Schwerpunkte gesetzt: Künstleraustausch, Edvard Munch Ausstellung in Lübeck, Vorbereitung eines schleswig-holsteinischen Kultursommers in Norwegen in 2003 oder 2004. In Hamar (Hedmark) fand im September 2001 ein Jugendkulturworkshop statt, die gemeinsamen Arbeiten wurden in Norwegen und Kiel anschließend ausgestellt.

Der Schüleraustausch soll durch die Schaffung eines Langzeitaustausches weiter vertieft werden. Mit finanzieller Unterstützung der Willy-Brandt-Stiftung laufen die Vorbereitungen, Beginn ist für die zweite Hälfte dieses Jahres vorgesehen.

Im Rahmen der „Deutschland-Strategie“ der norwegischen Regierung fand im Februar 2002 in Oslo ein zweitägiges Seminar mit schleswig-holsteinischer Beteiligung statt. Ziel war die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Forschung durch Informationsaustausch und Diskussionsforen.

Das Deutsch-Norwegische Studienzentrum (DNSZ) an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - ein anerkannter und in Norwegen gut bekannter Knotenpunkt für Studienaufenthalte in Deutschland - vergibt seit kurzem jährlich ein Stipendium für norwegische Studenten.

Der Vermittlung von Kooperationskontakten im Bereich Technologie dienten der Besuch einer norwegischen Technologie-Delegation im September 2000 und ein Seminar zum Thema Strategien für die Informationsgesellschaft im April 2001 in Schleswig-Holstein. Derzeit werden in Norwegen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Multi Media Campus Kiel geprüft.

Als neues Handlungsfeld ist vereinbart worden, durch Angebote zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Zugang zu den jeweiligen Arbeitsmärkten wechselseitig zu vereinfachen.

### ***Finnische Partnerregion***

Seit 1998 besteht eine Partnerschaft mit den drei finnischen Regionen Ostrobotnia, Central Ostrobothnia und Etelä-Pohjanmaa (South Ostrobothnia), die nach vollzogener Funktionalreform in Finnland an die Stelle der Partnerschaft mit der vormaligen Provinz Vaasa getreten ist.

Über die Arbeitskontakte hinaus hat die Ministerpräsidentin im Rahmen ihres Besuchs in Helsinki (Juni 2002) auch Gespräche mit politischen Vertretern der Partnerregion geführt. Dem schlossen sich Fachgespräche der Landwirtschaftsministerin in der Partnerregion im Rahmen ihres Finnland-Besuchs (Juni 2002) an, die wesentlich der Fortführung der langjährigen Kooperation im Rahmen des EU-Programms LEADER (Entwicklung ländlicher Räume) dienen.

Parallel zum Schleswig-Holstein-Musikfestival 2001 wurde auch der „Kultursommer 2001“ im Bereich Literatur, Bildende Kunst und Film unter dem Schwerpunktthema "Finnland" in Kooperation mit verschiedenen finnischen Partnern, darunter vor allem aus den west-finnischen Partnerregionen, durchgeführt. Sowohl gemessen an der Anzahl der beteiligten Institutionen als auch an den Besuchern der Veranstaltungen war es der bis dahin erfolgreichste Kultursommer mit einem Länderschwerpunkt. Die finnische Partnerregion und das MBWFK haben zu Jahresbeginn 2002 eine gemeinsame Kulturarbeitsgruppe eingerichtet, die sich für die Zukunft einen regelmäßigen Austausch zur Koordination und Besprechung ggf. gemeinsam zu fördernder Projekte zum Ziel gesetzt hat.

Die Zusammenarbeit im Bereich Technologie soll künftig vor allem in den Feldern erneuerbare Energien (Wind und Bio-Masse), Meeres- und Lebensmitteltechnologie verstärkt vorangetrieben werden. Erste weiterführende Kontaktvermittlungen haben im April 2002 in Kiel in Zusammenarbeit mit der Technologie-Transfer-Zentrale (ttz) stattgefunden.

Die im Rahmen des im September 2001 abgeschlossenen EU-geförderten Projekts BERNET („Baltic Eutrophication Reduction Network“) aufgebauten Fachkontakte im Bereich Gewässerschutz sollen fortgesetzt werden. Im Gesundheitsbereich sollen

bestehende Kooperationsansätze in den Feldern Telemedizin, Chipkarten-Systeme, Rehabilitation und Krankenhausmanagement weiter entwickelt werden; geprüft werden soll eine finnische Beteiligung an der jährlichen „Baltic Medical Summer School“, einem Kooperationsprojekt der Universitäten Kiel, Lund und Kopenhagen. Über die bestehende Partnerschaft konnte die Universität Vaasa als weiterer Partner für das INTERREG III B-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ gewonnen werden.

### **SydSam/Süd-Schweden**

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluß der sechs südschwedischen Regionen (läns) im Verband SydSam (Samverkan i Sydsverige) wurde im Juni 2001 durch Unterzeichnung einer überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ erneuert. Als Handlungsfelder sind vereinbart: Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Informationstechnologie, Berufliche Bildung, Ausbildung und Forschung, Verkehr, Umwelt und Energie, Kultur und Jugend sowie Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltung.

Hauptsäulen der aktuellen Partnerschaft mit SydSam sind die Universitätspartnerschaften: Hochschulkooperation existieren zwischen der Universität Lund und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der Universität Lübeck sowie der Fachhochschule Lübeck. Das von der FH Lübeck aus dem innerdeutschen Projekt „Virtuelle Fachhochschule“ entwickelte ostseeweite Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ - gefördert aus dem EU-Programm INTERREG III B - geht wesentlich auf die begonnene Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule Lübeck, südschwedischen Hochschulen und der Region Skåne (Südschweden) zurück.

Völlig neue Kooperationsmöglichkeiten entwickeln sich im Rahmen der Fortführung des INTERREG III B-Projekts STRING („South-Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography“). Nachdem in der ersten Projektphase im Juni 2001 ein gemeinsames Entwicklungskonzept für die „Südwestliche Ostseeregion“ erarbeitet und beschlossen worden war, sollen dessen Empfehlungen in ausgewählten Handlungsfeldern zunächst bis Juni 2004 weiter vertieft und konkretisiert werden. Unmittelbar an dem Projekt beteiligt ist die Region Skåne (Südschweden); das Projekt steht jedoch zur Teilnahme auch weiteren Mitgliedsregionen im Verband SydSam offen.

Die aktuellen Bemühungen von SydSam und Kaliningrad, die bilaterale Zusammenarbeit auf lokaler Ebene zu vertiefen, bietet sich als Möglichkeit zum Aufbau trilateraler Kooperationsprojekte an. Ergänzt wird diese ostseepolitische Option durch die

Zusammenarbeit im Rahmen von BSSSC, in dessen Vorstand (Board) einer der beiden schwedischen Sitze seit Sommer 2001 von einem Vertreter der Region Skåne wahrgenommen wird.

Zur Zeit wird die Vertiefung der Partnerschaft jedoch noch überlagert von den anhaltenden Modellvorhaben der Regional- und Funktionalreform in Schweden. Insbesondere die Regionen Skåne und Kalmar richten ihr Hauptaugenmerk derzeit auf die Durchführung dieser bis 2003 andauernden Modellprojekte.

### ***Wojewodschaft Pomorskie/ Pommern***

Die schon 1992 als erste unter den bestehenden Partnerschaften Schleswig-Holsteins begründeten Beziehungen zur Region Danzig konnten bereits kurzfristig nach der zum 01.01.1999 in Kraft getretenen Wojewodschaftsreform durch die Unterzeichnung einer erneuerten Gemeinsamen Erklärung mit der neuen Wojewodschaft Pomorskie/Pommern (März 1999) nahtlos fortgesetzt werden.

Im Mittelpunkt der Partnerschaft steht die Unterstützung der Wojewodschaft bei der Ausfüllung der 1999 neu erworbenen Kompetenzen, insbesondere mit Blick auf die mit dem bevorstehenden EU-Beitritt Polens verbundenen Aufgaben. Angeboten werden u.a. Unterweisungen von Verwaltungsmitarbeitern aus der Wojewodschaft durch Fachleute der Landesregierung in der Nutzung von EU-Strukturfonds sowie wechselseitige Praktika, Hospitationen oder Seminarbildungen in Pomorskie und Schleswig-Holstein bzw. im Hanse-Office in Brüssel.

Höhepunkte der Partnerschaft mit der polnischen Wojewodschaft Pomorskie/Pommern waren die Jugendkonferenzen „CzasSprung 2010“ (Gdansk/Danzig, Mai 2001) und „Baltic Bridges – From the present to the future“ (Kiel/Lübeck, Mai 2002). Im Mai 2001 begleiteten 60 Jugendliche die Ministerpräsidentin auf einer Reise nach Krakau, Auschwitz und Gdansk/Danzig und diskutierten mit polnischen Gastjugendlichen ihre Visionen für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft in einem gemeinsamen Europa. Zum Gegenbesuch im Mai 2002 kamen 50 polnische Jugendliche in Begleitung von Sejm-Marschall Zarebski (Pomorskie/Pommern) und diskutierten mit Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und anderen Ostsee-Anrainerstaaten Perspektiven der Verständigung und Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Mit dieser gemeinsamen Initiative haben beide Partnerregionen ein Forum für die Verständigung der „Generation von morgen“ geboten.

Aktuelle Projekte sind ein für Herbst 2002 vereinbartes Technologie-Transfer-Seminar in Gdansk zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (Partner: IHK Kiel und die Handwerkskammer Pommern), ein Twinning-Projekt zur Vorbereitung der Übernahme von EU-Fischereirecht durch die polnische Fischereiverwaltung in Gdansk sowie der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der Hochschule für Kunst und Gestaltung in Kiel (Muthesius-Hochschule) und der Hochschule für Kunst in Gdansk.

Weiterhin geplant ist ein gemeinsames Seminar zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Die Landeszentrale für politische Bildung will den seit 27 Jahren stattfindenden Lehreraustausch mit der Wojewodschaft Oppeln auch auf Pommern ausdehnen.

Die seit Mai 2000 von der Partnerregion wahrgenommenen Funktionen des BSSSC-Vorsitzes und des BSSSC-Sekretariates werden im Rahmen der Partnerschaft von Schleswig-Holstein unterstützt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und der Sejmik der Wojewodschaft Pomorskie unterzeichneten in 2001 ein Memorandum zur parlamentarischen Zusammenarbeit.

### ***Gebiet (Oblast) Kaliningrad / Königsberg***

Die seit Anfang der 90er Jahre bestehenden Verbindungen mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad wurden 1999 durch die Unterzeichnung eines „Memorandums über die regionale Zusammenarbeit“ auf eine formale Grundlage gestellt. Bereits in den Jahren zuvor waren die Beziehungen durch weitere Partnerschaften und Initiativen auf kommunaler Ebene sowie von Seiten privater Verbände und Organisationen erheblich intensiviert worden. Heute sind Partner und Initiativen aus Schleswig-Holstein die auch vor Ort am meisten beachteten Beiträge aus Deutschland zur Unterstützung des Gebiets Kaliningrad.

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht die Unterstützung für die Kaliningrader Gebietsverwaltung, sich mit Blick auf die Perspektiven und Herausforderungen als „russische Exklave im europäischen Binnenmarkt“ gegenüber der Ostseeregion, aber auch bei der Europäischen Kommission Gehör zu verschaffen. Diesem Zweck dienen u.a. Fachvorträge in Kaliningrad sowie die Einladung einer Kaliningrader Delegation zu politischen Gesprächen in Brüssel im März 2000. Gemeinsam mit BSSSC und der schleswig-holsteinischen Partnerregion Eastern Norway County Network organisierte die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei die viel beachtete BSSSC-Konferenz „The Northern Dimension and Kaliningrad Oblast“ (März 2001).

Aktueller Schwerpunkt der Kooperation war die Veranstaltungsreihe „Schleswig-Holstein stellt sich vor“ in Kaliningrad: Von Oktober 2001 bis Mai 2002, in Einzelveranstaltungen wie Seminaren, Vorträgen oder Ausstellungen präsentierten diverse Akteure aus Schleswig-Holstein gemeinsam mit ihren Kaliningrader Partnern ihre Projektarbeit der Öffentlichkeit vor Ort.

Deutlich ausgebaut wurde der politische Dialog zwischen der Gebietsverwaltung Kaliningrad und der Landesregierung: Im Juni 2002 erwiderte die Ministerpräsidentin den Besuch des Gouverneurs zur Kieler Woche 2001. Bereits zuvor war im Oktober 2001 eine Delegation des Landes unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei zur Prüfung weiterer Handlungsfelder und Projekte der Zusammenarbeit nach Kaliningrad gereist.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden die Bereiche Hochschule (Universität Kiel), Landwirtschaft (Praktikantenprogramm des MLR sowie Zusammenarbeit der Agrarfakultäten der Kieler und der Kaliningrader Universität) sowie die Zusammenarbeit der Landespolizei mit der Milizhochschule in Kaliningrad. Im Rahmen des Besuchs der Ministerpräsidentin vereinbarte der Innen-Staatssekretär eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere im Bereich des Organisierten Verbrechens und des Rauschgifthandels; vereinbart wurden ebenfalls der Austausch von Ermittlungsbeamten, die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen sowie Unterstützung beim Aufbau kriminalpräventiver Räte in Kaliningrad.

Gemeinsam entwickelt wird eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Suchthilfe und der AIDS-Bekämpfung; so besuchte eine Fachdelegation aus Kaliningrad im Juni 2002 Facheinrichtungen in Schleswig-Holstein. Die im Rahmen der Partnerschaft vermittelte Zusammenarbeit des Kinderheims in Zheleznodorozny mit einer Einrichtung in Schleswig-Holstein konnte mit Unterstützung des Landes ausgebaut werden. Aufbauend auf erste Fachkontakte und –veranstaltungen strebt die Wirtschaftsakademie (WAK) gemeinsam mit Berufsbildungseinrichtungen in Kaliningrad die Durchführung EU-geförderter Projekte vor Ort an. Nach positiven Erfahrungen einer vergleichbaren Zusammenarbeit mit Archangelsk prüft die Justizverwaltung Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der Strafvollzugsausbildung in Kaliningrad.

Parallel arbeitet der Schleswig-Holsteinische Landtag auf der Grundlage des im Januar 2001 unterzeichneten „Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit“ mit

der Duma des Gebietes Kaliningrad zusammen. Eines der Schwerpunktfelder ist der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Kaliningrad.

### ***Sønderjyllands Amt, Dänemark***

Im Juni 2001 wurde zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt erstmals eine formale Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit vereinbart. Damit wird die über Jahrzehnte gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf ein zusätzliches Fundament gestellt. Die bestehende projektgebundene Zusammenarbeit in der unmittelbaren Grenzregion soll dabei nicht ersetzt, sondern um Akteure und Potenziale des gesamten Landes ergänzt werden; zugleich soll die Partnerschaft ein Forum für den unmittelbaren politischen Meinungs austausch beider Nachbarn schaffen.

Vorrangige Handlungsfelder sind Technologie und Informationsgesellschaft, Regionalentwicklung und Raumplanung, Hochschul- und Kulturkooperation, Umwelt, Energie und Abfallwirtschaft, Transport und Logistik sowie grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und Qualifizierung. Angesichts der auf beiden Seiten teilweise erheblich voneinander abweichenden Strukturen und Kompetenzen haben Experten beider Partner in ausgewählten Handlungsfeldern zunächst Interessenlagen und Projektmöglichkeiten ausgelotet. Künftig sollen im Rahmen von Jahresprogrammen konkrete Projekte vereinbart werden. In einzelnen Feldern konnten bereits erste Schritte zur Vertiefung der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erzielt werden, so z.B. in den Bereichen Kultur, Verkehr oder Gesundheitskooperation.

Gemeinsam streben die Landesregierung und Sønderjyllands Amt dabei auch eine engere Zusammenarbeit in Brüssel, im Ostsee- wie im Nordseeraum oder beispielsweise im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen mit Partnerregionen in Polen an. Angesichts der zunehmend intensiveren inner-dänischen Zusammenarbeit aller jütischen Amtskommunen soll auch geprüft werden, inwieweit eine großräumigere Zusammenarbeit auf der Achse Hamburg – Schleswig-Holstein – Jütland – Oslo/ Göteborg möglich und aus Sicht aller zu beteiligenden Regionen sinnvoll ist.

Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark und hier insbesondere mit der Region Sønderjylland kann als erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum bezeichnet werden. Eine gemeinsame Recherche des MBWFK mit dem Kultursekretariat des Amtes Sønderjylland zeigt für den Zeitraum 1998-2002 über 65 Kooperationen zwischen Kulturschaffenden und Institutionen beider Regionen. Die Kulturkooperationen konzentrieren sich auf die

Grenzregion, aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden. Insbesondere in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik und Museen kann eine intensive kulturelle Kooperation auf allen Ebenen festgestellt werden. Das Kultursekretariat des Amtes Sønderjylland und das MBWFK haben zu Jahresbeginn 2002 einen regelmäßigen Austausch zur Koordination ggf. gemeinsam zu fördernder Projekte vereinbart.

Vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen grenzüberschreitenden Beziehungen kommt daneben der praktischen EU-Projektförderung in der Programmphase INTERREG III A (2000 - 2006) besondere Bedeutung zu. Bereits in der abgelaufenen Programmphase (1994-99) konnten in den drei deutsch-dänischen Kooperationsräumen (Landesteil Schleswig - Sønderjyllands Amt, Region K.E.R.N. - Fyns Amt und Ostholstein/Lübeck - Storstrøms Amt) insgesamt rund 68 grenzüberschreitende Projekte mit einem INTERREG II A-Fördervolumen von 18,8 Mio. EURO bewilligt werden. Für die Programmphase 2000-2006 (INTERREG III A) stehen insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 33 Mio. EURO für grenzüberschreitende Projekte in den drei Kooperationsräumen zur Verfügung.

### ***Baltische Staaten***

Mit Partnern auf verschiedenen Ebenen in den drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unterhält Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren eine Zusammenarbeit. In allen drei Baltischen Staaten ist das Land mittlerweile mit Schleswig-Holstein-Büros vertreten.

Die partnerschaftlichen Beziehungen zu den baltische Staaten stützen sich dabei - in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner - vorwiegend nicht auf formalisierte Abkommen. Ausnahmen sind u.a. die Twinning-Projekte mit Estland in den Bereichen Justiz, Drogenbekämpfung und Agrarverwaltung, die Ausbildungs- und Beratungshilfen der Landespolizei in Estland und Lettland sowie die zwischenzeitig überarbeiteten „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ zwischen dem MLR und Estland bzw. Lettland. Unabhängig von formellen Vereinbarungen entwickelt sich die Zusammenarbeit aufgrund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbständig.

Im Mittelpunkt von Kooperationsprojekten steht derzeit die Unterstützung dieser Länder bei der Erlangung der EU-Beitrittsfähigkeit:

- In Estland läuft seit September 2001 das Twinning-Projekt „Entwicklung und Implementierung einer umfassenden Drogenbekämpfungsstrategie“; beteiligt sind das Innenministerium, das MASGV sowie die Landesstelle gegen Suchtgefahren.
- Ebenfalls in Estland läuft seit September 2001 ein Twinning-Projekt zum Aufbau einer EU-konformen Zahlstelle für Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarpolitik; Projektleitung und Langzeitexperte werden vom MLR gestellt.
- Die vom MUNF weiterhin unterstützte Arbeit des „Baltic Environment Forum“ (BEF) in Riga zielt darauf ab, in den Beitrittsländern eine Angleichung an das Niveau der europäischen Chemikalienvorschriften zu erreichen.
- Die zwischen dem MLR und den Landwirtschaftsministerien in Estland und Lettland vereinbarte Zusammenarbeit soll künftig auch für gemeinsame Projekte genutzt werden, um im Rahmen des EU-Programms SAPARD die dortigen Agrarverwaltungen an EU-Standards heranzuführen.

Mit Estland wurden im Bereich der Qualitätssicherung in 2001 Hospitationen auf Ebene der Landwirtschaftskammern begonnen. Über ein mittlerweile abgeschlossenes Projekt zur Errichtung einer Ausbildungseinrichtung für medizinisch-technische Assistentinnen/Assistenten (MTA) in Tartu wurde eine Zusammenarbeit zwischen dieser Einrichtung und der Medizinischen Universität Lübeck (MUL) aufgebaut.

Um die politischen Kontakte zu den einzelnen baltischen Staaten zu intensivieren, reiste die Ministerpräsidentin im September 2001 nach Riga; zuvor hatte sie den Bundeskanzler im Rahmen seiner Besuche in allen drei Staaten im Juni 2000 nach Tallinn, Riga und Vilnius begleitet. Der Wirtschaftsminister nahm im Juni 2002 auf Einladung des Hamburger Wirtschaftssenators an einer Unternehmerreise nach Riga teil. Ebenfalls im Juni 2002 vertiefte der Innenminister die Kontakte zu Estland und Lettland ebenso wie die Landwirtschaftsministerin in Estland.

***Anlage 3: Abschlußerklärung des 4. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten (St.Petersburg / Russland, 10.06.2002)*** <sup>68</sup>

At the invitation of the Prime Minister of the Russian Federation, the Heads of Government of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, the Russian Federation and Sweden met in St. Petersburg on 10 June 2002. The Presidency of the European Union and a member of the European Commission also participated.

The 10<sup>th</sup> anniversary of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) provides a good opportunity to assess results achieved to date and to set the agenda for the coming ten years. The implementation of the goals and spirit of the 1992 Copenhagen Declaration of the CBSS has helped to create a common identity for the Baltic Sea region. Having developed multilateral co-operation covering a wide range of issues, the CBSS has become an important political and economic factor contributing to security and stability in an undivided Europe. It is of great importance that co-operation within the framework of the CBSS supports and complements bilateral relations among the Member States.

***Baltic Sea Regional Co-Operation and European Union Enlargement***

The Heads of Government reiterate the significance of further European Union enlargement embracing Estonia, Latvia, Lithuania and Poland. The CBSS will utilise its advantage of encompassing both members and non-members of the EU to prevent divisions and achieve cohesion.

The pending EU enlargement will open new prospects for EU-Russia relations but at the same time may create new problems, including in the sphere of trade, economic co-operation and human contacts. The Heads of Government welcome the intention of the EU and Russia to continue discussions on these matters. They emphasise the objective of creating a EU-Russia Common European Economic Space. Existing opportunities should be used to the full with the aim of reaching a high degree of economic integration.

The Heads of Government stress that Kaliningrad Oblast of the Russian Federation should become an example of fruitful EU-Russia interaction in solving relevant practical problems and seizing the opportunities offered by EU enlargement. They welcome the

---

<sup>68</sup> Internet: [www.cbss.st/documents/meetingshead\\_government/stpetersburg2002](http://www.cbss.st/documents/meetingshead_government/stpetersburg2002)

intentions of the EU and Russia to continue joint work with a view to reaching mutually acceptable solutions for the Kaliningrad Oblast.

The Heads of Government recognize that the EU Northern Dimension is a dynamic framework for dialogue and co-operation and encourage the CBSS and other organisations in the region to contribute to its implementation. The new Northern Dimension Action Plan, to succeed the present one expiring in 2003, should be complementary to EU enlargement and implemented in parallel to it, in order to ensure that the benefits of enlargement do not stop at the new external borders of the EU.

The Heads of Government agree to focus on measures for improved cross-border and sub-regional co-operation with the aim of further development of the Baltic Sea region. Enhancement of direct contacts at local and regional level forms the common ground for finding answers to new challenges. In particular, they support expanded cross-border co-operation with the North-West of the Russian Federation to benefit its economic development. They also underline the importance of transnational co-operation between countries, regions, cities and municipalities in the field of spatial planning and development as highlighted by the 5<sup>th</sup> Conference of Ministers for Spatial Planning and Development in the Baltic Sea Region.

The Heads of Government encourage further support for Baltic Sea youth co-operation. Countries of the region should strive for a knowledge-driven approach to youth policy, and promote active participation by young people in the development of democratic and pluralistic civil societies in the CBSS Member States. They welcome the results of the Baltic Sea Youth Ministers conference in Vilnius.

Development of a common civil society is of particular importance in a reunited Europe. Baltic Sea "region-building" needs to be supported by maturing civil societies in all CBSS Member States. The peoples of the Baltic Sea region share the same values and face similar challenges. The region stands to benefit from the exceptional potential of NGO-related co-operation, which the civil society structures have begun to exploit by establishing a Baltic Sea area-wide NGO network. The Heads of Government welcome the outcome of the Lübeck and St. Petersburg NGO fora and the convening of the NGO forum in Turku in 2003.

Promotion of democracy and the rule of law, civil society and human rights, including the rights of persons belonging to minorities, as well as combating all manifestations of racism and xenophobia, form an integral part of CBSS activities. Activities of the CBSS

Commissioner on Democratic Development are of particular importance in this respect. Regular meetings of national/parliamentary ombudsmen provide a further important channel of regional co-operation.

The Heads of Government welcome co-operation between the CBSS and the Council of Europe. They underline the importance of regional co-operation in various parts of the European continent as outlined in the Vilnius Declaration of the Council of Europe on Regional Co-operation and the Consolidation of Democratic Stability in Greater Europe.

### ***Economic Growth and Sustainable Development***

The Heads of Government pledge to make a strong common effort to reach the goals as set out by the CBSS Ministers of Trade and Economy in the Moscow Action Plan, particularly with regard to removing the remaining barriers to trade and investment and promoting economic growth, including efforts to nurture the development of SME's. The Heads of Government request a special report to their next Summit meeting on achievements with regard to crucial cross-sectoral issues: reaching the objective of maximum two hours for border crossing of goods; combating corruption, which constitutes a hindrance to increased trade and investment; establishing the Baltic Sea Region as an investment area characterised by transparency, predictability and the rule of law. Further progress is also needed in the areas of standardisation and certification requirements, in order to make it easier for companies to gain market access.

The Heads of Government are committed to further strengthening of the Baltic Sea region's leading position in the IT sector through national action and multilateral co-operation. It will be of particular importance to provide continued focus on the Northern e-Dimension Action Plan (NeDAP) as an important tool for existing and new IT-activities in the region and to stimulate integration and synergies of various IT networks in the Baltic Sea area. The Heads of Government call for efficient implementation of the NeDAP action lines on high-speed research networks, e-Security, e-Skills, e-Commerce, e-Government and e-Indicators. They also welcome the financial support announced by the European Commission and others for NeDAP activities.

The Heads of Government reaffirm their commitment to promoting sustainable development in the Baltic Sea region and emphasise the role of the Agenda 21 for the Baltic Sea region (Baltic 21). They forward a common message to the upcoming UN World Summit on Sustainable Development in Johannesburg.

The Heads of Government acknowledge that in order to reduce greenhouse gas emissions at the international level, an internationally binding system is absolutely necessary. The Kyoto Protocol is a first important step in this direction. For this reason it must be ratified and implemented as quickly as possible by all CBSS Member States and developed further.

Energy supply is vital for sustainable development. Successful integration of energy markets in the Baltic Sea Region would considerably increase the security of supply and at the same time make possible cost-effective environmental improvements. The results gained so far in the Baltic Sea Regional Energy Co-operation (BASREC), being one of the most important instruments to fulfil the intention of the EU Northern Dimension, are promising. The Heads of Government urge the Ministers of Energy, meeting later this year in Vilnius, to facilitate efforts to integrate national energy systems through harmonisation and development of policies, continued regional co-operation on electricity and gas markets, climate issues, energy efficiency and utilisation of renewable energy sources. The ambition to develop the Baltic Sea Region into a testing ground for flexible mechanisms under the Kyoto Protocol should now be fulfilled.

The Heads of Government support on-going efforts aimed at developing a sustainable regional transport network and note its positive impact on the improvement of infrastructure, economy and trade in all parts of the Baltic Sea region, in the context of EU enlargement and the main objectives of the Northern Dimension. Full realisation of Pan-European Network Corridors I, II and IX and the creation of new rail connections, together with the modernisation and development of existing rail networks and further enhancement of short sea shipping by developing the concept of "Motorways of the Baltic Sea", are important steps towards connecting the Baltic Sea regional infrastructure with the Trans-European network. The Heads of Government take note of the conference of CBSS Ministers of Transport held in Gdansk in 2001 and expect an efficient follow-up.

The Heads of Government recognise the severe environmental stress in the Baltic Sea and urge all relevant stakeholders to take immediate action to reduce the input of nutrients and hazardous substances in order to restore the ecosystem function of the Baltic Sea. They note in this regard the progress made by individual countries and through HELCOM's Baltic Sea Environmental Action Programme and call for its further effective implementation.

The Heads of Government urge all stakeholders to take relevant action in order to secure long-term sustainable fisheries, taking into account scientific catch recommendations and the ecosystem approach, thus ensuring a more selective fishery and an effective fisheries control.

The Heads of Government underline the importance they attach to co-operation on nuclear safety and radioactive waste and urge all parties concerned to make every effort to bring the Multilateral Nuclear Environmental Programme for the Russian Federation (MNEPR) negotiations to an early successful conclusion. They support the elaboration of the Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP) with the aim of speeding up financing of environmental protection projects, including in the field of nuclear safety. In this context, they also stress the importance of timely joint actions to improve wastewater treatment facilities in St. Petersburg and elsewhere in the Baltic Sea region.

### ***Human Security***

The Heads of Government note with satisfaction the establishment of the Child Centre for IT-based exchange of information and experiences regarding children at risk and welcome the broadening of this co-operation taking into account i.a. the problem of the large number of street children, homeless children and children in social care institutions. Joint efforts are also needed to find appropriate solutions to the acute problem of trafficking in children and the increasing number of unaccompanied minors crossing the national borders within the region, their proper care, identification, repatriation and rehabilitation. In these activities, the member states will take into account the outcome document of the UN General Assembly Special Session on Children held in May 2002.

The Heads of Government welcome the report from the Task Force on Communicable Disease Control in the Baltic Sea Region. They draw attention to the measures that are specified in the attached separate statement. The Task Force shall continue its work, and issue a final report to the 5<sup>th</sup> Baltic Sea States Summit.

The Heads of Government welcome the report from the Task force on Organized Crime in the Baltic Sea Region and note the conclusions of the Ministers responsible for police co-operation in Lübeck in May 2002. They stress that the countries of the Baltic Sea region are united in the view that organised crime is a threat to democracy and good governance and therefore consider the work carried out by the Task Force on Organized Crime of profound importance. The Heads of Government deem terrorism to

be one of the greatest threats to modern civilized societies and endorse the decision to include organized crime in relation to terrorism in the operational co-operation within the Task Force. They welcome the decision by the Ministers responsible for police co-operation to meet again in two years in order to review the Task Force co-operation and its structure. They welcome that Denmark will chair the Task Force until the end of 2004.

Developments in the Baltic Sea area during the past decade have generated an increasing awareness of the importance of civil security. Co-operation in this field, launched at the Riga Summit in 1998, is of direct interest to all citizens of the region. The Heads of Government recommend further efforts on civil protection, surveillance and crisis management research according to the agreed priorities set forth by Poland as CBSS lead country. The co-operation on civil protection between the EU and CBSS within the framework of the Northern Dimension (EUROBALTIC) should be implemented rapidly.

The Heads of Government note the increase in oil transports in the Baltic Sea area. They emphasise the importance of implementation of the recent decisions of HELCOM on maritime safety, including the phasing out of single-hull oil tankers, the introduction of the joint Automatic Identification System for sea traffic as well as enhancing the use of pilotage in the Danish straits and promoting the Vessel Traffic Management and Information System in the Gulf of Finland. They also underline the urgency of improving oil-combating ability in the Baltic Sea area.

\*\*\*\*\*

The countries of the Baltic Sea region look toward the future with confidence and optimism. The CBSS, working together with other regional organizations, will continue to play an indispensable role bridging members and non-members of the EU. In its second decade as in its first, the CBSS will work to secure a prosperous future for the region as a whole, a region of sustainable development, where all countries and societies enjoy security and stability and share common democratic values. The Heads of Government welcome the invitation of the Estonian Prime Minister to meet next time in the same format in the spring of 2004 in Estonia.

**Anlage 4:*****Abschlußerklärung der 11. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister, CBSS (Svetlogorsk / Russland, 05./06.03.2002)*** <sup>69</sup>**DECLARATION*****The Council of the Baltic Sea States (CBSS)***

represented by the Foreign Ministers of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden and a Member of the European Commission

convened at Svetlogorsk in the Kaliningrad Oblast of the Russian Federation for the 11<sup>th</sup> Ministerial session of the CBSS, marking the 10<sup>th</sup> anniversary of the establishment of the Council,  
and adopted the following Declaration.

***A Decade of Concentrated Effort***

Driven by the will to enhance stability and prosperity in the Baltic Sea region through strengthened co-operation on an equal and non-discriminatory basis, the Ministers for Foreign Affairs of the countries of the region and a representative of the European Commission adopted the Copenhagen Declaration and established the Council of the Baltic Sea States in March 1992.

Time has proven this choice to be a good way to secure, in close collaboration with the enlarging European Union, the sustainable development of the region in an era of historical changes on the European and international arena.

Shared responsibility for the future of the Baltic Sea region has allowed the Baltic Sea States to develop unprecedented multilateral co-operation, covering a wide range of intergovernmental relations, i.a. democratic institutions, human rights, sustainable development, energy, environment, radiation safety, trade, economy, spatial planning, transport, information and communication technology, civil security, youth, culture, protection of children, and the fight against organised crime and communicable diseases.

The activities of the CBSS have created closer links between many regions of the Member States and promoted cross-border co-operation in the Baltic Sea region in

---

<sup>69</sup> Internet: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession)

general and with the North-West and the Kaliningrad Oblast of the Russian Federation in particular.

The Council has contributed to the creation of a civil society network around the Baltic Sea and has helped to improve people-to-people contacts significantly. Numerous links have been established among non-governmental organisations, and Baltic Sea region-wide NGO fora have been organised.

The CBSS has contributed to the strong increase in trade and investments in the region, through supportive measures and the removal of obstacles. The CBSS Business Advisory Council has been of assistance in this process.

Regional co-operation has been a contributing factor to the sustainable development of the Baltic Sea States, and to a better functioning of democratic institutions and the efficient promotion of human rights, including gender equality issues, the rights of the child and the rights of persons belonging to minorities.

With these constructive and result-oriented developments the Baltic Sea region has generated a trend in European policies in relation to regional and cross-border co-operation and contributed to security and stability in an undivided Europe.

Common implementation of the goals and spirit of the 1992 Copenhagen Declaration has increased the understanding and confidence between the Baltic Sea States, and has created a new positive identity of the Baltic Sea region.

### ***Enhancing Baltic Sea Co-operation***

These achievements of the CBSS have been facilitated by a number of innovations and reforms.

Baltic Sea States Summits of Heads of Government have been held three times, giving strong overall political guidance and stimulus to regional co-operation. Ministerial meetings have been held in many fields, and corresponding working groups have been established.

To promote and consolidate democratic development in the member states, an independent CBSS Commissioner has been appointed. High-level Task Forces have been set up to fight organised crime and control the spread of communicable diseases.

Special programmes have been created for higher education (EuroFaculty), energy (Baltic Sea Regional Energy Co-operation - BASREC) and sustainable development (Agenda 21 for the Baltic Sea Region – Baltic 21). The Council took note of the new institutional arrangements for co-operation on child matters.

The CBSS is served by a permanent secretariat since 1998. In 2000 all regional intergovernmental co-operation taking place among the group of CBSS members was consolidated within the framework of the CBSS.

Parliamentary co-operation has been carried out through yearly conferences held by members of national and regional parliaments of the Baltic Sea states within the framework of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), ensuring democratic transparency and providing important impetus to regional co-operation.

Municipal and regional authorities have established sub-regional institutions for the development of local democracy, people-to-people contacts and cross-border co-operation in a wider sense: e.g. the Union of the Baltic Cities (UBC), the Baltic Sea States Sub-regional Co-operation (BSSSC) and a number of Euroregions.

### ***A View into the Future***

This 10<sup>th</sup> anniversary of the CBSS is not only a landmark but also a point of departure for attaining new goals.

The Members of the Council share the belief that co-operation within the framework of the CBSS will continue to diversify and strengthen, becoming a permanent political and economic factor in the north of Europe. By adapting itself to changing circumstances, taking up issues of vital common interest and aiming at concrete results, the CBSS will be able to meet the challenges ahead.

In the years to come, the Member States of the CBSS will remain united in their commitment to realizing the full potential of good-neighbourly co-operation. For the next decade, their goal will be to foster a region of accelerated sustainable growth, good environment and improved social welfare, a region where all countries and societies enjoy security and stability and share common democratic values.

The Baltic Sea States will further enhance the role of the CBSS as a political co-ordinator and initiator of wide-ranging regional co-operation.

The ultimate goal of the CBSS is to secure a prosperous future for the Baltic Sea region. The dynamics of the relationship between trade and investments, growth and welfare, stability and security will be fully utilised in the endeavour to achieve this objective. Sustainable development in our region should be ensured, e.g. through the activities of Baltic 21.

The Baltic Sea States are convinced that the promotion of democracy and human rights is an integral part of CBSS activities. The work of the CBSS Commissioner on Democratic Development is of special importance in this respect.

The Council encourages the intensified co-operation among non-governmental organisations and other civil society structures of the Baltic Sea region. This process of networking helps to identify priority tasks to be solved in common.

The results of CBSS co-operation are beneficial for all areas in and around the Baltic Sea region. The Council will continue to encourage intensified co-operation between municipal and regional authorities to enhance economic and social development. Further emphasis will be put on the sub-national level of co-operation, cross-border projects and interaction with the BSSSC and the UBC in developing trade, small and medium-sized enterprises, cultural exchanges and tourism, new transportation links and people-to-people contacts.

The Council expressed its support for regional measures to promote the development of Kaliningrad Oblast of the Russian Federation, such as the EuroFaculty project and tripartite training initiatives of Lithuania, Poland and Russia, and welcomed the initiative to set up an ad-hoc group for business development in the Oblast.

The future of the Baltic Sea region is seen as a continuous process of strengthening constructive interdependence and coherence with other European structures. The CBSS is especially in favour of intensified co-ordination and co-operation with other bodies in the North of Europe, i.e. the Barents Euro-Arctic Council, the Arctic Council, the Nordic Council of Ministers and the Helsinki Commission (HELCOM).

The CBSS reiterates the significance of further EU enlargement embracing Estonia, Latvia, Lithuania and Poland.

The Council emphasises that the Kaliningrad Oblast of the Russian Federation should become an example of fruitful EU-Russia interaction, in solving relevant practical

problems and seizing the opportunities offered by EU enlargement. The CBSS will utilise its advantage of encompassing both members and non-members of the EU to prevent divisions and achieve cohesion.

The Northern Dimension is a dynamic framework for dialogue and co-operation, which constitutes a valuable link between the EU and the CBSS. The CBSS and other regional organisations should contribute to the implementation of all sectors of the Northern Dimension Action Plan.

The Council reiterated its strong condemnation of the terrorist acts committed in the USA on 11 September 2001. Such acts, like any act of international terrorism, constitute a threat to international peace and security. The CBSS expresses its willingness to contribute to the fight against international terrorism in accordance with the principles of the UN Charter, international law and relevant international conventions and with resolution 1373 of the UN Security Council.

Already many of the activities of the CBSS contribute to the elimination of risks of terrorism affecting the Baltic Sea region, and will be continued. The Council encourages the relevant CBSS structures and the Task Force on Organized Crime in the Baltic Sea region to enhance collaboration within their mandates towards this aim.

### ***Final Provisions***

The Council looks forward to the 4<sup>th</sup> Baltic Sea States Summit in St. Petersburg in June 2002, the first such summit during the second decade of activities of the Council.

The Member States look forward to Finland assuming the CBSS Presidency from July 2002 and noted the readiness of Estonia to succeed Finland in 2003.

Finland invited the Members of the CBSS to the next Ministerial meeting, which will take place in June 2003.

**Anlage 5:****Resolution der 10. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Greifswald, 03./04.09.2001) <sup>70</sup>****R E S O L U T I O N**

adopted by the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC),  
assembled in Greifswald, Germany, September 3<sup>rd</sup> - 4<sup>th</sup>, 2001 [\[\\*\]](#),

**P A R T I**

**The participants of the Conference  
concentrating on**

**POLITICAL AND LEGAL FOUNDATIONS OF A CIVIL SOCIETY**

as backbone of a stable democracy including the inter-active civic participation in  
political decision-making on all levels in the Baltic Sea area

**taking into account**

- the proclamation of the Charter of Fundamental Rights of the European Union on December 7<sup>th</sup>, 2000 in Nice
- the NGO Conference in Copenhagen organised by the Copenhagen NGO-initiative on March 24-25<sup>th</sup>, 2001 and the 1<sup>st</sup> Baltic Sea NGO Forum under the auspices of the CBSS held in Lübeck, May 28<sup>th</sup>-29<sup>th</sup>, 2001
- that the region building process in the Baltic Sea Area should be based on a regional civil society and its active participation in public life

**call on the CBSS and their own parliaments**

to support the development of a stable civil society and to strengthen the sense of citizenship and democracy in the Baltic Sea Region

especially by

- granting fundamental rights, comprising civil and social rights as well as new rights such as technology change, the growing awareness of environment and demographic developments

---

<sup>70</sup> Internet: [www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution\\_01.pdf](http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution_01.pdf)  
oder: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile266.html](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile266.html)

- good administration and governance, demanding to provide legal assistance, promoting public trust in democratic institutions and guaranteeing the rights of citizens
- promoting human rights at the legislative level and the implementation thereof, to consolidate democratic development, including the division of power and the rule of law, and the protection of political freedoms in the CBSS Member states. In this regard the institution of the CBSS Commissioner remains an essential instrument. Thus the CBSS and the parliaments in the Baltic Sea Area are called on to establish close working contacts between national and regional parliaments and the CBSS Commissioner on Democratic Development
- underlining that the Region building process has to be based on a bottom-up approach, avoiding at the same time power structures misusing civil society engagement by means of a top-down approach
- strengthening the co-operation with Non Governmental Organisations in order to support the ongoing socio-political transformation process of a civil society, making use of their engagement and know-how concerning the control of state power, political education, the promotion of values and standards and input for reforms
- promoting youth policy, calling on the governments of all Baltic Sea countries to support the Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs
- establishing the Baltic Sea Youth Assembly as an initial multinational project for youth exchange, paving the way for a Baltic Sea Youth Fund as well as participation of Baltic Youth Assembly delegates in the BSPC annual conferences
- developing procedures for a dialogue with existing and emerging regional civil society structures
- fostering measures of mutual understanding by means of research, teaching and documentation of the common features and differences in political culture and communication in the Baltic Sea Region
- initiating and supporting an observatory for the development of civil society structures in the Baltic Sea Region
- supporting the idea of a "Baltic Sea Youth Ferry Ticket" (price reduction for youth groups) to set a sign for more mobility in the Baltic Sea Region and to promote youth exchange
- stressing the need for a simplification of the administration of international youth programs like "YOUTH"
- creating favourable conditions for interregional youth co-operation, meaning that especially on the local level multilateral meetings between youth NGO's should be supported and encouraged
- establishing the practice of consulting all Baltic Sea States on important issues

- close co-operation with relevant institutions, such as the UN, the OSCE and the Council of Europe, applying their standards and expertise

**agree to**

- charge the Standing Committee with identifying in close co-operation with the CBSS Commissioner on Democratic Development and with the CBSS Working Group on Democratic Institutions a selected number of key issues in order to follow up the various aspects of the discussion how to develop a civil society
- further charge the Standing Committee with discussing the future composition of the Standing Committee
- charge the Standing Committee in close co-operation with the secretariat of the CBSS Task Force on Communicable Disease Control to identify development in public health and control of infectious diseases to be discussed as one of the key issues for future Baltic Sea Parliamentary Conferences

**celebrate**

the 10<sup>th</sup> anniversary of the BSPC by presenting the booklet "BSPC - 10 years of work" and by opening officially the BSPC homepage ([www.eyekey.de/bspc](http://www.eyekey.de/bspc))

**accept**

with pleasure the offer of the Adriatic Ionian Initiative (All), expressed in the conclusions drawn at the 1<sup>st</sup> meeting of the Presidents / Speakers of Parliaments in Zadar, 27<sup>th</sup> April 2001, to co-operate with other parliamentary dimensions of European regional initiatives such as the Baltic Sea Parliamentary Conference and ensure the interest of the BSPC to establish an exchange of information especially with regard to the development of civil society

with gratitude the invitation of the Russian Federal Parliament to hold the 11<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference in 2002 in St. Petersburg.

**P A R T II****adopted by**

**the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC),  
assembled in Greifswald, Germany, September 3<sup>rd</sup> - 4<sup>th</sup>, 2001** ,

**The participants of the Conference  
concentrating on**

## **SAFETY OF SHIPS AND SEA LANES**

concerning the resolution, approved by the 9<sup>th</sup> BSPC in Malmö, calling on their parliaments and their governments to encourage multilateral co-operation in order to prevent and combat catastrophes and to organise international disaster control

### **taking note of**

- the efforts made by the Council of Baltic Sea States (CBSS) at its conference on 7<sup>th</sup> June 2001 to grant high priority to maritime safety in the Baltic Sea and to support a number of measures to be implemented at international level
- the decision by the IMO NAV-Subcommittee at the beginning of July 2001 to approve the extension of the deepwater route North East of Gedser (DW 17m) 5 nautical miles inside the Traffic Separation south of Gedser (the Kadet fairway) and the endorsement of the Subcommittee that Denmark and Germany initiate an early implementation of the amendment in January 2002
- the regional work of the Helsinki Commission's expert group preparing for the extraordinary ministerial meeting in Copenhagen on 10<sup>th</sup> September 2001
- the appended report on current problems with regard to maritime safety on the Baltic Sea, presented by the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern at the request of the Standing Committee of the Baltic Sea Parliamentary Conference

### **call on the CBSS and their own parliaments**

to continue to fundamentally improve the prevention and control of shipping accidents, as well as the safety of ships and navigation, and international co-operation in this field – especially in the Baltic Sea – and to grant high priority to maritime safety, by establishing solidarity and a common culture of maritime safety in view of the potentially catastrophic effects of accidents

especially by

- initiating a review at international level with the aim of designating the Kadet fairway as a Particularly Sensitive Sea Area (PSSA) and investigating the benefits of designating further parts of the Baltic Sea Area as a Particularly Sensitive Sea Area
- jointly trying to convince the IMO of the need for an international agreement on the establishment of mandatory pilotage and of a Vessel Traffic Management and Information System (VTMIS) in the Route T, the Sound and the Kadet fairway
- adopting suitable measures to ensure that, when ships arrive at Baltic Sea ports, their captains will be given a leaflet informing them about the navigational

peculiarities of particularly dangerous traffic areas (the Kadet fairway, the Gulf of Finland and the Gulf of Bothnia) and, where necessary, updating nautical charts, which may also be done in the framework of the port state control

- jointly making efforts at international level to codify a port-of-distress law so that a procedure for directing distressed ships to a port of distress can be laid down in law
- adopting similar initiatives with the aim of transforming EU standards – in particular those envisaged with the “ERIKA I and II packages” – into legally binding rules in the framework of international agreements at the level of the IMO
- improving safety and pollution prevention measures in the Gulf of Finland
- protecting the environment by more effectively enforcing the prohibition of all discharges from ships, especially oil and sewage, in all traffic in the Baltic Sea
- additional measures to ensure improved hydrographic services and to promote the use of Electronic Navigational Charts (ENC)
- the enhanced use of Automatic Identification Systems (AIS)
- promoting an obligatory reporting system for navigation in the Gulf of Finland, the Kadet fairway and other main parts of the Baltic Sea
- phasing out the use of single hull oil tankers in the Baltic Sea Area up to 2015
- carrying out port state control on the basis of either the 1982 Paris Memorandum of Understanding on Port State Control or Council Directive 95/21/EC, as amended
- promoting a safety and environmental culture through the establishment of a common procedure for the investigation into marine casualties
- promoting the implementation of economic incentives as a means to encourage environmental protection in maritime transport by, for example, granting lower port dues for ships complying with certain environmental standards
- ensuring adequate emergency capacity (fire-fighting, emergency lightering and emergency towing capacities)
- basing the development of the Baltic Sea Region on co-operation of the Baltic Sea States in order to prevent the catastrophic effects of accidents and technogenic catastrophes
- urging the governments of the Baltic Sea Region to co-operate and assist each other during shoreline clean-up operations
- realising an observer status for both the Conference of the Peripheral Maritime Regions of Europe (CPMR) and the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) at the International Maritime Organisation (IMO)

**call on the participants of the extraordinary ministerial meeting on 10<sup>th</sup> September 2001 (Helcom Extra 2001)**

- to reach a mutual agreement on the above measures

**agree to**

- establish a working group on the topic of “Maritime Safety on the Baltic Sea“ for which each parliament that participates in the Baltic Sea Parliamentary Conference can send a representative and which will prepare additional resolutions for adoption during the next Baltic Sea Parliamentary Conference.

---

[\[\\*\]](#) Members of the Parliaments of Åland, Bremen, Denmark, Estonia, the Federal Republic of Germany, Finland, Hamburg, Iceland, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, the Russian Federation, Schleswig-Holstein, St. Petersburg, Sweden, as well as of the Baltic Assembly, the Nordic Council and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe

**Anlage 6:****Resolution der 9. BSSSC-Konferenz (Riga / Lettland, 25.-27.10.2001) <sup>71</sup>****I.**

The 9<sup>th</sup> annual Conference of the BSSSC convened in Riga, Latvia, on October 25-27<sup>th</sup>, 2001 at the invitation of the Chairman of the Union of Local and Regional Governments of Latvia and the Chairman of the Development Council of Riga Region.

Representatives of regions from the Baltic Sea countries – Denmark, Estonia, Finland, Germany, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden have gathered to discuss developments in the Baltic Sea Region and the role of the decentralised level in it, concentrating in particular on the following issues: Baltic Sea Region in the process of EU enlargement, Baltic Sea Region becoming a European model region, Development and co-operation perspectives of the Baltic Sea Region as well as the Northern Dimension.

**II.**

There is a need to strengthen the potentials and perspectives of the Baltic Sea Region as well as Baltic Sea cooperation in itself and for stronger integration between east and west in the Region in order to create a sustainable region. This is vital both for the Region and for Europe as such. In this process active participation not only of the international and national levels but also from the regional level is necessary. The conference welcomes the new structured dialogue between BSSSC and the Committee of the Regions (CoR). This dialogue opens the opportunity to strengthen the influence of Baltic Sea interests at the European level.

There is not only a need for urgent action to adapt governance under the existing treaties, but also for a broader debate on the future of Europe in view of the next Inter-Governmental Conference based on openness, participation, accountability, effectiveness and coherence.

BSSSC and its regions are indispensable partners in this process. Although the role of the regions has gradually been strengthened, there still exists a large unused potential for achieving added value through interregional involvement and cooperation.

---

<sup>71</sup> Internet: [www.bsssc.com/pages/index\\_documents.html](http://www.bsssc.com/pages/index_documents.html)  
oder: [www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile254.html](http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile254.html)

Important European issues such as implementation of Good Governance, Northern Dimension Action Plan, Second Cohesion Report, VASAB 2010+ Action Program, Northern eDimension and Baltic 21 constitute a platform for direct involvement of regions and will not succeed without regional initiatives.

BSSSC welcomes the decision of the PHARE Management Committee to continue with the budget line on "Co-operation in the Baltic Sea" (B 7 – 0311) to foster small projects in the applicant countries of the Baltic Sea. As well, the conference appreciates to correlate INTERREG and PHARE. BSSSC takes this move as a sign that EU Commission has finally grasped the importance of such cooperation in the Baltic Sea Region. The Conference calls upon regions to make active use of these facilities. In this context the conference stresses the needs to erase still existing barriers due to maritime borders when applying EU-programs for trans-national co-operation in the Baltic Sea Region. Recognition of the potential of the Baltic Sea Region should lead to a financial commitment from all Baltic Sea States channelled through the Council of the Baltic Sea States (CBSS). The Fund for "Sub-regional Co-operation in the Baltic Sea Area" will have a strong bearing on obtaining a sustainable region.

There is a need for a common understanding in the Baltic Sea Region of which policies are most effective in realizing the economic opportunities in the Region and how assistance policy can best be targeted in order to play an effective role in this endeavour. The objective is to create an environment for businesses throughout the Baltic Sea Region in which trade and investment is able to sustain itself and develop.

On issues of nature protection and environment it is a tremendous challenge to achieve sustainability all over the Baltic Sea Region. To a large extent regions have the competences within nature protection and environment as well as physical and spatial planning issues. Regions must play a substantial role in the whole process from planning to implementation and follow-up. The conference emphasizes the need for integrated regional planning in the coastal zone of the Baltic Sea Region focusing on restoration of the ecological balance of nature and environment. In this context the conference recommends i.e. to the sub-regions their participation in the coastal zone project, developed for INTERREG III B funding by VASAB 2010.

Initiatives such as Baltic 21, as well as the implementation of the EU Water Framework Directive, can only be carried through by involving regions in an integrated process among all relevant actors, national governments and organisations.

Within education and youth policy participation of young people and children have to be secured with appropriate methods. Only through an early participation at the local and regional level in everyday life young people can learn democratic procedures and the value of taking part in elections and the importance of pursuing interests.

Baltic Sea national governments and the EU-Commission are urged to involve the regional and local level in all the EU-related matters, which have influence on the decentralized level especially in the complex process of the EU-enlargement. In this regard the conference welcomes the Commission's White Paper on "European Governance" to start a new interaction with the regional and local level and the civic society. BSSSC will take part in this interaction. It will actively participate in the discourse about the objectives of the White Paper.

### III.

#### **The Conference – taking into account the political developments of the Baltic Sea Region recalls and welcomes:**

- the Conclusions of the 3<sup>rd</sup> Baltic Sea Summit of Heads of Governments in Kolding (2000) and especially the emphasis given there to sub-regional and cross-border co-operation as complementing the coming EU enlargement processes and the development of the EU's Northern Dimension;
- The Resolution of the 8th Conference on Baltic Sea States Sub-regional Co-operation held in Pärnu, Estonia – October 2000;
- The publication by the EU Commission of the White Book on European Governance;
- Adoption of The European Convention on Human Rights (Nice, 2000);
- the Action Plan for the Northern Dimension endorsed by the EU Council in Feira in 2000;
- the Action Plan for the Period 2000-2001 adopted by the ministers in charge of trade and economic co-operation of the Baltic Sea States in Bergen (2000);
- the Wismar Declaration on trans-national spatial planning and development policies for the Baltic Sea Region to 2010, adopted at the Fifth Conference of Ministers for spatial planning and development in the countries of the Baltic Sea Region (September 2001) and especially the view that trans-national co-operation on sustainable spatial development is considered as strategic approach to foster integration and competitiveness around the Baltic Sea;
- the European Spatial Development Perspective – Towards Balanced and Sustainable Territory of the EU;

- the eEurope initiative launched in 1999 and the Communication “eEurope – An Information Society” for all adopted by the EU Commission as well as the related eEurope+ initiative together with respective actions plans;
- the Baltic 21 programme;
- the Communiqué of the 10<sup>th</sup> CBSS Ministerial Session in Hamburg (2001), in particular the emphasis paid to necessary “support for improved cross-border and sub-regional co-operation for the further development of the Baltic Sea Region” as well as attention to the fact that “the active involvement of regional organisations is crucial to achieving the goals of Northern Dimension”;
- the ambitious work of the CBSS on compiling its list of “priorities and projects” related to the implementation of the EU Action Plan on Northern Dimension;
- the continued support by both the German and Russian CBSS presidencies to the decentralised level co-operation in the Baltic Sea Region;
- the Swedish EU Presidency involvement in the implementation of the Northern Dimension initiative;
- the Joint declaration of the President of the EU Commission and the President of the CoR and the Protocol governing arrangements for co-operation between the EU Commission and the CoR signed in September 2001 which aim at increasing the role of the sub-regional level represented in the CoR in the EU decision making processes;
- the II Cohesion Report which launches the discussion on future of regional policy;
- the opening (promoted by the CBSS CSO) of the IT portal for SMEs at the Conference on Economic Co-operation in Berlin (2001);
- the decision taken by the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) in Greifswald (2001) to further develop its co-operation framework on a permanent basis as well as its call to the CBSS and its own parliaments “to support the development of a stable civil society and to strengthen the sense of citizenship and democracy in the Baltic Sea Region”;
- the Union of the Baltic Cities (UBC) General Conference Resolution as well as the Social Charter for Member Cities of the Union of the Baltic Cities adopted in Rostock (2001).

**IV.****The Conference – with a view to the coming EU enlargement and the related Northern Dimension initiative:**

- called on the EU Commission to actively involve all the Baltic Sea Region actors of relevance in the bi-annual Northern Dimension meetings foreseen by the report on the Northern Dimension given to the EU Summit held in Göteborg (June 2001);
- welcomed the initiative “Northern eDimension Action Plan” launched by the CBSS in close partnership with the EU Commission;
- appreciated the work of the EU Commission to merge INTERREG and PHARE CBC which is a sign that that EC has grasped the importance of the Baltic Sea Region co-operation;
- called on the EU to meet the needs of the regions in the candidate countries in the pre-accession process, in particular by financing projects able to improve capacities on the regional level;
- called on the governments of the Baltic Sea Countries to actively involve the respective regions in national politics on the issues having impact on the regional level, including the EU enlargement processes;
- stressed the need to overcome still existing barriers for balanced access to EU programmes available for trans-national co-operation in the Baltic Sea Region, namely INTERREG IIIB, PHARE and TACIS. As outlined by the EU Commission late 2000, a possible way could be to submit existing PHARE funding to the regulatory frameworks of EU Structural Funds; with regard to balanced participation in INTERREG IIIB, this requires to submit the PHARE-CBC Baltic Sea Region programme (or alternatively: a share of national PHARE budgets) to the regulatory framework of INTERREG IIIB (Baltic Sea Region);
- with regard to this called on Baltic Joint Co-ordination Committee (BJCC) to meet these challenges in due time by fulfilling its co-ordinating tasks;
- called on the regions and other relevant Baltic Sea Region actors to make sufficient use of the new INTERREG IIIB programme with a view to the necessary process of “region building” in the Baltic Sea Region;
- stressed the need to build up stronger co-operation with Barents-Euro-Arctic region under the Northern Dimension concept;
- welcomed the EU enlargement processes in the Baltic Sea Region and the recent Russian CBSS presidency suggestion to find a solution to the special situation of the Kaliningrad Oblast;
- welcomed the results of the BSSSC Conference “The Northern Dimension and Kaliningrad Oblast – contributions by sub-regional co-operation in the Baltic Sea

Region” arranged in March 2001 in close co-operation with Schleswig-Holstein and Eastern Norway County Network and called for continuation of this initiative;

- with regard to this, stressed the readiness of Baltic Sea regions to be involved in the work aiming at creating a cohesive Region.

## V.

### **The Conference – contributing to the Baltic Sea Region becoming a European model region:**

- welcomed the initiative to hold a meeting of Chairpersons of the Baltic Sea Region organisations and structures on the occasion of the BSSSC annual conference and called for it to become a rule with the result of obtaining better synergy of Baltic Sea Region co-operation;
- welcomed the Baltic Sea Chambers of Commerce (BCCA) initiatives aiming at increasing the economic potential of the Baltic Sea Region;
- called on the regions of the Baltic Sea Area and the BSSSC bodies to participate actively in the discussion on the future of the regional policy, opened with the publication of the II Cohesion Report, to help shape the most favourable development of the Baltic Sea Region;
- called on the regions of the Baltic Sea Area and the BSSSC bodies to participate in the discussion on the European Governance and through broader implementation of the best practices to be found in the Baltic Sea Region to ensure still more effective democratic rule and grassroots approach in the Region;
- welcomed the initiatives related to the youth involvement in the Baltic Sea Region activities and development;
- welcomed the initiatives of the non-governmental organisations to establish a broad Baltic network and be more strongly in the Baltic Sea family as expressed at conferences in Copenhagen and Lübeck and in their call for closer co-operation with the CBSS.

## VI.

### **The Conference – having the goal to use the development and co-operation potential of the Baltic Sea Region:**

- stressed the need to enhance joint efforts on economic development and related issues in order to promote the Baltic Sea Region as a strongly competitive sub-region in the enlarged EU;

- welcomed the initiative of arranging the Information Day and Partner Search Forum seminar alongside the BSSSC conference;
- welcomed the CBSS CSO decision to have one of its regular meetings alongside the BSSSC conference and calls for this to become a rule;
- welcomed the initiative to establish the Baltic Association of Regional Development Institutions BARDI which took place on the occasion of the BSSSC annual conference and called on the Baltic Sea regions to support this body;
- welcomed the initiative of the Baltic Development Forum to launch the Baltic Rim Regional Agenda (Malmö 2000) whose goal is to find a higher degree of regional integration and co-operation for the Baltic Sea Region to become the leading growth centre;
- welcomed the work of the Euroregions operating in the Baltic Sea Region and called on the EU Commission to continue the financial support for this valuable form of co-operation.

## **VII.**

### **The Conference –involving the Baltic Sea Region in European and national developments:**

- called on the EU Commission to continue in its work towards supporting the Baltic Sea Region co-operation – preferably in the form of defining the Baltic Sea Region as one co-operation region which would significantly encourage even stronger contacts between the various Baltic Sea Region partners;
- called on the Baltic Sea Region national authorities and the EU Commission to involve the regional and local level in all the EU related matters which have influence on the decentralised level. This is especially important in the complex process of the EU enlargement underway;
- called upon the national authorities to involve regional representatives in the CBSS ministerial meetings;
- called on all the relevant bodies to continue in their efforts towards building the knowledge based society which is the necessary precondition for successful new economy;
- called on the BSSSC regions to participate actively in the planned BSSSC INTERREG IIIB project aimed at strengthening the Baltic Sea Region co-operation and using its development capacity.

## **VIII.**

### **The Conference**

- welcomed as guests Mr Romualds Razuks – Head of the Latvian Delegation to the Baltic Assembly, Mr Janis Kruminis – Latvian Minister of Special Assignments for Public and Municipal Reform, Mr Roberts Zile – Latvian Minister for Special Assignment for Co-operation with International Financing Agencies, Mr Maris Zvaigzne – Adviser from Latvian Ministry of Foreign Affairs Ambassador Alexey Obukhov – Chairman of the CBSS Committee of Senior Officials, Mr John Beale – EU Commission, DG Information Society, as well as other representatives of the governments of the Baltic Sea Region countries, EU Commission, CBSS, BSPC, BCCA, Baltic Sea Commission of the Conference of Peripheral Maritime Regions, EU CoR;
- expressed high appreciation for the work and involvement of Anders Engström – first President of the UBC – for the Baltic Sea Region development and wished the new UBC President – Mr Per Bodker Andersen successful continuation of the endeavours for the Baltic Sea Region;
- thanked the CBSS for its efforts towards a more co-ordinated Baltic Sea Region co-operation and called on the Baltic Sea Region organisations to continue their work aimed at increasing the synergy of numerous Baltic Sea activities;
- thanked the CoR for inviting the BSSSC to its sessions and called on the CoR for a still stronger involvement of the BSSSC into its work;
- thanked the Hanse Office in Brussels for its involvement in the Baltic Sea affairs and working as the BSSSC antenna in Brussels;
- thanked Riga (Latvia) for hosting this year's annual Conference and the sponsors and donors of this Conference for their financial contributions;
- thanked the EU Commission for support given to the BSSSC and this year's annual conference by co-financing the project "Strengthening of Regional Co-operation Network – Towards the BSSSC Conference";
- gratefully accepted the invitation of Eastern Norway County Network to host and to arrange the **10<sup>th</sup> BSSSC Conference to be held at Lillehammer on 24-26 October 2002.**

## **Anlage 7**

### ***Übersicht über Ostseesakteure in Schleswig-Holstein***

Die nachstehende Auflistung von Ostsee-Akteuren in Schleswig-holstein basiert auf einer freiwilligen Zulieferung der jeweiligen Organisationen und Institutionen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität. Aber sie bietet einen Überblick, der stellvertretend steht für das Engagement Schleswig-Holsteins im Ostseeraum.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der **Industrie- und Handelskammern (IHK's)**<sup>72</sup> richtet sich auf die Beitrittsländer. Dabei spielt Polen, nicht zuletzt wegen seiner Marktgröße (38 Mio. Einwohner), eine besondere Rolle. Mehrere Unternehmerreisen, verbunden mit zahlreichen Informationsveranstaltungen, bestätigen das Interesse der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an diesem Nachbarn im Osten. Auch nach Auslaufen des Transform-Programms der Bundesregierung für die Baltischen Staaten führten die IHK's mit ihren Partnern in Estland, Lettland und Litauen zahlreiche Veranstaltungen durch, die in überraschend vielen Fällen direkte Geschäftsbeziehungen zu schleswig-holsteinischen Unternehmen nach sich zogen. Spitzenreiter dabei waren die Textilindustrie und die Holzwirtschaft. Ein besonderer Höhepunkt war die Teilnahme zahlreicher Unternehmer an dem „Baltic Sea Partenariat“ im Mai 2001 in Riga. Zu regen Kontakten kam es auch zwischen den schleswig-holsteinischen und den baltischen Häfen.

Nach einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung in der Russischen Föderation wurden die nach Kaliningrad bestehenden Kontakte ebenso ausgeweitet wie die nach St. Petersburg. Dort beabsichtigen die IHK's einen Firmenpool einzurichten, der besonders kleinen und mittleren Unternehmen den Eintritt in den großen russischen Markt (ca. 160 Mio. Einwohner) erleichtern soll.

Bei ihren Kontakten in den skandinavischen Raum haben sich die IHK's im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG-A auf Dänemark konzentriert: Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen Flensburg und Sønderjylland, zwischen Kiel und Fyn sowie zwischen Lübeck und Storstrøm.

Die DIHK-Vertretungen in Tallinn, Riga und Vilnius und St. Petersburg sowie die Vertretung der Handelskammer Hamburg in Kaliningrad leisten im Rahmen der Zusammenarbeit wertvolle Unterstützung.

---

<sup>72</sup> Internet: [www.flensburg.ihk.de](http://www.flensburg.ihk.de), [www.ihk-kiel.de](http://www.ihk-kiel.de) und [www.ihk-luebeck.de](http://www.ihk-luebeck.de)

Abgerundet wird das Engagement der IHK's im Ostseeraum durch die aktive Mitarbeit in der **Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA)**<sup>73</sup>, deren Präsidium und Geschäftsstelle seit ihrer Gründung (1992) bis zum Juni 2002 bei der IHK zu Kiel angesiedelt war. Über den Aufbau von Kammerstrukturen rund um die Ostsee sowie die Förderung von Handel und Investitionen hinaus haben die 51 Mitgliedskammern der BCCA mit Projekten wie „BCCA Chamber Card“, „BCCA Video Support Project“ oder durch die Einrichtung des Internet-Portals „SME Information Site“<sup>74</sup> wichtige Beiträge zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Vertiefung der Ostseekooperation geleistet. Mit dem Projekt „2 Stunden in 2002“, das von BCCA initiiert und von Gremien des Ostseerates umgesetzt wird, sollen die Handelshemmnisse an den Grenzen im östlichen Ostseeraum überwunden werden. Auf Anregung von BCCA soll das nächste „Baltic Sea Partenariat“ im Jahr 2003 in St. Petersburg stattfinden. Auf der Jahreskonferenz im Juni 2002 in Rostock-Warnemünde wurde die Federführung der BCCA auf die Industrie- und Handelskammer Südschweden (Malmö) übertragen.

Die **Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH)**<sup>75</sup> - eine Einrichtung des Wirtschaftsministeriums und der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern - wirbt für die Ansiedlung in- und ausländischer Unternehmen in Schleswig-Holstein und berät diese bei der Suche nach dem besten Standort. Zugleich fördert die WSH die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der mittelständischen Wirtschaft. Bei beiden Aufgaben ist die Ostseeregion von herausragender Bedeutung; dies zeigt sich auch darin, dass die WSH in allen Ostseeanrainern partnerschaftliche Kontakte zu vergleichbaren Einrichtungen hält.

Die **Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK)**<sup>76</sup> – das Zentrum für berufliche Weiterbildung der Industrie- und Handelskammern Flensburg, Kiel und Lübeck - ist seit vielen Jahren aktiv an der Bildungs-, bzw. Projektdurchführung im Ostseeraum beteiligt. Dank eines gut funktionierenden Netzes von Kooperationspartnern in allen Ostseeanrainern, ist die WAK an verschiedenen EU-Förderprogrammen, wie z.B. Interreg, Leonardo, Phare und Tacis, in der Projektdurchführung beteiligt, bzw. als Lead-Partner tätig. Neben vielen verschiedenen Regionen rund um die Ostsee, wird die WAK auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Region Kaliningrad legen. Dieses russische Tor zur Ostsee wird in wenigen Jahren als Tor zur EU fungieren und deshalb

---

<sup>73</sup> Internet: [www.bcca.de](http://www.bcca.de)

<sup>74</sup> Internet: [www.balticmarket.org](http://www.balticmarket.org)

<sup>75</sup> Internet: [www.wsh.de](http://www.wsh.de)

<sup>76</sup> Internet: [www.wak-sh.de](http://www.wak-sh.de)

erhält diese Region einen besonders hohen Stellenwert bei der zukünftigen Projekt- und Bildungsplanung der WAK.

Der internationale Arbeitsmarkt ist für die WAK ein weiterer Schwerpunkt ihrer Ostseeaktivitäten. Insbesondere der skandinavische Arbeitsmarkt ist hier im Zentrum des Interesses. Sowohl im Bereich der Qualifizierung von Jugendlichen in der Erstausbildung, als auch bei bereits ausgebildeten Fach- und Führungskräften hat die WAK in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielt und will diese Aktivitäten auch in Zukunft intensiv voran treiben. Diese große Palette an Aktivitäten und Erfolgen war und ist auch in Zukunft nur in Zusammenarbeit und Kooperation mit der EU, dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein möglich.

Der **DGB-Bezirk Nord**<sup>77</sup> hat in den Jahren 2000 und 2001 seine Netzwerkstrukturen weiter ausgebaut und seine Aktivitäten in Form von Veranstaltungen, know-how-Transfers und Projekten weiterentwickelt. Der 1998 gegründete Ostseerat der Gewerkschaften hat in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt drei Ostseekonferenzen durchgeführt. Auf diese Weise ist es der Gewerkschaftsbewegung in der Ostseeregion gelungen, mehr und mehr zu einem aktiven Partner der Ostseepolitik zu werden, der auch in politischen Entscheidungsgremien Gehör findet, wie auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Ostseeanrainer, der Ostseeministerkonferenzen, der Konferenz der Ostsee-Subregion und der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Vom 01.07.2000 bis 30.06.2001 hatte der Vorsitzende des DGB Bezirks Nord den Vorsitz des Ostseerates der Gewerkschaften (BTUC)<sup>78</sup> inne. Im März 2001 wurde unter Federführung des DGB Bezirks Nord eine internationale Konferenz "Entwicklung, Wohlstand und soziale Sicherheit in der Ostseeregion" in Kooperation mit den nordischen Botschaften in der Repräsentanz der nordischen Botschaften in Berlin durchgeführt. Zwei weitere Projekte standen inhaltlich im Mittelpunkt der Arbeit des Ostseerates der Gewerkschaften. Zum einen wurde das ESEBA-Projekt zur Stärkung der Kompetenzen in Fragen der sozialen Sicherung und der Beschäftigungspolitik im Ostseeraum durchgeführt, um die Gewerkschaften in den Beitrittsländern rund um die Ostsee in diesen Fragen zu unterstützen. Zum anderen wurde das Projekt „Baltic Metal Net“ initiiert, um Erfahrungen der Mitbestimmung und des sozialen Dialogs auf betrieblicher und branchenpolitischer Ebene zwischen den Gewerkschaften verschiedener Ostseeanrainerländer auszutauschen.

---

<sup>77</sup> Internet: [www.nord.dgb.de](http://www.nord.dgb.de)

<sup>78</sup> Internet: [www.bastun.nu](http://www.bastun.nu)

Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit wurden gemeinsam mit den interregionalen Gewerkschaftsräten Sonderjylland/Schleswig und Pomerania sowie den regionalen Gewerkschaftsrat Südliche Ostsee neben regelmäßig durchgeführten Seminaren und Workshops folgende Aktivitäten durchgeführt. Im Mai 2000 fand die internationale Arbeitsmarktkonferenz "Von den Nachbarn lernen" in Lübeck statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurden verschiedenste Projektideen entwickelt. Eine dieser Projektideen führte zum Projekt Baltic Sea Jobpass. Seit Ende 2001 soll mit Unterstützung des Jobpasses die berufliche Mobilität der Regionen der südlichen Ostsee erhöht werden. Im Sinne moderner Wanderschaften sollen die Kompetenzen und Möglichkeiten der auszubildenden jungen Erwachsenen verbessert werden, um sich den Anforderungen des Binnenmarktes in dieser Region stellen zu können.

Mit einer Bilanzsumme von rund 141 Milliarden Euro zählt die **Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel)** <sup>79</sup> zu den 15 größten Banken Deutschlands. Als „Bank des Nordens“ hat sie ihre Aktivitäten im Ostseeraum kontinuierlich ausgebaut. Das in den nordischen Ländern abgeschlossene Auslandskreditvolumen macht mit rund 13 Milliarden Euro fast ein Drittel des gesamten Auslandskreditvolumens aus. In den nordischen Ländern steuert die LB Kiel Copenhagen Branch (LBC) das operative Geschäft. Sie zählt zu den bedeutenden Auslandsbanken in Skandinavien und ist mit einer Niederlassung in Helsinki sowie mit Repräsentanzen in Oslo und Stockholm vertreten. In den baltischen Staaten und den angrenzenden Regionen ist die LB Kiel mit einer Repräsentanz in Tallinn aktiv.

Die Geschäftsfelder der LB Kiel als „Bank des Nordens“ umfassen unter anderem das Geschäft mit institutionellen Kunden, das Immobilienbanking, Syndizierungen sowie strukturierte und Projektfinanzierungen. Für Firmenkunden hat die LB Kiel in den vergangenen Jahren rund um die Ostsee ein grenzüberschreitendes Beratungsnetzwerk für Corporate Finance-Produkte aufgebaut. Die LB Kiel berät unter anderem beim Kauf und Verkauf von Unternehmen, bei der Einwerbung von Private Equity und Venture Capital sowie bei Kapitalmarkttransaktionen wie zum Beispiel dem Börsengang eines Unternehmens.

Zum Corporate Finance-Netzwerk der LB Kiel zählt neben der dänischen Investmentbank Gudme Raaschou – eine 100prozentige Tochter – der finnische Finanzdienstleister PCA Corporate Finance Oy, an dem die LB Kiel mit 71 Prozent beteiligt ist. Während Gudme Raaschou Dänemark und Schweden abdeckt, ist PCA in Finnland und den drei baltischen Staaten präsent. In Deutschland wird das Geschäft mit

---

<sup>79</sup> Internet: [www.lb-kiel.de](http://www.lb-kiel.de)

Unternehmens- und Kapitalmarkttransaktionen seit dem 1. Januar 2002 von der neu gegründeten LB Kiel Corporate Finance GmbH (LB Kiel CF) abgewickelt.

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)**<sup>80</sup> - ein Zentralbereich der LB Kiel und als Strukturbank zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein - nimmt grenzübergreifend im Ostseeraum wichtige Förderaktivitäten wahr: Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III trägt die IB als Verwaltungsbehörde und als Zahlstelle die Gesamtverantwortung für die Umsetzung des EU-Ostseeförderprogramms „INTERREG III B Baltic Sea Region (BSR)“ und der EU-Gemeinschaftsinitiative „INTERREG IIIC North“. Für die operative Aufgabenerfüllung und die Projektberatung wurde - wie schon für die Programmlaufzeit INTERREG II C (1997-99) - für das INTERREG III B-Ostseeprogramm das Joint Secretariat mit Standorten in Rostock und Karlskrona/Schweden eingerichtet. Über EU-Fördermöglichkeiten informiert bei der IB in Kiel der Bereich „EU-Förderung/Euro-Info-Centre“, unterstützt durch das Verbindungsbüro der IB in Brüssel.

Die **Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH)**<sup>81</sup> unterstützt technologische Innovationen im vorwettbewerblichen Raum und moderiert u. a. mit der Förderung von Kooperationsprojekten und Forschungsvorhaben durch Technologien ausgelöste Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Hinsichtlich der Gestaltung einer regionalen Informationsgesellschaft unterstützt die TSH seit 1999 den Aufbau eines Ostsee-umfassenden IT-Netzwerkes (*Baltic-IT-NET*), dessen Ziel es ist, ein gemeinsames mehrsprachiges Portal aufzubauen und darüber IT-relevante Forschungsergebnisse aus den 16 Partnerregionen rund um die Ostsee zur Verfügung zu stellen. Langfristiges Ziel ist die Etablierung eines umfassenden IT-Meta-Netzwerkes im Baltischen Raum, das sich insbesondere als Informationsquelle für KMU versteht.

Die **Energiestiftung Schleswig-Holstein (ESSH)**<sup>82</sup> - gegründet 1993 zur Erforschung, Entwicklung und Verbreitung von Maßnahmen des Klimaschutzes, der rationellen Energienutzung und der Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen - hat im Rahmen ihrer Aktivitäten die erste Phase des durch Eigen- und EU-Mittel finanziertes, mehrjähriges Forschungsprojekt **BALTIC CHAIN**<sup>83</sup> erfolgreich abgeschlossen. An dem Projekt waren Partner aus allen Ostseeanrainerstaaten beteiligt. Wegen der überragenden Bedeutung des Projektes, das sich mit verstärkter Implementierung von kleinen und mittelgroßen Energieprojekten beschäftigt hat, wurde das Projekt in den

---

<sup>80</sup> Internet: [www.ibank-sh.de](http://www.ibank-sh.de)

<sup>81</sup> Internet: [www.tsh.de](http://www.tsh.de)

<sup>82</sup> Internet: [www.energiestiftung.de](http://www.energiestiftung.de)

<sup>83</sup> Internet: [www.balticchain.net](http://www.balticchain.net)

Aktionsplan der Nördlichen Dimension Initiative aufgenommen. Für die Zeit von Mitte 2002 bis Mitte 2005 ist die Fortsetzung des Projektes geplant und die entsprechenden Anträge für die Kofinanzierung an die EU-Programme gestellt.

Dabei geht es in erster Linie um die Verstärkung der Netzwerktätigkeit zur Informationsverbreitung und die weitere aktive Gestaltung eines Clearing Houses für kleine und mittelgroße Energieprojekte. In diese Phase ist auch das Ministerium für Finanzen und Energie als weiterer Partner an dem Projekt beteiligt. Außerdem führt die Energiestiftung eine Kolloquiumreihe durch, die sich mit der Liberalisierung der Energiemärkte in den EU-Beitrittsländern beschäftigt. An dieser Reihe sind auch Vertreter der vier Beitrittskandidaten aus dem Ostseeraum beteiligt.

Die **Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein (LEG S-H)**<sup>84</sup> gründete im Mai 2001 zusammen mit der Stadt Keila in Estland eine Projektgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH nach estnischem Recht (Keila Loodeosa Arenduse OÜ), an der die LEG mit 50 Prozent beteiligt ist. Zweck der Gesellschaft ist die Baulandentwicklung einer in der Stadt Keila gelegenen Fläche von rund 20 Hektar, auf der rund 130 Wohnbaugrundstücke erschlossen und an private Bauherren veräußert werden sollen.

Eine Zusammenarbeit zwischen der LEG S-H und der Stadt Liepaja in Lettland befindet sich in der Vorbereitung. Beabsichtigt ist die Initiierung eines gemeinsamen Projektes zur Ausarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Liepaja. Hierzu führte die LEG bereits im Dezember 2000 in der Stadt Liepaja ein Workshop zum Thema Wohnungswesen durch. Ende April 2002 wird hierauf aufbauend ein weiteres Treffen mit Vertretern der Stadtverwaltung Liepaja in Kiel stattfinden, um die Themen Stadtentwicklungsplanung und Wohnungswesen in der Stadt Liepaja zu behandeln.

Für den Kreis Drawsko Pomorskie in Polen führte die LEG einen Workshop zur Erarbeitung seiner Kreisentwicklungskonzeption durch. Eines dieser Projekte, die touristische Inwertsetzung der Flusslandschaft Drawa, soll als Kreis- und Wojewodschafts-übergreifendes Projekt durchgeführt werden. Hierzu hat die LEG eine Projekt- und Verfahrensstruktur entwickelt. Auf polnischer Seite wird nun ein regionaler Planungsverband gegründet, der Träger der Tourismusentwicklungskonzeption wird.

Der **Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.**<sup>85</sup> führte im Berichtszeitraum zahlreiche Ostseeveranstaltungen durch. Besonders hervorzuheben ist die 2001 erneut veranstaltete Ostseekonferenz zur Erwachsenenbildung im Nordkolleg

<sup>84</sup> Internet: [www.leg-sh.de](http://www.leg-sh.de)

<sup>85</sup> Internet: [www.vhs-sh.de](http://www.vhs-sh.de)

Rendsburg mit 80 Vertreterinnen und Vertretern der Erwachsenenbildung aus dem Ostseeraum. Neben einem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den deutschen und ausländischen Teilnehmenden wurde eine Videokonferenz zwischen den Ländern Dänemark, Deutschland, Schweden und Lettland erprobt. Konferenzinhalte waren ferner die STRING-Kooperation in der südwestlichen Ostsee, Xpert - der europäische Computerpass sowie kooperatives Sprachenlernen im Internet. Ein Markt der Kooperationsmöglichkeiten begleitete die 3-tägige Konferenz. Die Mitgliederversammlung der Baltic Sea Academy, ein Zusammenschluss der politischen Erwachsenenbildung, fand im Rahmen der Konferenz statt. Ausgebaut werden soll künftig das grenzüberschreitende Lernen durch den Ausbau von E-learning.

Der Landesverband der Volkshochschulen strebt an, mit Unterstützung des Instituts für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes eine weitere Konferenz in 2003 zu organisieren. Gemeinsam mit der Heimvolkshochschule Apenrade, die Mitglied im Landesverband der Volkshochschulen S-H e.V. ist, und dem IPTS werden gegenwärtig Projekte zur Fortbildung von dänischen Lehrkräften an Schulen und Volkshochschulen in Deutsch und von deutschen Dänischlehrkräften an Schulen und Volkshochschulen in dänisch vorbereitet.

Im Rahmen der kommunalen Städtepartnerschaften gibt es zahlreiche Kontakte ***schleswig-holsteinischer Volkshochschulen*** zu Bildungsstätten im Ostseeraum. Einzelne Volkshochschulen unterhalten regelmäßige bilaterale Kontakte zu skandinavischen Erwachsenenbildungseinrichtungen, insbesondere nach Dänemark und Schweden. Die Volkshochschulen Flensburg, Husum und Schleswig beendeten 2001 im Rahmen von INTERREG ein Multimedia-Projekt (Entwicklung einer CD für Deutsch-Dänische Sprachkurse) mit der Amtsverwaltung Sønderjylland. Planungen wurden entwickelt für eine weitere grenzüberschreitende Kooperation in der INTERREG-Region KERN-Fyn.

Das ***Nordkolleg Rendsburg***<sup>86</sup> arbeitet seit Jahren eng mit verschiedenen Hochschulen in Schweden und Norwegen, der deutsch-norwegischen Handelskammer, den Kammern in Schleswig-Holstein und Firmen, die in Skandinavien aktiv sind, im Bereich interkultureller Seminare mit dem Schwerpunkt Interkulturelle Kommunikation Skandinavien-Deutschland zusammen. Diese Seminare finden sowohl in Skandinavien als auch in Deutschland statt. Der interkulturelle Ansatz findet Eingang in die Sprachkurse, aber auch in eigenständige Seminare, Vorträge und Veröffentlichungen, in denen etwa Kommunikationsformen, Hierarchie und Formalität, Umgang mit

---

<sup>86</sup> Internet: [www.nordkolleg.de](http://www.nordkolleg.de)

nationalen Symbolen und Tabus, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Hintergründe interkultureller Probleme u.a.m. beleuchtet werden. Zur Verdeutlichung kultureller Differenzen wurde ein Culture Assimilator entwickelt, der im Internet aufgerufen werden kann.

Seit nunmehr sechs Jahren besteht eine Kooperation mit der Norwegian Literature Abroad, mit dem das Nordkolleg einmal im Jahr in Rendsburg eine Tagung zu aktuellen norwegischen Autoren und ihren deutschen Übersetzern sowie zu Marktchancen norwegischer Literatur in Deutschland veranstaltet. Im Bereich Musik ist neben der Zusammenarbeit mit schwedischen Chören insbesondere ein Chorsemnar zu nennen, das im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holstein Musikfestival stattfindet.

Die **Europäische Akademie Schleswig-Holstein Sankelmark**<sup>87</sup> als Bildungszentrum im deutsch-dänischen Grenzraum umfasst die Säulen *Europa-Akademie*, *Europäische Justiz- und Rechtsakademie des Nordens* und *Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten*. Traditionell bietet die Akademie Sankelmark Entscheidungsträgern, Multiplikatoren und anderen Interessierten Informations- und Bildungsveranstaltungen sowie Diskussionsforen zur historischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region Sønderjylland/Schleswig.

- Die **Europa-Akademie** konzentriert sich in ihren Informations- und Bildungsveranstaltungen auf das Kennenlernen von Kultur, Wirtschaft, Politik und Alltagsleben europäischer Nachbarstaaten, insbesondere im Ostseeraum und in Skandinavien, die Arbeits- und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union und des Europarates. Ziel ist es, die Entwicklung einer europäischen Identität zu fördern.
- Die **Europäische Justiz- und Rechtsakademie des Nordens** wendet sich mit Seminaren über das Europa- und Gemeinschaftsrecht und über das nationale Recht der Länder im Ostseeraum speziell an Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Wirtschafts- und Verwaltungsjuristen. Einmal im Jahr stellt die Rechtsakademie in einem internationalen Symposium aktuelle rechtspolitische Entwicklungen in der Europäischen Union und im Ostseeraum zur Diskussion, um den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Entscheidungsträger über die Grenzen hinweg zu fördern.
- Die **Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten** informiert Entscheidungsträger und Wissenschaftler über Minderheitenprobleme und Lösungsansätze in Europa. Dieses Arbeitsfeld steht in einer engen Beziehung zur Situation im deutsch-dänischen Grenzland, in dem nationale deutsche und dänische

---

<sup>87</sup> Internet: [www.eash.de](http://www.eash.de)

Mehrheiten und Minderheiten auf engem Raum mit den eigenständigen Volksgruppen Friesen und Sinti und Roma zusammenleben.

Die **Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg**<sup>88</sup> führt seit vielen Jahren Begegnungen und Studienfahrten mit jungen Menschen aus den Ostsee-Anrainerstaaten durch. Die Nähe zu den Ostsee-Anrainerstaaten Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Estland, Lettland und Litauen prägt die Angebote ihrer Bildungsarbeit. Die regionale Verwurzelung auf der einen und die Offenheit für Fragen und Probleme junger Menschen aus ganz Europa auf der anderen Seite kennzeichnen die Arbeit des Jugendhofes Scheersberg.

- Das Angebot umfasst seit 10 Jahren deutsch-polnische Seminare mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Im Oktober 2001 fand hierzu eine deutsch-polnische Jubiläumswerkstatt mit kulturellen Programm statt.
- Jeweils in den Sommerferien finden 3-wöchige deutsch-polnisch-ukrainische Begegnungen statt. Die regelmäßig veranstalteten finnisch - estnisch - ungarisch - deutschen Begegnungen werden jeweils mit Studienfahrten, wie in 2001 nach Tartu / Estland, verbunden. Insgesamt nahmen 782 Menschen an 15 internationalen Begegnungen im Ostseeraum im Jahr 2001 teil, darunter 311 Personen aus den Ostsee-Anrainerstaaten.
- An den jährlichen Deutsch-Skandinavischen Musikwochen, dem Deutsch-Dänischen Folktreffen und der Internationalen Sommerakademie nehmen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus nahezu allen Ostsee-Anrainerstaaten teil.

Die **Nordsee-Akademie**<sup>89</sup> in Leck greift im Zuge ihrer Neuorientierung verstärkt internationale Themen auf. Traditionell ist der internationale Sommerkurs ein Treffpunkt junger Studierender aus verschiedenen Ländern, insbesondere aus dem baltischen Raum. Ein Höhepunkt des diesjährigen Programms ist die Abschlusskonferenz der BIT-Net-Partner. In diesem von der Europäischen Kommission unterstützten Projekt bilden 16 Regionen aus dem baltischen Raum ein Netzwerk und diskutieren Wege in die Informationsgesellschaft.

Am 24. September 2001 wurde in Lübeck die "**Academia Baltica - Baltic Academy - Akademie im Ostseeraum**"<sup>90</sup> gegründet. Sie knüpft an die Tradition der Ostsee-Akademie in Travemünde an und setzt deren frühere Arbeit fort. Mit Unterstützung von Land und Bund leistet die Akademie gemeinsam mit Partnern aus Finnland, den baltischen Staaten, Russland und Polen Beiträge zur Verständigung, zum Aufbau

<sup>88</sup> Internet: [www.scheersberg.de](http://www.scheersberg.de)

<sup>89</sup> Internet: [www.nordsee-akademie.de](http://www.nordsee-akademie.de)

<sup>90</sup> Internet: [www.academiabaltica.de](http://www.academiabaltica.de)

selbstverantwortlicher Bürgergesellschaften in den neuen Demokratien und zur Pflege des Bewusstseins gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Traditionen. Mit Konferenzen, Seminaren, Exkursionen und Begegnungen in Schleswig-Holstein und in den südlichen und östlichen Anrainerregionen der Ostsee zu Themen aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

Das **Ostseejugendbüro**<sup>91</sup>, im Februar 1990 beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelt, war von Beginn an Vorreiter der jugendpolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum. Als nicht-kommerzielle Beratungs- und Informationsagentur stellt das Büro Kontakte in die Ostseeanrainer und zu deren Jugendverbands-Organisationen her, organisiert jährliche Ostseejugendkonferenzen und gibt jugendpolitische Informationen für den Ostseeraum heraus.

Seit März 1999 ist ebenfalls das **Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten**<sup>92</sup> beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelt. Nach einer ersten Projektphase (1999-2002), wurde Anfang 2002 ein neues Mandat des Sekretariats 2002-2004 verabschiedet. Die Finanzierung wird seit 2002 zur Hälfte von der Bundesregierung (BMFSFJ) und anteilig von den für Jugend zuständigen Ministerien aus Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Russland, Schweden und voraussichtlich Polen getragen. Auf der „Conference for Baltic Sea Youth Co-operation“ in Lübeck im Juni 2000 wurde eine umfangreiche Vereinbarung über die zukünftige Ostsee-Jugendzusammenarbeit verabschiedet, mit dessen Umsetzung hauptsächlich das Ostsee-Sekretariat betraut wurde.

Zuletzt wurde die zweite Ostsee-Jugendministerkonferenz vorbereitet, die vom 6.-9. Juni 2002 in Vilnius (Litauen) stattfand. Weiterhin dient das Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten als Informationsknotenpunkt sowie der Koordination zwischen Strukturen der Jugendpolitik, zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit sowie zwischen verschiedenen Projekten. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Ostseeraum wie dem Ostseerat (CBSS), der Konferenz der Subregionen im Ostseeraum (BSSSC), der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der Union of Baltic Cities (UBC) konnte ausgebaut werden.

Bereits zum 34. mal wurden unter der Federführung der **Europa-Union Schleswig-Holstein** und der **Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein** die „Nordeuropäischen Gespräche“ mit Partnerorganisationen aller Ostseeanrainerstaaten durchgeführt. Die diesjährige Konferenz zum Thema „Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der Implementierung der Politik der Nördlichen Dimension der EU“ fand vom 30.Mai

<sup>91</sup> Internet: [www.jugend-sh.de/ostseejugendbuero](http://www.jugend-sh.de/ostseejugendbuero)

<sup>92</sup> Internet: [www.jugendsh.de](http://www.jugendsh.de)

bis 2. Juni 2002 in Helsinki statt. Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Finnische Außenminister unterstrichen die Bedeutung von NGO's für die Ostseekooperation und insbesondere für die Kontakte nach Kaliningrad. Die Kongressteilnehmer beschlossenen darauf hin, ihre Kontakte nach Kaliningrad zu bündeln und eine Europäische Bewegung Kaliningrad ins Leben zu rufen.

Die Europa-Union unterhält intensive Kontakte zu den Europäischen Bewegungen in Schweden, Finnland, Lettland und Dänemark. Mit letzteren wurden im Frühjahr zwei gemeinsame Seminare zur grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit durchgeführt - eines in Sankelmark und das andere in Aabenraa. Weitere Ostseeaktivitäten sind Begegnungen, Informationsreisen (u.a. nach Lettland, Polen, Dänemark, Schweden und Norwegen), Vorträge von Botschaftern aus den Ostseeländern sowie ein Austausch mit litauischen Schülern.

Die **Social-Hansa**<sup>93</sup>, im September 1992 auf schleswig-holsteinische Initiative zunächst gemeinsam mit Dänemark gegründet, ist heute ein Netzwerk von Wohlfahrtsverbänden und Sozialeinrichtungen, dem auch die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein angehört. Die Geschäftsführung der "Social-Hansa" ist von Kopenhagen nach Lübeck unter das Dach der Unternehmensgruppe "Senator-Senioren-Residenzen und Pflegeheime", einem privaten Betreiber von zumeist stationären Altenhilfe-Einrichtungen in Norddeutschland, verlagert worden.

Für die Zukunft ist eine Verstärkung der Arbeit von "Social-Hansa" vorgesehen. Eine wichtige Voraussetzung dafür war die Verabschiedung einer "Constitution of Social-Hansa" am 14.12.2001 im Rahmen einer Konferenz dieses Netzwerkes zum Thema *"Cooperation between Non Governmental Organisations (NGO) in the Field of Voluntary Work and Civil Engagement in the Baltic Sea Region"* im Rathaus in Lübeck. Diese mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein durchgeführte Konferenz mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Ostsee-Anrainer-Staaten war zugleich ein wichtiger internationaler Beitrag zur Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit in Schleswig-Holstein im Rahmen des "Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001".

Um die steigenden Aufgaben von "Social-Hansa" zu bewältigen, werden derzeit - aufbauend auf der bereits erwähnten Verabschiedung einer Satzung im Rahmen der Konferenz am 14.12.2001 - verstärkt Überlegungen zur Festigung ihrer Organisa-

---

<sup>93</sup> Internet: [www.social-hansa.com](http://www.social-hansa.com)

tionsstrukturen angestellt, die das Ziel haben, zur Intensivierung der Arbeit zukünftig eine Aufgabenerledigung mit hauptamtlicher Unterstützung zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde die bereits seit längerem bestehende Zusammenarbeit mit der "Union of the Baltic Cities" (UBC) fortgesetzt.

Die **Freien Wohlfahrtsverbände** selbst engagieren sich in starkem Maße beim Aufbau von Sozialstrukturen, v.a. in den baltischen Staaten und in Polen, aber auch in einzelnen Regionen Russlands (u.a. Archangelsk). Beispielhaft genannt werden können die Aktivitäten des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein, des Caritas-Verbandes, des Deutschen Roten Kreuzes oder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. So hat u.a. der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in enger Zusammenarbeit mit dem „Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa“ und dem Fachbereich Sozialwesen der FH Kiel ein umfassendes Netz von Partnerbeziehungen sozialer Arbeit im russischen Oblast Archangelsk aufgebaut. In dieses sind Fachbeziehungen zwischen und mit staatlichen Institutionen genauso eingebettet wie vor allem zwischen Nichtregierungsorganisationen. Konkrete Projekte finden z.B. in den Bereichen Psychiatrie, Kinder- und Jugendschutz, Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und Jugendhilfe.

Der **Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad (JuWiNoKa)**, 1991 mit Sitz in Lübeck gegründet, hat sich die Förderung der wirtschaftlichen Situation und der Ausbildung von Jugendlichen in Kaliningrad zum Ziel gesetzt. So wurden mit Unterstützung des Vereins Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in Kaliningrad gegründet, jährlich zweimonatige Betriebspraktika für jugendliche aus Kaliningrad in Lübecker Betrieben organisiert oder soziale Einrichtungen in Kaliningrad gezielt unterstützt. Zur praktischen Unterstützung vor Ort unterhält der Verein das „Hanse-Büro“ in Kaliningrad, das zugleich als „Schleswig-Holstein-Informationsbüro in Kaliningrad“ fungiert und in dieser Funktion von der Landesregierung getragen wird.